



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

A T H E N

2009

Siebzehntes Treffen des Ministerrats

1. und 2. Dezember 2009

Erklärungen des Ministerrats

Beschlüsse des Ministerrats

Erklärungen von Delegationen

Berichte an den Ministerrat

Athen 2009

2. Dezember 2009

DEUTSCH
Original: ENGLISH

MC17GW71

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

I. ERKLÄRUNGEN DES MINISTERRATS

Ministererklärung zum Korfu-Prozess der OSZE: Die Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok erneut bekräftigen-überdenken-wiederbeleben	3
Ministererklärung zum fünfundsechzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs	5
Ministererklärung	7
Ministererklärung zum 25. Jahrestag der Verabschiedung des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	8
Ministererklärung zur Nichtverbreitung	10

II. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS

Beschluss Nr. 1/09 über die Förderung des Korfu-Prozesses.....	15
Beschluss Nr. 2/09 über weitere Bemühungen der OSZE im Umgang mit transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität	17
Beschluss Nr. 3/09 über weitere Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung des völkerrechtlichen Rahmens für die Bekämpfung des Terrorismus	21
Beschluss Nr. 4/09 über die künftige Ausrichtung der Wirtschafts- und Umweltdimension	24
Beschluss Nr. 5/09 über Migrationssteuerung	25
Beschluss Nr. 6/09 über die Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zum Thema Energiesicherheit im OSZE-Raum	28
Beschluss Nr. 7/09 über die Mitwirkung von Frauen am politischen und öffentlichen Leben	31
Beschluss Nr. 8/09 über die Verstärkung der OSZE-Bemühungen um nachhaltige Integration der Roma und Sinti	33
Beschluss Nr. 9/09 über die Bekämpfung von Hassverbrechen	36
Beschluss Nr. 10/09 über eine hochrangige OSZE-Konferenz zu Toleranz und Nichtdiskriminierung	39
Beschluss Nr. 11/09 über die Sicherheit von Reisedokumenten – das ICAO Public Key Directory	40
Beschluss Nr. 12/09 über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2012	42

Beschluss Nr. 13/09 über die Zuerkennung des Status eines Kooperationspartners an Australien.....	43
Beschluss Nr. 14/09 über Zeitpunkt und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats	44
Beschluss Nr. 15/09 über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition.....	45
Beschluss Nr. 16/09 über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen.....	48
III. ERKLÄRUNGEN VON DELEGATIONEN	
Ansprache des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, des Ministerpräsidenten und Ministers für auswärtige Angelegenheiten der Griechischen Republik, in der Eröffnungssitzung des Siebzehnten Treffens des OSZE-Ministerrats.....	53
Erklärung der Delegation Schwedens	58
Erklärung der Delegation der Russischen Föderation	63
Schlussworte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, des Ministerpräsidenten und Ministers für auswärtige Angelegenheiten der Griechischen Republik, in der Schlussitzung des Siebzehnten Treffens des OSZE-Ministerrats	64
Erklärung der Delegation Schwedens	67
Erklärung der Delegation Dänemarks.....	70
Erklärung der Delegation der Ukraine	72
Erklärung der Delegation Moldaus.....	73
Erklärung der Delegation der Russischen Föderation	74
Erklärung der Delegation Georgiens	75
IV. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT	
Bericht des Vorsitzes des Ständigen Rates an den Ministerpräsidenten und Außenminister Griechenlands, den Vorsitzenden des Siebzehnten Treffens des Ministerrats der OSZE, über den Korfu-Prozess	79
Bericht der Sonderbeauftragten des griechischen Amtierenden Vorsitzes für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE	85
Fortschrittsbericht des FSK-Vorsitzes an das Siebzehnte Treffen des OSZE-Ministerrats über die laufende Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen	91
Fortschrittsbericht des FSK-Vorsitzes an das Siebzehnte Treffen des OSZE-Ministerrats über die weitere Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition	111

Fortschrittsbericht des FSK-Vorsitzes an das Siebzehnte Treffen des OSZE-Ministerrats über Bemühungen zur weiteren Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit.....	134
Fortschrittsbericht des FSK-Vorsitzes an das Siebzehnte Treffen des OSZE-Ministerrats über Bemühungen im Bereich der Rüstungskontrollabkommen und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen im Einklang mit seinem Mandat	139
Schreiben des Vorsitzes des Forums für Sicherheitskooperation an den Ministerpräsidenten und Minister für auswärtige Angelegenheiten Griechenlands, den Vorsitzenden des Siebzehnten Treffens des Ministerrats der OSZE	142
Schreiben des Vorsitzes der Beratungskommission	146
Bericht an das Siebzehnte Treffen des Ministerrats der OSZE über die Umsetzung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle (Anhang 1-B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton)	148
Bericht des Ständigen Vertreters Kasachstans bei der OSZE und Vorsitzenden der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner der OSZE im Mittelmeerraum.....	153
Bericht des Vorsitzenden der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien über die Arbeit mit den Kooperationspartnern in Asien 2009 an das Athener Treffen des Ministerrats	157

I. ERKLÄRUNGEN DES MINISTERRATS

MINISTERERKLÄRUNG ZUM KORFU-PROZESS DER OSZE

Die Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok erneut bekräftigen-überdenken-wiederbeleben

(MD.DOC/1/09/Corr.1 vom 2. Dezember 2009)

1. Wir, die Außenminister der 56 Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, treten nach unserem informellen Treffen in Korfu zum zweiten Mal in diesem Jahr zusammen, um die bedeutenden Fortschritte feierlich zu begehen, die wir gemeinsam seit der Wiedervereinigung Europas und der Überwindung seiner einstigen Teilung verwirklicht haben. Erneut erklären wir, dass die Vision eines freien, demokratischen und stärker integrierten OSZE-Raumes von Vancouver bis Wladiwostok ohne Trennlinien und Zonen mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau nach wie vor unser gemeinsames Ziel ist, das zu erreichen wir entschlossen sind.
2. Um dieses Ziel zu verwirklichen, bleibt noch viel zu tun. Nach wie vor bereitet uns große Sorge, dass die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und die OSZE-Verpflichtungen nicht vollständig eingehalten und umgesetzt werden; dass man im Einsatz von Gewalt noch immer eine Möglichkeit zur Beilegung von Auseinandersetzungen sieht; dass die Gefahr von Konflikten zwischen Staaten noch nicht endgültig aus der Welt geschafft ist und es sogar in den letzten Jahrzehnten zu bewaffneten Konflikten kam; dass es nach wie vor Spannungen gibt und viele Konflikte noch immer nicht gelöst sind; dass der Stillstand in der konventionellen Rüstungskontrolle, in der Lösung von Meinungsverschiedenheiten auf diesem Gebiet, in der Wiederaufnahme der vollständigen Umsetzung des KSE-Vertragsregimes und in der Wiederherstellung von dessen Funktionsfähigkeit dringend ein abgestimmtes Vorgehen der Vertragsstaaten erfordert; und dass unsere gemeinsamen Errungenschaften auf den Gebieten Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Grundfreiheiten vollständig abgesichert und ausgebaut werden müssen. Dies alles in einer Zeit, in der es mehr denn je geboten ist, eine gemeinsame Antwort auf die neuen transnationalen Bedrohungen zu finden.
3. Es ist uns bewusst, dass wir zur Bewältigung dieser – durch die aktuelle weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise verschärften – Sicherheitsherausforderungen uns erneut zu unserer Verpflichtung bekennen sollten, Ergebnisse auf dem Weg des multilateralen Dialogs und der multilateralen Zusammenarbeit herbeiführen zu wollen. Oberste Priorität ist es, das Vertrauen zwischen uns wieder herzustellen und uns wieder den Sinn unseres gemeinsamen Zieles in Erinnerung zu rufen, das unsere Vorgänger vor nunmehr fast 35 Jahren in Helsinki vereinte. Im Zusammenhang damit begrüßen wir den auf dem Ministerrat von Helsinki 2008 eingeleiteten und vom griechischen Vorsitz im Juni 2009 als „Korfu-Prozess“ zur Verwirklichung der oben erwähnten Ziele aufgenommenen Dialog über gegenwärtige und künftige sicherheitspolitische Herausforderungen im euroatlantischen und eurasischen Raum. Das in Korfu erstmalig abgehaltene informelle OSZE-Ministertreffen mit seinem breiten Teilnehmerkreis erachten wir als Meilenstein in diesem Prozess, in dem unser politischer Wille zum Ausdruck kam, uns den sicherheitspolitischen Herausforderungen in allen drei OSZE-Dimensionen zu stellen.
4. Bereits jetzt hat der Korfu-Prozess die Qualität unseres politischen Dialogs in der OSZE über Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok verbessert und

zu dessen Wiederbelebung beigetragen. Wir haben uns dazu verpflichtet, diesen Prozess, für den wir uns ehrgeizige, konkrete und pragmatische Ziele vorgenommen haben, fortzusetzen und weiterzuentwickeln und uns zugleich auch auf die Kernfragen unserer bisherigen Arbeit zu konzentrieren. Aufgrund ihres breiten Teilnehmerkreises und ihres mehrdimensionalen Ansatzes für gemeinsame, umfassende, kooperative und unteilbare Sicherheit bietet die OSZE das geeignete Forum für diesen Dialog. Wir begrüßen die wertvollen Beiträge aller mit Sicherheitsfragen befassten einschlägigen Organisationen und Institutionen auf der Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit.

5. Der Dialog im Rahmen des Korfu-Prozesses wird in der OSZE und in den Prinzipien Gleichheit, Partnerschaft, Zusammenarbeit, Nicht-Ausschluss und Transparenz verankert sein. Sein Ziel wird es sein, sich mit Meinungsverschiedenheiten offen, aufrichtig und unvoreingenommen auseinanderzusetzen, im Bewusstsein unserer Unterschiedlichkeit und Anliegen, im Geiste gegenseitiger Achtung und des Verständnisses füreinander. Er wird auf drei grundsätzlichen Leitgedanken aufbauen:

- (a) Festhalten am Konzept der umfassenden, kooperativen und unteilbaren Sicherheit, wie es in den Grundlagendokumenten der OSZE verankert ist
- (b) Einhaltung der OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen in allen drei Dimensionen der OSZE, nach Treu und Glauben, ohne Einschränkung und von allen in gleicher Weise
- (c) Entschlossenheit, die Partnerschaft und Zusammenarbeit im OSZE-Raum zu stärken sowie die Wirksamkeit der OSZE und ihren Beitrag zur Sicherheit in unserem gemeinsamen Raum zu verstärken.

6. Unsere ständigen Vertreter bei der OSZE in Wien werden den Korfu-Prozess im Einklang mit dem heute gefassten Beschluss weiterentwickeln. Wir stehen zu unserer Zusage, dem Korfu-Prozess einen starken politischen Anstoß zu geben und sehen der erneuten Beurteilung seiner Entwicklung 2010 entgegen, die in einem Format und auf einer Ebene erfolgen wird, die uns geeignet erscheinen, und bei der wir uns ansehen werden, welche Ergebnisse wir erreicht haben.

7. Wir begrüßen Kasachstan als OSZE-Vorsitz 2010, mit dem zum ersten Mal in der Geschichte der OSZE ein Teilnehmerstaat aus Zentralasien dieses Amt ausüben wird. Mit Interesse nehmen wir Kenntnis von seinem Vorschlag, 2010 ein OSZE-Gipfeltreffen abzuhalten. Wir weisen darauf hin, dass für ein so hochrangiges Treffen eine entsprechende inhaltliche und formale Vorbereitung erforderlich ist. Wir beauftragen den Ständigen Rat, Sondierungsgespräche zur Abschätzung der Fortschritte in Bezug auf die OSZE-Agenda zu führen, damit unser Beschluss wohl fundiert ist.

MINISTERERKLÄRUNG ZUM FÜNFUNDSECHZIGSTEN JAHRESTAG DES ENDES DES ZWEITEN WELTKRIEGS

(MC.DOC/2/09/Corr.1 vom 2. Dezember 2009)

2010 jährt sich zum fünfundsechzigsten Mal das Ende der Schlachten des Zweiten Weltkriegs, der unendliches Leid und Zerstörung mit sich brachte. Dieser Krieg erwies sich als eine der größten Tragödien, die die Völker Europas und der ganzen Welt heimsuchten. Er dauerte sechseinhalb Jahre und forderte unzählige Millionen Tote. Im Krieg kam es zu Verletzungen der Menschenrechte und Freiheiten, zu Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Wir trauern um alle Menschen, die als Opfer des Krieges, durch den Holocaust, Besetzungen und Unterdrückung ums Leben kamen. Wir erweisen den Kriegsteilnehmern und allen, die für den Sieg der Menschlichkeit über Faschismus, Diktatur, Unterdrückung und Aggression kämpften, die Ehre. Die Zeit wird die Bedeutung ihres Opfers nicht schmälern und wir werden stets ihrer heldenhaften Taten gedenken.

Fest entschlossen zu verhindern, dass es in Europa und weltweit wieder zu einer solchen Katastrophe kommt, haben unsere Länder ein klares und unmissverständliches Bekenntnis zu Frieden, Sicherheit und Demokratie, insbesondere durch die Gründung der Vereinten Nationen und die Schaffung regionaler Organisationen, abgegeben. Heute erfüllen uns unsere gemeinsamen Leistungen mit Stolz, und wir begrüßen mit Freude die Fortschritte der letzten fünfundsechzig Jahre bei der Bewältigung des tragischen Erbes des Zweiten Weltkriegs, hin zu weltweitem Frieden und weltweiter Sicherheit, zu Versöhnung, internationaler und regionaler Zusammenarbeit und zur Förderung der demokratischen Werte, der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Wir unterstreichen die wichtige Rolle, die die KSZE und OSZE in den letzten Jahrzehnten diesbezüglich gespielt haben.

Eingedenk der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris für ein neues Europa, der Europäischen Sicherheitscharta und anderer vereinbarter OSZE-Dokumente sollten wir keine Trennlinien dulden und werden wir keine Anstrengung scheuen, um zu verhindern, dass sich neue Gräben im OSZE-Raum auftun, und um auszumerzen, woraus Feindseligkeit, Spannungen und Konfrontation entstehen können. Wir bekräftigen unseren Standpunkt, dass innerhalb der OSZE kein Staat oder keine Staatengruppe irgendeinen Teil des OSZE-Raumes als seinen Einflussbereich beanspruchen kann. Wir sind entschlossen, unsere gemeinsamen Bemühungen im Hinblick auf die Schaffung eines gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsraums im OSZE-Gebiet auf der Grundlage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftlichem Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, zu schaffen. Dies ist und bleibt unser gemeinsames Ziel.

Eine ehrliche und eingehende Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs trägt zur Versöhnung bei.

Die Geschichte hat uns gelehrt, wie gefährlich Intoleranz, Diskriminierung, Extremismus und ethnisch, rassistisch und religiös begründeter Hass sind. Wir haben uns dem Kampf gegen diese Bedrohungen, auch durch die OSZE, verschrieben und weisen alle Versuche, sie zu rechtfertigen, von uns.

Wir verurteilen aufs Schärfste jedes Leugnen des Holocaust. Wir verurteilen alle Formen von ethnischer Säuberung. Wir bekräftigen unser unverändertes Bekenntnis zu dem am 9. Dezember 1948 verabschiedeten Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords und rufen die Teilnehmerstaaten dazu auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um dafür sorgen, dass heute und in allen Zeiten jeder Versuch, Völkermord zu begehen, verhindert wird. Wer ein solches Verbrechen begeht, muss vor Gericht gestellt werden.

Die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg haben auch heute noch Gültigkeit, sind wir doch aufgerufen, mit vereinten Kräften und Bemühungen den Bedrohungen und Herausforderungen unserer gemeinsamen Sicherheit und Stabilität entgegenzutreten und unsere gemeinsamen Prinzipien zu verteidigen. Mit neuen Zeiten kamen neue Bedrohungen und Herausforderungen, von denen der Terrorismus eine der gefährlichsten ist. Wir werden ihn und andere Sicherheitsbedrohungen gemeinsam, unter anderem durch die OSZE, bekämpfen.

Wir sind davon überzeugt, dass die friedliche Beilegung aller bestehenden Konflikte, die Einhaltung der Normen des Völkerrechts, der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, die Erfüllung der in der Schlussakte von Helsinki und anderen vereinbarten OSZE-Dokumenten verankerten Verpflichtungen der beste Weg ist, um jene zu ehren, die für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenwürde kämpften, um aller Opfer des Zweiten Weltkriegs zu gedenken, um die Vergangenheit zu überwinden und um die heutigen und die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges und der Gewalt zu bewahren.

MINISTERERKLÄRUNG

(MC.DOC/3/09 vom 2. Dezember 2009)

Wir begrüßen die gemeinsame Erklärung vom 1. Dezember von Außenminister Lawrow, Außenminister Kouchner und dem Stellvertretenden Außenminister Steinberg aus den Kovorsitzländern der Minsk-Gruppe sowie des aserbaidischen Außenministers Mammadyarov und des armenischen Außenministers Nalbandian. Wir fordern die Parteien eindringlich auf, die positive Dynamik der Verhandlungen beizubehalten, und unterstützen nachdrücklich ihre Zusage, die Grundprinzipien für die friedliche Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts auf der Grundlage des Madrider Dokuments endgültig festzulegen, um nach Treu und Glauben und unverzüglich mit der Ausarbeitung eines umfassenden Friedensabkommens zu beginnen. Die Minister bekräftigten ihre Zusage, intensiv an der Lösung der noch offenen Fragen arbeiten zu wollen, um zu einer insbesondere auf den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki über die Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt, die territoriale Integrität sowie die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhenden Einigung zu gelangen. Wir sind davon überzeugt, dass heute die echte Chance besteht, eine Zukunft in Frieden, Stabilität und Wohlstand für die gesamte Region aufzubauen.

**MINISTERERKLÄRUNG
ZUM 25. JAHRESTAG DER VERABSCHIEDUNG DES
ÜBEREINKOMMENS GEGEN FOLTER UND ANDERE
GRAUSAME, UNMENSCHLICHE ODER ERNIEDRIGENDE
BEHANDLUNG ODER STRAFE**

(MC.DOC/4/09/Corr.1 vom 2. Dezember 2009)

1. Wir, die Mitglieder des Ministerrats der OSZE, erneuern unser festes Bekenntnis zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1984 verabschiedet wurde und dem alle OSZE-Teilnehmerstaaten beigetreten sind.
2. Aus Anlass des 25. Jahrestags der Verabschiedung dieses Übereinkommens erklären wir erneut, dass – wie auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte besagt – niemand der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden darf.
3. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass Folter ein äußerst schweres Verbrechen darstellt, und erklären, dass die Freiheit von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe ein Recht ist, von dem es keine Ausnahme geben kann und das die dem Menschen innewohnende Würde und Unversehrtheit schützt.
4. Wir verurteilen aufs Schärfste alle Formen der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, die immer und überall verboten sind und verboten bleiben und niemals zu rechtfertigen sind.
5. Es erfüllt uns mit großer Sorge, dass Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe in vielen Teilen der Welt, darunter auch in OSZE-Teilnehmerstaaten, nach wie vor stattfinden.
6. Wir geloben daher, das im Übereinkommen festgelegte absolute Verbot der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe zu achten, seine Bestimmungen uneingeschränkt nach Treu und Glauben zu erfüllen und im vollen Einklang mit allen seinen Prinzipien zu handeln.
7. Wir fordern die Teilnehmerstaaten, die dies noch nicht getan haben, auf, einen möglichst raschen Beitritt zum Fakultativprotokoll zum Übereinkommen in Erwägung zu ziehen.
8. Wir bekräftigen auch unsere Entschlossenheit, unsere gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen zur Ausmerzung der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe vollständig umzusetzen.
9. Wir werden uns verstärkt bemühen, nachhaltige, entschlossene und wirksame Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung zu ergreifen und für eine vollständige Rehabilitation der Folteropfer Sorge zu tragen.

10. Wir anerkennen den wertvollen Beitrag der OSZE zur Förderung der im Übereinkommen verankerten Prinzipien und Bestimmungen.
11. Wir erachten es zu diesem Zweck als wichtig, mit den maßgeblichen internationalen Regierungsinstitutionen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten.
12. Wir würdigen das unermüdliche Bemühen der Zivilgesellschaft, sich für die Verhütung von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe einzusetzen und das Leid der Opfer zu lindern.

**MINISTERERKLÄRUNG
ZUR NICHTVERBREITUNG**
(MC.DOC/5/09/Corr.1 vom 2. Dezember 2009)

Eingedenk der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf die Nichtverbreitung betonen wir, die Mitglieder des Ministerrats der OSZE, dass die Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und ihrer Trägersysteme eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt. Das internationale Nichtverbreitungsregime steht vor großen Herausforderungen. Wir sind dazu verpflichtet, uns damit auch in Zukunft entschlossen auseinanderzusetzen.

Wir begrüßen Resolution 1887 (2009) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR) und erneuern unsere Verpflichtung, weitere Schritte zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme zu setzen. Wir anerkennen die Rolle des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen bei der Auseinandersetzung mit den von der Nichteinhaltung der Nichtverbreitungsverpflichtungen ausgehenden Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Wir sind nach wie vor ernstlich besorgt darüber, dass einige Staaten die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen nicht vollständig einhalten, und fordern sie auf, dies unverzüglich zu tun.

Große Sorge bereitet uns auch die vom illegalen Handel mit nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen sowie ihren Trägersystemen und dazugehörigem Material ausgehende Bedrohung, die der Frage der Verbreitung dieser Waffen eine neue Dimension verleiht und auch eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt.

Wir befürworten die weltweite Einhaltung internationaler Verträge und Übereinkommen zur Verhütung und Unterbindung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Diesbezüglich fordern wir alle Staaten, die noch immer nicht Vertragsparteien des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV), des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (UVNV), des Übereinkommens über biologische Waffen und Toxinwaffen (BWÜ) und des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) sind, diesen beizutreten.

Wir treten mit Nachdruck für die wirksame und vollständige Umsetzung des NVV ein. Wir erklären erneut, dass der NVV nach wie vor der Eckpfeiler des nuklearen Nichtverbreitungsregimes und eine unabdingbare Grundlage für die Verfolgung der nuklearen Abrüstung und die friedliche Nutzung der Kernenergie ist. Wir werden auf eine erfolgreiche Konferenz zur Überprüfung des NVV im Mai 2010 und eine Stärkung des Vertrags und seiner drei einander verstärkenden Säulen hinarbeiten.

Wir bekräftigen das Bekenntnis unserer Länder, eine sicherere Welt für alle anzustreben und die Voraussetzungen für eine kernwaffenfreie Welt im Einklang mit den Zielen des NVV zu schaffen. Im Zusammenhang damit begrüßen wir die historischen Beschlüsse der Staaten im OSZE-Raum, aus freien Stücken auf Kernwaffenbestände zu verzichten, und die Schaffung kernwaffenfreier Zonen. Wir anerkennen auch, dass eine Einigung der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika auf ein neues rechtsverbindliches Abkommen über die weitere Reduzierung und Begrenzung strategischer Waffen, das den im Dezember 2009 auslaufenden START-Vertrag ersetzen soll, einen entscheidenden Beitrag zu diesem Unterfangen darstellen wird. Wir sind uns dessen bewusst,

dass die Nichtverbreitung von Kernwaffen und die nukleare Abrüstung einander gegenseitig verstärken.

Wir nehmen Kenntnis von den Sicherheitsgarantien, die die Kernwaffenstaaten mit UNSCR 984 (1995) gegeben haben, und anerkennen, dass diese Sicherheitsgarantien das System der nuklearen Nichtverbreitung stärken.

Wir unterstützen die Universalisierung und Stärkung des Sicherungs- und Überprüfungssystems der IAEA, insbesondere durch die Verabschiedung und Umsetzung des Umfassenden Sicherungsabkommens samt Zusatzprotokoll, das ein weltweit anerkannter Überprüfungsstandard für die Einhaltung der Nichtverbreitung werden sollte, durch diejenigen Staaten, die das noch nicht getan haben. Wir erklären diesbezüglich erneut, dass wirksame Ausfuhrkontrollen im Verein mit den IAEA-Sicherungsmaßnahmen unabdingbar sind, um die Verbreitung von Kernwaffen zu verhüten.

Wir unterstützen die Arbeit der IAEA an multilateralen Ansätzen für den Kernbrennstoffkreislauf, einschließlich Garantien für die Versorgung mit Kernbrennstoffen, als wirksames Mittel, um dem wachsenden Bedarf an Kernbrennstoff-Dienstleistungen zu entsprechen, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, die Gefahr der Verbreitung weitestgehend zu verringern. Diesbezüglich würdigen wir die jüngst von einigen OSZE-Teilnehmerstaaten ergriffenen Initiativen, die von allen OSZE-Teilnehmerstaaten unterstützt wurden.

Wir fordern zum weltweiten Beitritt zum Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial und seiner Änderung von 2005 und zu dem Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen auf. Wir fordern die Staaten ferner auf, ihre einzelstaatlichen Kapazitäten zur Aufdeckung, Abschreckung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kernmaterial auf ihrem gesamten Hoheitsgebiet zu verbessern, und befürworten die Bemühungen der IAEA, im Rahmen ihres Kernsicherheitsprogramms die nukleare Sicherheit zu verbessern, vor Nuklearterrorismus zu schützen und diesbezüglich die internationale Zusammenarbeit zu fördern.

Wir bekräftigen unsere Verpflichtung zur Förderung der vollständigen und wirksamen Umsetzung von UNSCR 1540 (2004) sowie unser Bekenntnis zum laufenden Dialog mit dem dazu eingerichteten Ausschuss. Im Zusammenhang damit sagen wir dem umfassenden Überprüfungsprozess nach UNSCR 1540 (2004), den Bemühungen im Ausschuss und auf regionaler Ebene, durch die ihre Umsetzung unter anderem durch wirksame Hilfestellung für jene Staaten, die dieser bedürfen, erleichtert werden soll, weiterhin unsere Unterstützung zu.

Wir werden unsere Bemühungen zur Stärkung des BWÜ fortsetzen. Wir begrüßen die aktuellen Fortschritte im Rahmen des CWÜ und unterstreichen die entscheidende Bedeutung der vollständigen und wirksamen Umsetzung des Übereinkommens.

Wir sind für eine weitere Verbesserung der einzelstaatlichen Politik zur Kontrolle nuklearer Ausfuhren durch die Unterstützung und – wo möglich – Verstärkung der Leitlinien des Zangger-Ausschusses und der Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer. Wir unterstützen die Leitlinien des Trägertechnologie-Kontrollregimes (MTCR) und verpflichten uns, die Ausfuhren von Raketen, Technologie und Ausrüstung im Einklang mit den Leitlinien zu kontrollieren.

Wir stehen zu unserer Zusage, nach Maßgabe unserer nationalen Befugnisse und Rechtsvorschriften und im Einklang mit dem Völkerrecht alle geeigneten einzelstaatlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzierung der Verbreitung und einschlägige Lieferungen zu verhüten, die Ausfuhrkontrollen zu verstärken, sensibles Material abzusichern und den Zugang zu immateriellen Technologietransfers zu kontrollieren.

Wir treten nach wie vor uneingeschränkt für ein rasches Inkrafttreten des UVNV ein. Bis zu dessen Inkrafttreten fordern wir alle Staaten auf, alle Kernwaffenversuche auszusetzen und alle Handlungen zu unterlassen, die gegen die Verpflichtungen und Bestimmungen des UVNV verstoßen.

Wir begrüßen, dass die Abrüstungskonferenz ihr Arbeitsprogramm im Konsens angenommen hat, und unterstreichen, dass es dringend notwendig ist, dass die Konferenz davon ausgehend Anfang 2010 ihre Sacharbeit aufnimmt, unter anderem durch Aushandlung eines Vertrags über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper. Bis dahin fordern wir alle betroffenen Staaten auf, unverzüglich ein Moratorium in Bezug auf die Produktion derartigen Materials zu verhängen und einzuhalten.

Wir erklären erneut unsere Bereitschaft, die bestehenden internationalen Rechtsinstrumente gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen im OSZE-Raum durch eine möglichst breite multilaterale Unterstützung aufzuwerten und zu verstärken. Im Zusammenhang damit werden wir weiterhin geeignete Maßnahmen im Einklang mit den nationalen rechtlichen Befugnissen und den einschlägigen völkerrechtlichen Verpflichtungen ergreifen, um die Umsetzung der betreffenden Verpflichtungen durch unsere Gesetze, Vorschriften und Verfahren zu verstärken und Informationen unter anderem und wo zweckdienlich im Rahmen eines Sicherheitsdialogs in der OSZE über praktische Maßnahmen zur Stärkung des weltweiten Nichtverbreitungsregimes auszutauschen.

II. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS

BESCHLUSS Nr. 1/09 **FÖRDERUNG DES KORFU-PROZESSES**

(MC.DEC/1/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

in Würdigung der Initiative des griechischen Vorsitzes, der – ausgehend von den Ergebnissen unseres informellen Ministertreffens in Korfu – einen breit angelegten und offenen Dialog in Wien über die Schlüsselfragen der umfassenderen europäischen Sicherheit in Gang gesetzt hat,

ermutigt vom positiven Geist dieses Dialogs und in Anbetracht der zahlreichen Vorschläge, die von den Delegationen im Zuge dieses Dialogs eingebracht wurden,

in Anerkennung der Notwendigkeit, den Korfu-Prozess fortzusetzen und den Dialog zu vertiefen, um das Verständnis zu fördern und das Vertrauen zu verstärken, und darüber hinaus Vorschläge zur Stärkung der Fähigkeiten der OSZE zur Bewältigung der Sicherheitsbedrohungen und zur Erbringung konkreter Ergebnisse weiterzuentwickeln, im Rahmen der Bemühungen um Sicherstellung eines umfassenden und ausgewogenen Sicherheitsansatzes, –

beschließt zu diesem Zweck,

1. den Vorsitz der OSZE zu beauftragen, 2010 in enger Absprache mit den aufeinander folgenden Vorsitzen des FSK im Rahmen des Korfu-Prozesses durch regelmäßige informelle Sitzungen den informellen, regelmäßigen und offenen Dialog auf Ebene der ständigen Vertreter gegebenenfalls mit Verstärkung aus den Hauptstädten fortzusetzen, um die Bereiche, in denen Einvernehmen besteht, auszuweiten und zur Konsensbildung beizutragen.

Unter Berücksichtigung der ersten Einschätzung der größten Bedrohungen und Herausforderungen für unsere Sicherheit und Zusammenarbeit, die bisher vom Korfu-Prozess ermittelt wurden, wird sich der künftige Dialog auf Fragen im Zusammenhang mit Folgendem konzentrieren:

- Umsetzung aller Normen, Grundsätze und Verpflichtungen der OSZE
- die Rolle der OSZE bei der Frühwarnung, Konfliktverhütung und -lösung, Krisenbewältigung und Stabilisierung der Lage in der Konfliktfolgezeit
- die Rolle der Systeme für Rüstungskontrolle und Vertrauens- und Sicherheitsbildung für den Aufbau von Vertrauen in einem sich laufend verändernden Sicherheitsumfeld
- transnationale und multidimensionale Bedrohungen und Herausforderungen
- Herausforderungen im Wirtschafts- und Umweltbereich
- Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Verstärkung der Wirksamkeit der OSZE

- Zusammenwirken mit anderen Organisationen und Institutionen auf Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit von 1999

Im Rahmen des Korfu-Prozesses können die Teilnehmerstaaten alle ihnen relevant erscheinenden Fragen zur Sprache bringen.

2. Ausgehend von den Ergebnissen der informellen Treffen der ständigen Vertreter wird der OSZE-Vorsitz in enger Absprache mit dem FSK-Vorsitz einer gemeinsamen erweiterten Sitzung des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation bis Ende Juni 2010 einen Zwischenbericht mit einer Zusammenfassung der von den Teilnehmerstaaten im Rahmen des Korfu-Prozesses unterbreiteten Vorschläge zur weiteren Erwägung und möglichen Beschlussfassung vorlegen.

3. Der StR und das FSK werden im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und bei Bedarf gemeinsam den Zwischenbericht prüfen und gegebenenfalls Maßnahmen zu den darin enthaltenen Vorschlägen in Erwägung ziehen.

4. Die Durchführungsorgane der OSZE werden im Rahmen ihres jeweiligen Mandats auf Ersuchen Hilfestellung und gegebenenfalls Unterstützung durch Experten zur Verfügung stellen. Auch die Parlamentarische Versammlung der OSZE kann zum Korfu-Prozess einen Beitrag leisten.

Der Vorsitz wird nach enger Absprache mit den Teilnehmerstaaten die Kooperationspartner der OSZE, internationale, regionale und subregionale Organisationen und Institutionen sowie Vertreter der akademischen Welt und von NROs auf Ad-hoc-Basis einladen, einen Beitrag zu den Diskussionen zu leisten.

5. Die Einbindung des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation in den Korfu-Prozess wird deren Aufmerksamkeit nicht von ihrem jeweiligen Mandat, ihrer normalen Tagesordnung und ihren regelmäßigen Aktivitäten ablenken.

BESCHLUSS Nr. 2/09
WEITERE BEMÜHUNGEN DER OSZE IM UMGANG MIT
TRANSNATIONALEN BEDROHUNGEN UND
HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE SICHERHEIT UND STABILITÄT
(MC.DEC/2/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

in der Erkenntnis, dass das sich laufend verändernde Sicherheitsumfeld des 21. Jahrhunderts ebenso wie der Globalisierungsprozess neue Bedrohungen und Herausforderungen von transnationalem und multidimensionalem Charakter für die Sicherheit und Stabilität entstehen lassen, auf die umfassend, multidimensional und kollektiv reagiert werden muss,

bekräftigend, dass die strikte Einhaltung des Völkerrechts und der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen nach wie vor im Mittelpunkt unserer Bemühungen um die Verhütung und Bekämpfung von Bedrohungen für die Stabilität und Sicherheit steht und dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt und auch weiterhin eine unverzichtbare Rolle für die Sicherheit und Stabilität in der Welt spielt,

zuversichtlich, dass die OSZE dank ihres breit gestreuten Teilnehmerkreises, ihres themenspezifischen Fachwissens und des ihr eigenen Konzepts der gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und unteilbaren Sicherheit einen echten Beitrag zur Entwicklung kooperativer Reaktionen auf diese Herausforderungen leisten kann,

in dem Bewusstsein, dass Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region am ehesten destabilisierende Folgen von Entwicklungen sind, die quer durch die politisch-militärische, Wirtschafts- und Umwelt- sowie die menschliche Dimension verlaufen,

eingedenk der Tatsache, dass transnationale Bedrohungen für die Teilnehmerstaaten ihren Ursprung auch in Nachbarregionen des OSZE-Raumes haben können und als solche Reaktionen erfordern, die eng mit den OSZE-Kooperationspartnern und einschlägig tätigen internationalen und regionalen Organisationen koordiniert werden müssen,

in Bekräftigung der unveränderten Gültigkeit der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert von 2003, die eine multidimensionale, umfassende und kooperative Basis für die Aktivitäten der OSZE in diesem Bereich bietet,

in Würdigung der im Ständigen Rat und im Forum für Sicherheitskooperation im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate laufenden Arbeit in Bezug auf transnationale Bedrohungen,

in Anerkennung der aktiven Rolle, die die OSZE in ihrer gesamten Region in Bezug auf transnationale Bedrohungen über ihr Sekretariat, ihre Institutionen und ihre Feldoperationen spielt, die wichtige Instrumente der Unterstützung für alle Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung von deren Verpflichtungen in allen drei Dimensionen sind, und in Bekräftigung der Wichtigkeit, die Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung in allen einschlägigen Fragen zu verstärken,

bekräftigend, dass die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Mittelpunkt des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE stehen, und in Anerkennung der Tatsache, dass starke demokratische Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit eine wichtige Rolle zur Verhütung des Entstehens von transnationalen Bedrohungen spielen,

in der Erwägung, dass Konflikte zwischen Staaten und innerhalb von Staaten im gesamten OSZE-Raum zu Instabilität und anderen Arten von Risiken und Bedrohungen wie Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, übermäßiger und destabilisierender Anhäufung und unkontrollierter Verbreitung von SALW, Menschenrechtsverletzungen, Massenvertreibung, Verschlechterung der sozioökonomischen Lage und illegaler Migration führen können,

in der Erkenntnis, dass die Nichteinhaltung des Völkerrechts und der OSZE-Normen und -Prinzipien sowie verschiedenste Faktoren der politisch-militärischen, Wirtschafts- und Umwelt- und menschlichen Dimension die tieferen Ursachen der unmittelbaren Auslöser gewaltsamer Konflikte sind,

mit dem Ausdruck der Anerkennung für den Beitrag der OSZE zu den weltweiten Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus, insbesondere in Unterstützung der Bemühungen der Vereinten Nationen und durch enge Zusammenarbeit mit anderen internationalen und regionalen Organisationen, sowie für die richtungweisenden Programme der OSZE in Bereichen wie dem Vorgehen gegen die Nutzung des Internets für terroristische Zwecke, der Förderung von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zur Bekämpfung des Terrorismus, der Verbesserung der Sicherheit von Reisedokumenten und der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen zur Terrorismusbekämpfung, dem Vorgehen gegen gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, und dem Schutz kritischer Energieinfrastruktur vor Terroranschlägen,

Kenntnis nehmend vom Beitrag der OSZE zu den internationalen Bemühungen im Kampf gegen organisierte Kriminalität, einschließlich des unerlaubten Handels mit Suchstoffen, der Schleusung von Migranten, der illegalen Zuwanderung und des Menschenhandels, sowie zur Bekämpfung anderer transnationaler Bedrohungen durch die Bereitstellung von einschlägigem Fachwissen und die Unterstützung der Teilnehmerstaaten in Fragen der Strafverfolgung,

unter Hinweis auf unsere Verpflichtung, die Rolle der OSZE in zivilpolizeilichen Aktivitäten als festen Bestandteil der Bemühungen der Organisation um Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Stabilisierung der Lage in der Konfliktfolgezeit zu verstärken, und Kenntnis nehmend von den Aktivitäten der OSZE im polizeilichen Bereich, einschließlich Aufbau von Kapazitäten, demokratischer Polizeischulung und Schulung in den wichtigsten polizeilichen Aufgaben,

Kenntnis nehmend von den Fortschritten in der Arbeit der OSZE in den Bereichen Grenzsicherung und Grenzmanagement auf der Grundlage des Konzepts für Grenzsicherung und -management der OSZE von 2005, und die Wichtigkeit bekräftigend, die OSZE-Kapazitäten zur Förderung offener und sicherer Grenzen zu verstärken und gegebenenfalls die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zum Nutzen aller als ein Mittel im Umgang mit den

Bedrohungen Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegale Zuwanderung und illegaler Handel mit Waffen, Drogen und Menschen auszuweiten,

in Würdigung der bei der Umsetzung von MC.DEC/4/07 über das Engagement der OSZE in Afghanistan erreichten Fortschritte und mit der Aufforderung, diesen Beschluss entschlossener umzusetzen,

in Anerkennung der Bereitschaft der Teilnehmerstaaten, einen umfassenden OSZE-Ansatz zur Verbesserung der Sicherheit des Internets zu fördern, wie die Ergebnisse der OSZE-Arbeitstagung zu dieser Frage im März 2009 gezeigt haben,

in Anerkennung der Bemühungen des Sekretariats, die Teilnehmerstaaten im Umgang mit transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen in der Wirtschafts- und Umwelt-dimension, unter anderem auch in Fragen wie illegale Zuwanderung, Good Governance, Verkehr und Energiesicherheit, und mit den Auswirkungen von Umweltproblemen auf die Sicherheit zu unterstützen,

bekräftigend, dass diskriminierendes und intolerantes Verhalten, das seinen Ursprung etwa in ethnischen und religiösen Spannungen, aggressivem Nationalismus, Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit haben und auch durch Rassismus, Antisemitismus und gewalt-tätigen Extremismus sowie durch den Mangel an Achtung der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten ausgelöst werden kann, die Sicherheit des Einzelnen gefährden und zu Konflikten und Gewalt in größerem Maßstab führen kann,

in der Erkenntnis, dass das Problem der Flüchtlinge und Vertriebenen im gesamten OSZE-Raum, unter anderem im Gefolge von Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und Natur- oder durch den Menschen verursachten Katastrophen, die verstärkte Zusammenarbeit aller Teilnehmerstaaten und abgestimmtes Handeln erforderlich macht,

in Anerkennung der Bedeutung der umfassenden Bemühungen der OSZE zur Aus-merzung des Menschenhandels und unter gebührender Würdigung der Aktivitäten der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels sowie anderer einschlägiger Durchführungsorgane der OSZE für ihr Engagement bei der Unter-stützung der Teilnehmerstaaten im Kampf gegen den Menschenhandel,

angesichts der Tatsache, dass viele Bedrohungen politisch-militärischer Natur, wie etwa die destabilisierende Anhäufung konventioneller Waffen, illegaler Waffenhandel und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, den Teilnehmerstaaten der OSZE nach wie vor große Sorge bereiten,

in der Erkenntnis, dass die zur Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernich-tungswaffen und ihrer Trägersysteme erforderlichen Bemühungen sich nicht auf militärische Mittel beschränken, und erfreut über die Verabschiedung eines Praxisleitfadens zu UNSCR 1540 am 30. September 2009 durch das Forum für Sicherheitskooperation,

in voller Anerkennung, dass transnationale Bedrohungen und Herausforderungen ebenso wie die Zusammenarbeit zwischen Staaten und zwischen Organisationen unverändert ein wichtiges Thema der Beratungen im Rahmen des Korfu-Prozesses sind, –

beschließt, die individuellen und kollektiven Bemühungen im Umgang mit transnationalen Bedrohungen der Sicherheit umfassend und quer durch alle Dimensionen zu intensivieren, wie dies in der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert gefordert wird, und dabei vollen Gebrauch vom Know-how und den der OSZE eigenen Stärken zu machen;

beschließt, weitere Möglichkeiten zur Verstärkung der Synergien in der Arbeit der OSZE im Kampf gegen diese Bedrohungen zu untersuchen, etwa auch durch Verbesserung der internen Koordination, durch Zusammenarbeit mit den OSZE-Kooperationspartnern und durch besondere Betonung jener Bereiche, in denen die OSZE einen ganz speziellen Beitrag zur Arbeit der Vereinten Nationen leisten und die Tätigkeit anderer internationaler Organisationen, unter anderem auch auf der Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit von 1999, ergänzen kann;

beauftragt alle Durchführungsorgane der OSZE, ihre Bemühungen im Rahmen ihrer derzeitigen Mandate und vorhandenen Ressourcen zu verstärken, um die Reaktionen aller Institutionen der OSZE auf multidimensionale Bedrohungen der Sicherheit weiter zu konsolidieren, insbesondere in jenen Bereichen, die die Mandate mehrerer Durchführungsorgane betreffen;

ersucht den Generalsekretär, auf der Grundlage der gegenwärtigen Mandate des Sekretariats und im Rahmen verfügbarer Ressourcen nach Mitteln und Wegen zur weiteren Stärkung der Koordination der Programmarbeit zwischen den Durchführungsorganen der OSZE gemäß MC.DEC/18/06/Corr.1 zu suchen, unter besonderer Betonung der multidimensionalen Aktivitäten der OSZE in Bezug auf transnationale Bedrohungen der Sicherheit, und bis 1. April einen ersten Überblick über die Fortschritte vorzulegen und bis spätestens 1. Juni 2010 Vorschläge über die diesbezügliche Planung an den Ständigen Rat zu richten.

BESCHLUSS Nr. 3/09
WEITERE MASSNAHMEN ZUR UNTERSTÜTZUNG UND
FÖRDERUNG DES VÖLKERRECHTLICHEN RAHMENS FÜR DIE
BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS

(MC.DEC/3/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

entschlossen, die Aktivitäten der OSZE im Kampf gegen den Terrorismus im Einklang mit dem Völkerrecht und im Sinne der bestehenden OSZE-Verpflichtungen zu verstärken,

bekräftigend, dass die Teilnehmerstaaten ihre Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus unter voller Achtung der Rechtsstaatlichkeit und im Einklang mit ihren Verpflichtungen aus den Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und weltweit gültigen Übereinkommen und Protokollen zur Verhütung und Beseitigung des Terrorismus, der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen gegen den Terrorismus sowie aus einschlägigen Bestimmungen der internationalen Menschenrechtsnormen, des humanitären Völkerrechts und des internationalen Flüchtlingsrechts durchführen sollten,

unter Hinweis auf die OSZE-Verpflichtungen aus Beschluss Nr. 1 des Ministerrats von Bukarest (MC(9).DEC/1/Corr.1), der Ministererklärung über das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung von Akten des Nuklearterrorismus (MC.DOC/1/05/Corr.1) und der Ministererklärung von Brüssel über die Unterstützung und Förderung des völkerrechtlichen Rahmens für die Bekämpfung des Terrorismus (MC.DOC/5/06), und erfreut über die spürbaren Fortschritte hinsichtlich des Beitritts von Teilnehmerstaaten zu den 12 weltweit gültigen Übereinkünften und Protokollen zur Bekämpfung des Terrorismus der Jahre 1963 – 1999 sowie über die Fortschritte bei der Unterzeichnung und Ratifizierung des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung von Akten des Nuklearterrorismus (2005),

Kenntnis nehmend von den jüngsten Entwicklungen im völkerrechtlichen Rahmen für die Terrorismusbekämpfung, insbesondere die Verabschiedung einer Änderung des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial (2005), des Protokolls zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt (2005) und des Protokolls zum Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden (2005), und in dem Bestreben, deren baldiges Inkrafttreten zu erleichtern,

in Anerkennung der Notwendigkeit, die in den weltweit gültigen Übereinkommen und Protokollen zur Bekämpfung des Terrorismus genannten Straftatbestände in nationales Strafrecht, gegebenenfalls auch Verwaltungs- und Zivilrecht, zu übertragen und angemessene Strafen dafür vorzusehen, um die Täter, Organisatoren, Unterstützer und Geldgeber terroristischer Handlungen im Sinne der Rechtsstaatlichkeit vor Gericht zu stellen und die internationale Zusammenarbeit der Justizbehörden gemäß dem Grundsatz „entweder ausliefern oder strafrechtlich verfolgen“ zu erleichtern, wie dies in einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und den weltweit gültigen Rechtsinstrumenten gegen den Terrorismus gefordert wird,

ferner anerkennend, dass OSZE-Teilnehmerstaaten bei ihren diesbezüglichen Bemühungen gegebenenfalls technische Unterstützung benötigen,

in Anerkennung der wichtigen Rolle, die die Parlamentarier bei der Ratifizierung und Umsetzung in innerstaatliches Recht der weltweit gültigen Übereinkommen und Protokolle zur Bekämpfung des Terrorismus spielen, –

fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten, die die derzeit 13 weltweit gültigen Übereinkommen und Protokolle zur Bekämpfung des Terrorismus noch nicht unterzeichnet haben, nachdrücklich auf, sich nach Kräften um einen unverzüglichen Beitritt zu bemühen und die Bestimmungen dieser Instrumente vollständig umzusetzen;

fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, den Beitritt zur Änderung des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial (2005), zum Protokoll zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt (2005) und zum Protokoll zum Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden (2005), in Erwägung zu ziehen und sie anschließend vollständig umzusetzen;

fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, den Beitritt zu regionalen und subregionalen Rechtsinstrumenten gegen den Terrorismus in Erwägung zu ziehen, einschließlich des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus;

beauftragt den Generalsekretär, für 2010 im Rahmen der verfügbaren Ressourcen und in Zusammenarbeit mit UNODC und anderen einschlägigen internationalen Akteuren eine Arbeitstagung zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei strafrechtlichen Aspekten der Umsetzung der 2005 geschlossenen weltweit gültigen Übereinkommen und Protokolle zur Bekämpfung des Terrorismus zu organisieren;

beauftragt den Amtierenden Vorsitz, 2010 in Astana in Abstimmung mit den Durchführungsorganen der OSZE, im Rahmen der verfügbaren Ressourcen und in Zusammenarbeit mit UNODC und dem Europarat sowie mit anderen einschlägig tätigen internationalen Partnern eine Expertenkonferenz über erfolgreiche Strategien, wirksame politische Konzepte und bewährte Verfahren zur Verhütung von Terrorismus zu veranstalten;

fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, zur Förderung der weltweit gültigen Übereinkommen und Protokolle zur Bekämpfung des Terrorismus die Zusammenarbeit zwischen den Staaten durch die Weitergabe von technischem Fachwissen zu verstärken, und beauftragt den Generalsekretär, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten auch weiterhin zu erleichtern, unter anderem indem er zwischen den Teilnehmerstaaten die Angebote und Ersuchen um technische Unterstützung zusammenführt;

beauftragt den Generalsekretär und die zuständigen OSZE-Durchführungsorgane, im Rahmen der verfügbaren Ressourcen die Zusammenarbeit mit UNODC bei der Stärkung des rechtlichen Rahmens für die Bekämpfung des Terrorismus durch Förderung der Umsetzung der weltweit gültigen Rechtsinstrumente zur Bekämpfung des Terrorismus fortzusetzen und insbesondere die Unterstützung für das UNODC-Programm zur Verhütung des Terrorismus in folgenden Bereichen weiter zu verstärken und zu straffen:

- Bewusstseinsbildung und Unterstützung bei der politischen Willensbildung in den Teilnehmerstaaten für den Beitritt zu den weltweit gültigen Übereinkommen und Protokollen zur Bekämpfung des Terrorismus
- Bereitstellung von technischer Unterstützung für ersuchende Staaten bei der Ausarbeitung strafrechtlicher Bestimmungen gegen den Terrorismus
- Ausbildung von Justizbeamten für die internationale Zusammenarbeit von Justizbehörden in Strafsachen zur Terrorismusbekämpfung

und ermutigt die Teilnehmerstaaten, freiwillige Beiträge zur Finanzierung von einschlägigen außerbudgetären Projekten in diesen Bereichen zu leisten;

lädt die Kooperationspartner der OSZE ein, die OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf den völkerrechtlichen Rahmen für die Bekämpfung des Terrorismus und die Zusammenarbeit in Strafsachen zur Terrorismusbekämpfung freiwillig umzusetzen.

BESCHLUSS Nr. 4/09
KÜNFTIGE AUSRICHTUNG
DER WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION
(MC.DEC/4/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

in Bekräftigung der Verpflichtungen in der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE,

unter Hinweis auf das auf dem Elften Treffen des Ministerrats in Maastricht 2003 verabschiedete Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension,

erfreut über den Bericht des Vorsitzes über die künftige Ausrichtung der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE sowie über die darin enthaltenen Erkenntnisse und Empfehlungen (CIO.GAL/97/09),

die Notwendigkeit unterstreichend, weiterhin die Arbeit der OSZE in der Wirtschafts- und Umweltdimension zu straffen und deren Effektivität zu verbessern, –

beauftragt den Ständigen Rat, über sein informelles nachgeordnetes Gremium und mit Unterstützung des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten bis Ende 2010 geeignete Maßnahmen zur Umsetzung der im Bericht enthaltenen Empfehlungen zu identifizieren und zu verabschieden;

legt künftigen Vorsitz, den Teilnehmerstaaten und dem OSZE-Sekretariat nahe, die Umsetzung des Maastrichter Strategiedokuments einer regelmäßigen Fortschrittskontrolle zu unterziehen.

BESCHLUSS Nr. 5/09
MIGRATIONSSTEUERUNG
(MC.DEC/5/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf die OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf Migration und diese bekräftigend, insbesondere die einschlägigen Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki 1975, den Ministerratsbeschluss Nr. 2/05 über Migration und die Ministererklärung zur Migration (MC.DOC/6/06),

unter Berücksichtigung des vom Ministerrat in Maastricht (2003) verabschiedeten Strategiedokuments für die Wirtschafts- und Umweltdimension und unter Hinweis auf das Dreizehnte OSZE-Wirtschaftsforum,

Kenntnis nehmend von den Initiativen und der Arbeit der OSZE im Rahmen des Siebzehnten OSZE-Wirtschafts- und Umweltforums zum Thema „Migrationssteuerung und ihre Verknüpfung mit der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik im Interesse von Stabilität und Sicherheit im OSZE-Raum“,

Kenntnis nehmend von der wachsenden Bedeutung einer wirksamen Migrationssteuerung und deren Nutzen für die sozioökonomische Entwicklung, den sozialen Zusammenhalt, die Sicherheit und Stabilität in allen Ländern, einschließlich der Herkunfts-, Transit- und Zielländer, und in uneingeschränkter Anerkennung der Menschenrechte von Migranten und deren Familienangehörigen,

betonend, wie wichtig es ist, die Migrationspolitik als Querschnittsmaßnahme in die Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Entwicklungs- und Sicherheitsstrategien zu integrieren und sich mit der Migrationssteuerung anhand kooperativer, umfassender und dimensionenübergreifender Konzepte auseinanderzusetzen,

die Notwendigkeit unterstreichend, die legale Zuwanderung zu erleichtern und die illegale Migration zu bekämpfen,

in Anbetracht der verschiedenen Ansätze der OSZE-Teilnehmerstaaten im Umgang mit Migrationsfragen und unter Nutzung von deren Erfahrungen und bewährten Methoden,

unter Betonung der Notwendigkeit, den Dialog und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen in und zwischen allen Staaten sowie mit allen maßgeblichen Akteuren, darunter auch die Sozialpartner, die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft und die akademische Welt, zu vertiefen, um sich erfolgreich mit den Chancen und Problemen, die eine umfassende Migrationssteuerung mit sich bringt, auseinandersetzen zu können,

bestätigend, dass Zusammenarbeit, Dialog und der Austausch bewährter Methoden und von Informationen über Fragen der Migrationssteuerung nach wie vor eine wichtige Komponente des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE sind, die gegebenenfalls und im Rahmen der jeweiligen Mandate, Kapazitäten und Ressourcen in allen drei Dimensionen unterstützt wird, –

1. legt den Teilnehmerstaaten nahe, durch folgende Maßnahmen die Arbeit im Bereich der Migrationssteuerung fortzusetzen:
 - indem sie der Auseinandersetzung mit den der Migration zugrunde liegenden Ursachen besondere Aufmerksamkeit widmen
 - indem sie dafür Sorge tragen, dass ihre nationale Migrationspraxis mit ihren internationalen Verpflichtungen und OSZE-Verpflichtungen im Einklang steht
 - indem sie die Verwirklichung einer umfassenden und wirksamen nationalen Migrationspolitik und gegebenenfalls von Aktionsplänen verbessern und verstärken
 - indem sie die Beschaffung vergleichbaren Datenmaterials über Migration verbessern, um auf OSZE-Ebene den Dialog und den Austausch bewährter Methoden zu erleichtern
 - indem sie die Zusammenarbeit und Partnerschaften zwischen Herkunfts- und Zielländern fördern und zu diesem Zweck wirksame Regelungen für eine legale Zuwanderung wie etwa zirkuläre Migration und andere Formen freiwilliger Arbeitnehmermobilität im Interesse der Entwicklung der Herkunfts- und Zielländer erleichtern
 - indem sie die Menschenrechte von Migranten achten und die Bemühungen zur Bekämpfung von Diskriminierung, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit gegenüber Migranten und ihren Angehörigen verstärken;
2. legt den Teilnehmerstaaten nahe, in ihre Migrationspolitik Genderaspekte einfließen zu lassen, in denen die Empfehlungen des von der OSZE verfassten *Guide on Gender Sensitive Labour Migration Policies* berücksichtigt werden;
3. fordert die Teilnehmerstaaten auf, die Migrationssteuerung durch mehr Kohärenz zwischen Migrations- und Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Sicherheitspolitik mittels Konsultation, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Regierungen auf bilateraler, regionaler oder überregionaler Ebene zu verstärken;
4. legt den Teilnehmerstaaten nahe, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die negativen Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf Migranten auf ein Minimum zu reduzieren und dazu die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren, günstige Voraussetzungen für Investitionen und Unternehmensgründungen zu schaffen und den Rückfluss von Überweisungen zu erleichtern;
5. beauftragt den Ständigen Rat, dessen informelle nachgeordnete Gremien und die Durchführungsorgane der OSZE jeweils im Einklang mit ihrem Mandat in allen Dimensionen, im Rahmen des umfassenden Sicherheitskonzepts der Organisation und der vorhandenen Ressourcen unter anderem mit folgenden Aufgaben:
 - Bereitstellung einer breit angelegten regionalen Plattform für den Dialog über Migration und Sicherheitsfragen, sowohl zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten als auch zwischen den Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern unter Einbindung

anderer maßgeblicher Akteure und in völliger Übereinstimmung mit der OSZE-Geschäftsordnung

- weitere Befassung mit geschlechtsspezifischen Aspekten der Migration
- Unterstützung der Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der Verbesserung ihrer Zuwanderungsgesetze und der Ausarbeitung und Umsetzung wirksamer nationaler politischer Rahmenbedingungen, indem sie Beratung und Ausbildung in Zusammenarbeit mit einschlägig tätigen internationalen und regionalen Organisationen zur Verfügung stellen
- Leistung von Beiträgen zu den internationalen Bemühungen zur Abschätzung der möglichen Auswirkungen der Schädigung der Umwelt auf den Migrationsdruck, die möglicherweise durch den Klimawandel verstärkt werden, um auf diesem Gebiet eine bessere Vorsorge sicherzustellen
- Fortsetzung ihrer Unterstützung für die Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der Förderung einer erfolgreichen Migrationssteuerung unter anderem durch den Austausch bewährter Methoden, bei der Erleichterung der legalen Zuwanderung und Bekämpfung der illegalen Migration, unter besonderer Berücksichtigung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

BESCHLUSS Nr. 6/09
STÄRKUNG DES DIALOGS UND DER ZUSAMMENARBEIT
ZUM THEMA ENERGIESICHERHEIT IM OSZE-RAUM

(MC.DEC/6/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

in Bekräftigung der Verpflichtungen in Bezug auf Energiesicherheit im OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension, das auf dem Treffen des Ministerrats 2003 in Maastricht verabschiedet wurde, in Beschluss Nr. 12/06 des Ministerrats über den Energiesicherheitsdialog in der OSZE und in Beschluss Nr. 6/07 des Ministerrats über den Schutz kritischer Energieinfrastruktur vor Terroranschlägen,

Kenntnis nehmend von den zur Umsetzung dieser Verpflichtungen unternommenen Anstrengungen und in dem Wunsch, die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten zur Energiesicherheit weiter zu fördern und sich mit allen Arten von Risiken und Bedrohungen für die kritische Energieinfrastruktur zu befassen,

unter Berücksichtigung der Gemeinsamen Erklärung der G-8-Energieminister und des europäischen Kommissars für Energie im Mai 2009 in L' Aquila, in dem Wunsch, weiter Bewusstsein für den Aktionsplan „Klimawandel, saubere Energie und nachhaltige Entwicklung“ der G-8 (2005) zu schaffen und den Dialog darüber zu verstärken, und unter Bekräftigung der Unterstützung für die Prinzipien von St. Petersburg für globale Energiesicherheit (2006),

unter Berücksichtigung eines möglichen steigenden Verbrauchs von Energie-ressourcen,

eingedenk der Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der Notwendigkeit kontinuierlicher Investitionen in den Energiesektor und der Förderung einer guten Staats- und Unternehmensführung unter gebührender Berücksichtigung von Sicherheits- und Umweltaspekten,

in Anerkennung des komparativen Vorteils der OSZE als Plattform für einen breit angelegten politischen Dialog sowie der zunehmenden Bemühungen der OSZE, den Energiesicherheitsdialog zu fördern, für dessen Weiterführung zu sorgen und die Weitergabe bewährter Praktiken zwischen den Teilnehmerstaaten zu erleichtern und dadurch bestehende bilaterale und multilaterale Aktivitäten und Initiativen zur Förderung der Zusammenarbeit im Energiebereich zu ergänzen,

unter Hinweis auf die Erörterungen auf der Konferenz des Vorsitzes über die Stärkung der Energiesicherheit im OSZE-Raum vom 6. und 7. Juli 2009 in Pressburg,

in der Erkenntnis, dass die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit im Energiebereich zwischen Erzeuger-, Verbraucher- und Transitländern im OSZE-Raum einen kooperativen Dialog erfordert, damit Transparenz, Verlässlichkeit und Zusammenarbeit im Energiebereich verstärkt und die internationale Staatengemeinschaft in ihrer Fähigkeit unterstützt wird, energiebezogene Auseinandersetzungen zu verhüten und zu lösen,

betonend, dass die eng miteinander verknüpften Herausforderungen des Klimawandels, der Energiesicherheit und der rationellen Nutzung von Energieressourcen zu den wichtigsten Fragen zählen, die zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung unter strategischen Gesichtspunkten gelöst werden müssen,

in Anerkennung der Wichtigkeit des Zugangs zu neuen Energietechnologien unter einvernehmlich festgelegten Bedingungen, alternativer Energiequellen und der Diversifizierung der Energieversorgung, -transportwege und -transportsysteme sowie der Modernisierung und des Ausbaus bestehender Systeme –

1. legt den Teilnehmerstaaten nahe, im Hinblick auf die Bewältigung der Herausforderungen im Energiebereich in der OSZE-Region Bewusstsein für die von den G-8 in St. Petersburg verabschiedeten Prinzipien und Ziele zur Stärkung der globalen Energiesicherheit zu bilden, indem sie
 - für mehr Transparenz, Vorhersehbarkeit und Stabilität der globalen Energiemärkte sorgen,
 - das Investitionsklima im Energiesektor verbessern,
 - den Wirkungsgrad und die Einsparung von Energie verbessern,
 - den Energiemix diversifizieren,
 - für die technische Sicherheit kritischer Energieinfrastruktur sorgen,
 - die Energiearmut verringern und
 - sich mit dem Klimawandel und nachhaltiger Entwicklung auseinandersetzen;
2. ermutigt die Teilnehmerstaaten, die OSZE gemäß Ministerratsbeschluss Nr. 12/06 auch weiterhin als Plattform für den Energiesicherheitsdialog zu nützen und dabei Überschneidungen mit den Aktivitäten von Foren für bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit in Energiefragen zu vermeiden, um
 - zur Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum beizutragen,
 - die Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten im Energiebereich, gegebenenfalls auch auf regionaler und subregionaler Ebene, zu verstärken;
3. beauftragt den Ständigen Rat, mit Unterstützung des OSZE-Sekretariats 2010 eine eigene Expertentagung der OSZE zu organisieren, die Überlegungen über den zukünftigen Beitrag der OSZE zur internationalen Zusammenarbeit in Fragen der Energiesicherheit anstellen wird;
4. beauftragt den Generalsekretär der OSZE, 2010 einen Bericht über die Ergebnisse und Empfehlungen obiger Veranstaltung sowie über seine Konsultationen mit Teilnehmerstaaten und einschlägig tätigen internationalen und regionalen Organisationen über die ergänzende Rolle der OSZE im Bereich der Energiesicherheit zur Prüfung durch den Ständigen Rat vorzulegen;

5. beauftragt das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten, gemeinsam mit anderen OSZE-Durchführungsorganen jeweils im Rahmen ihres Mandats und der verfügbaren Ressourcen Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen auch weiterhin Hilfeleistung zu leisten, den Austausch bewährter Praktiken zu unterstützen und Kapazitäten in den auf Energiesicherheit bezogenen Bereichen aufzubauen, darunter Energieeffizienz, Energieeinsparung sowie Investitionen in erneuerbare Energiequellen und deren Entwicklung;
6. ermutigt die Kooperationspartner, die Bestimmungen dieses Beschlusses freiwillig umzusetzen.

BESCHLUSS Nr. 7/09
MITWIRKUNG VON FRAUEN AM POLITISCHEN
UND ÖFFENTLICHEN LEBEN

(MC.DEC/7/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf die OSZE-Verpflichtungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, der Nichtdiskriminierung und der Förderung des gleichen Rechts von Frauen und Männern auf Mitwirkung am politischen und öffentlichen Leben,

in Anbetracht der Tatsache, dass Frauen im OSZE-Raum in der Legislative, Exekutive samt Polizeibehörden und in der Judikative auf der Entscheidungsebene nach wie vor unterrepräsentiert sind,

besorgt darüber, dass die weit verbreitete Diskriminierung von Frauen weiterhin deren wirksame Mitwirkung am politischen und öffentlichen Leben auf allen Ebenen unterminiert,

im Bewusstsein, dass eine laufende Kontrolle der OSZE-Verpflichtungen unter anderem auch in geeigneten OSZE-Gremien zur Entwicklung wirksamerer Konzepte und Maßnahmen beitragen kann,

erneut erklärend, dass die uneingeschränkte und gleichberechtigte Ausübung der Menschenrechte durch Frauen unverzichtbar für die Verwirklichung eines friedlicheren, wirtschaftlich stärkeren und demokratischeren OSZE-Raumes ist,

die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten bekräftigend, in der gesamten Organisation den OSZE-Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern proaktiv umzusetzen, und an die Beschlüsse des Ministerrats von Laibach Nr. 14/05 über Frauen in der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Konfliktnachsorge und Nr. 15/05 über die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erinnernd,

unter Hinweis auf Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, in der nachdrücklich die vollständige und gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen in Entscheidungsfunktionen bei der Konfliktverhütung sowie dem Wiederaufbau nach Konflikten gefordert wird, und betonend, wie wichtig es ist, dass sie an allen Anstrengungen zur Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit gleichberechtigt und in vollem Umfang teilhaben,

Kenntnis nehmend von Resolution 1889 (2009) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, in der internationale und regionale Organisationen nachdrücklich aufgefordert werden, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Mitwirkung von Frauen an allen Phasen von Friedensprozessen zu ergreifen,

feststellend, dass am 18. Dezember 2009 der 30. Jahrestag des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) begangen wird, das der Diskriminierung der Frau im politischen und öffentlichen Leben ein Ende setzen soll, und feststellend, dass am 10. Dezember vor genau 10 Jahren das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen zur Unterzeichnung aufgelegt wurde,

in dem Bewusstsein, dass die Mitwirkung von Frauen am politischen und öffentlichen Leben auf zusätzliche Behinderungen stoßen kann, die über das Geschlechtsspezifische hinausgehen, –

fordert die Teilnehmerstaaten dazu auf,

1. zu erwägen, für konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung des Ziels einer ausgewogenen Vertretung beider Geschlechter in allen Körperschaften der Legislative, der Judikative und Exekutive einschließlich von Sicherheitsdiensten, wie dem Polizeidienst, zu sorgen;
2. mögliche gesetzgeberische Maßnahmen zu erwägen, die eine ausgewogenere Mitwirkung von Frauen und Männern am politischen und öffentlichen Leben und insbesondere in Entscheidungsfunktionen erleichtern;
3. alle politischen Akteure dazu zu ermutigen, die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen und Männern in politischen Parteien zu fördern, mit dem Ziel, in öffentlichen Wahlämtern auf allen Entscheidungsebenen eine ausgewogenere Geschlechterverteilung herbeizuführen;
4. zu erwägen, Maßnahmen zu ergreifen, die Chancengleichheit in den Sicherheitsdiensten, wo zutreffend auch in den Streitkräften, schaffen, damit die Einstellung, der Verbleib und die Beförderung von Frauen und Männern in ausgewogener Weise erfolgen kann;
5. wo notwendig offene und partizipative Verfahren zu entwickeln und einzuführen, um die Mitwirkung von Frauen und Männern in allen Phasen der Gesetzgebung, Programm-erstellung und Politikgestaltung zu verstärken;
6. die Möglichkeiten zu schaffen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt zur Friedenskonsolidierung beitragen;
7. die notwendigen Schritte einzuleiten, um – wo angebracht – wirksame nationale Mechanismen zu schaffen, mit denen die gleichberechtigte Mitwirkung und Repräsentation von Frauen gemessen wird;
8. wo angebracht Nichtregierungs- und Forschungsgremien bei der Ausarbeitung von Schwerpunktstudien und Aufklärungsinitiativen zur Erhebung der konkreten Faktoren, die der Mitwirkung von Frauen am politischen und öffentlichen Leben entgegenstehen, und bei der Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern zu unterstützen;
9. dafür einzutreten, dass Frauen und Männer sich die Verantwortung für die Arbeit und als Eltern teilen, um die Chancengleichheit der Frauen im Hinblick auf tatsächliche Mitwirkung am politischen und öffentlichen Leben zu erleichtern.

BESCHLUSS Nr. 8/09
VERSTÄRKUNG DER OSZE-BEMÜHUNGEN UM NACHHALTIGE
INTEGRATION DER ROMA UND SINTI

(MC.DEC/8/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

in Bekräftigung der Verpflichtungen der OSZE gegenüber den Roma und Sinti, einschließlich der im Aktionsplan von 2003 zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet enthaltenen Verpflichtungen,

aner kennend, dass die Teilnehmerstaaten dazu bereits einige Bemühungen unternommen haben,

feststellend, dass bei der Überwindung der tiefen Kluft, die in mehreren Bereichen noch immer zwischen dem Volk der Roma und Sinti und der breiteren Bevölkerung besteht, nur wenige Fortschritte gemacht wurden,

Kenntnis nehmend vom Lagebericht 2008 des BDIMR über die Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet,

betonend, dass entschlossenes Handeln gefordert ist, um die Lage der Roma und Sinti in der gesamten OSZE-Region zu verbessern,

überzeugt, dass sich die Teilnehmerstaaten bemühen sollten, den Roma und Sinti die größtmögliche Eigenverantwortung für die sie betreffende Politik zu übertragen, und dass Roma- und Sinti-Gemeinschaften Partner sein und die Verantwortung für die Umsetzung der Politik zur Förderung ihrer Integration mittragen sollten,

in Anerkennung der besonderen Schwierigkeiten, mit denen die Roma und Sinti konfrontiert sind, und der Notwendigkeit, wirksame Maßnahmen zu treffen, um ihrer Diskriminierung ein für alle Mal ein Ende zu setzen und ihre nachhaltige Integration im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen zu gewährleisten,

besorgt darüber, dass die Roma und Sinti Gemeinschaften angehören, die nach wie vor unter Rassismus und Diskriminierung zu leiden haben, und dass Vorurteile und gewalttätige Äußerungen von Intoleranz gegenüber den Roma und Sinti zugenommen haben,

feststellend, dass in Zeiten des weltweiten Wirtschaftsabschwungs Roma und Sinti zu jenen zählen, die besonders gefährdet sind, irrationalen Anfeindungen und Schuldzuweisungen durch die Gesellschaft ausgesetzt zu werden,

in dem Bewusstsein, dass Äußerungen der Intoleranz gegenüber Roma und Sinti möglicherweise nicht nur verstärkt zu deren Ablehnung und Ausgrenzung führen, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und das friedliche Zusammenleben der Gesellschaft insgesamt gefährden können,

mit Anerkennung feststellend, dass der Beschluss Nr. 6/08 des Ministerrats über verstärkte Bemühungen der OSZE zur Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung der

Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet einen bedeutenden Fortschritt in Richtung der Gewährleistung des gleichberechtigten Zugangs zu Schulbildung darstellte und die Wichtigkeit der mit einem früh einsetzenden Schulunterricht verbundenen Vorteile unterstrich,

Kenntnis nehmend vom Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension 2009 und seiner Arbeitssitzung zum speziell ausgewählten Thema „Früherziehung für Roma- und Sinti-Kinder“,

unter Betonung der Bedeutung der einschlägigen OSZE-Institutionen und -strukturen, die in Erfüllung ihres Mandats die Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet unterstützen, und der wirksamen Koordinierung und Zusammenarbeit zu diesem Zweck innerhalb der OSZE –

1. fordert die Teilnehmerstaaten auf, ihre Bemühungen zur Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet zu verstärken und den Prozess der nachhaltigen Integration der Roma und Sinti zu fördern;
2. fordert die Teilnehmerstaaten auf, dem BDIMR weiter Informationen über die Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet zur Verfügung zu stellen;
3. fordert die Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, entschlossener für Toleranz einzutreten und Vorurteile gegen das Volk der Roma und Sinti zu bekämpfen, um deren weitere Ablehnung und Ausgrenzung zu verhindern und dem Anstieg der gewalttätigen Äußerungen von Intoleranz gegenüber den Roma und Sinti entgegenzuwirken, sowie jede Gewalt gegen die Roma und Sinti mit eindeutigen Worten öffentlich zu verurteilen und alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Zugang zu wirksamen Rechtsbehelfen entsprechend den innerstaatlichen Gerichts-, Verwaltungs-, Schlichtungs- oder Vermittlungsverfahren sicherzustellen und in dieser Hinsicht für Koordination zwischen den zuständigen Behörden auf allen Ebenen zu sorgen;
4. fordert die Teilnehmerstaaten auf, in geeigneter Weise verstärkt die Mitwirkung der Roma und Sinti an der Gestaltung, Umsetzung und Bewertung der sie betreffenden Politik zu suchen und den Dialog zwischen dem Volk der Roma und Sinti und der breiteren Bevölkerung zu fördern, um darauf aufmerksam zu machen, in welchem Ausmaß Intoleranz und Diskriminierung den sozialen Zusammenhalt, die Stabilität und die Sicherheit gefährden können;
5. fordert die Teilnehmerstaaten auf, in Zusammenarbeit mit den Roma und Sinti die für deren nachhaltige Integration innerhalb des OSZE-Raums maßgeblichen Herausforderungen der Migration der Roma und Sinti zu ermitteln und zu untersuchen;
6. beauftragt das BDIMR, in Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem HKNM, dem Beauftragten für Medienfreiheit und anderen zuständigen OSZE-Durchführungsorganen im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate und der vorhandenen Ressourcen die Teilnehmerstaaten weiter dabei zu unterstützen, gegen diskriminierende und gewalttätige Handlungen gegen Roma und Sinti vorzugehen, gegen negative klischeehafte Berichterstattung über die Roma und Sinti in den Medien, unter Beachtung einschlägiger OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf Medienfreiheit, aufzutreten, den OSZE-Verpflichtungen insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im

OSZE-Gebiet uneingeschränkt nachzukommen und sich mit den Herausforderungen für die nachhaltige und erfolgreiche Integration der Roma und Sinti auseinanderzusetzen;

7. legt den Teilnehmerstaaten nahe, sich ausführlich mit der Früherziehung für Roma und Sinti zu befassen und besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass die Roma und Sinti gleichberechtigten Zugang zu Schulbildung haben und in das Regelschulwesen eingebunden werden;

8. beauftragt das BDIMR, in Absprache mit den Teilnehmerstaaten und in enger Zusammenarbeit mit anderen maßgeblichen OSZE-Institutionen im Rahmen ihrer Mandate einschlägige Projekte zur Frage der Früherziehung für Roma und Sinti, etwa Projekte zur Lehrerbildung oder zur Überwindung der niedrigen Einschulungsrate, zu entwickeln und durchzuführen;

9. legt den maßgeblichen OSZE-Institutionen nahe, gegebenenfalls ihre Zusammenarbeit und Koordination mit anderen einschlägig tätigen internationalen Akteuren wie dem Europarat und der Europäischen Union sowie mit Akteuren der Zivilgesellschaft, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Roma und Sinti befassen, zu verstärken;

10. fordert den Direktor des BDIMR auf, die Teilnehmerstaaten über die Arbeit des BDIMR zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Förderung der nachhaltigen Integration der Roma und Sinti im Rahmen seiner regelmäßigen Berichterstattung an den Ständigen Rat auf dem Laufenden zu halten.

BESCHLUSS Nr. 9/09
BEKÄMPFUNG VON HASSVERBRECHEN
(MC.DEC/9/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

bekräftigend, dass die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit den Kern des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE bilden und dass Toleranz und Nichtdiskriminierung wichtige Elemente der Förderung der Menschenrechte und demokratischen Werte sind,

bekräftigend, dass Erscheinungsformen der Diskriminierung und Intoleranz die Sicherheit des Einzelnen und den Zusammenhalt der Gesellschaft bedrohen, und erneut feststellend, dass sie zu Konflikten und Gewalt in größerem Umfang führen können,

besorgt angesichts von Hassverbrechen in der gesamten OSZE-Region und in Anerkennung der Notwendigkeit, zur wirksamen Bekämpfung dieser Verbrechen zusammenzuarbeiten, und in Kenntnis des von den Teilnehmerstaaten in Auftrag gegebenen BDIMR-Berichts „Hate Crimes in the OSCE Region – Incidents and Responses“,

in Bekräftigung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung und feststellend, dass für die Auseinandersetzung mit Handlungen der Intoleranz und der Diskriminierung in erster Linie die Teilnehmerstaaten verantwortlich sind,

mit der Feststellung, dass Hassverbrechen durch Vorurteile motivierte strafbare Handlungen sind,

Kenntnis nehmend von der am 8. September 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus, in der ein umfassender, globaler Ansatz zur Bekämpfung des Terrorismus skizziert wird, der nicht nur auf Erscheinungsformen des Terrorismus sondern auch auf die Bedingungen abzielt, die dessen Verbreitung begünstigen, und im Bewusstsein der Rolle, die Hassverbrechen, Diskriminierung und Intoleranz als Nährboden für gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung spielen können, die ihrerseits zu Terrorismus führen,

in der Erkenntnis, dass systematischere, umfassendere und besser vergleichbare Daten über Hassverbrechen erforderlich sind, wie es unter anderem im BDIMR-Bericht heißt,

erfreut über die Arbeit des BDIMR, das Teilnehmerstaaten auf Ersuchen Hilfestellung in ihren Bemühungen zur Bekämpfung von Hassverbrechen leistet,

Kenntnis nehmend vom Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension 2009 zum Thema „Hassverbrechen – Wirksame Rechtsumsetzung“ und vom zweiten Jahrestreffen der Kontaktstellen zur Bekämpfung von Hassverbrechen,

in dem Bewusstsein, dass der weltweite Wirtschaftsabschwung verstärkt zum Auftreten von Hassverbrechen im OSZE-Raum führen kann,

mit der Feststellung, dass Opfer von Hassverbrechen sowohl aus Minderheiten als auch aus der Mehrheitsbevölkerung kommen können,

Kenntnis nehmen von der Arbeit der drei Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden in Unterstützung der OSZE-weiten Bemühungen im Kampf gegen Hassverbrechen und gewalttätige Erscheinungsformen der Intoleranz im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate,

in Anerkennung der ausschlaggebenden Rolle, die Politiker als Leitfiguren im Kampf gegen Intoleranz und Diskriminierung und zur Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander spielen können, –

fordert die Teilnehmerstaaten auf,

1. verlässliche und ausreichend genaue Daten und Statistiken über Hassverbrechen und gewalttätige Erscheinungsformen von Intoleranz zu erheben, zu verwalten und zu veröffentlichen, unter anderem über die Anzahl der den Strafverfolgungsbehörden angezeigten Fälle, die Anzahl der eingeleiteten Strafverfahren und das Strafmaß; wo Datenschutzgesetze die Erfassung von Daten über die Opfer einschränken, sollten die Staaten Methoden der Datenerfassung in Erwägung ziehen, die im Einklang mit diesen Gesetzen stehen;
2. gegebenenfalls besondere, auf die Bekämpfung von Hassverbrechen abgestellte Gesetze zu erlassen, in denen wirksame, der Schwere dieser Verbrechen angemessene Strafen vorgesehen werden;
3. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, durch die die Opfer zur Anzeige von Hassverbrechen ermutigt werden, da die Staaten keine wirksamen politischen Strategien entwickeln können, wenn Hassverbrechen nur selten angezeigt werden; in diesem Zusammenhang als ergänzende Maßnahme nach Methoden zu suchen, wie die Zivilgesellschaft verstärkt zur Bekämpfung von Hassverbrechen beitragen kann;
4. berufliche Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Beamte der Strafverfolgungsbehörden, der Staatsanwaltschaft und der Justiz einzuführen oder auszubauen;
5. in Zusammenarbeit mit einschlägigen Akteuren Möglichkeiten zu sondieren, wie Opfer von Hassverbrechen Zugang zu psychologischer Betreuung, zu juristischer und konsularischer Unterstützung sowie wirksamen Zugang zu den Gerichten erhalten können;
6. bei Hassverbrechen unverzüglich Untersuchungen einzuleiten und sicherzustellen, dass die Motive verurteilter Hasstäter von den zuständigen Behörden und von der politischen Führung aufgezeigt und öffentlich verurteilt werden;
7. zur Bekämpfung von organisierten, durch Hass motivierten Gewaltverbrechen gegebenenfalls für Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene zu sorgen, auch mit den zuständigen internationalen Gremien und zwischen Polizeibehörden;
8. Aufklärungs- und Erziehungsmaßnahmen, insbesondere mit Strafverfolgungsbehörden, für Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Gruppen zu treffen, die Opfern von Hassverbrechen beistehen;

9. eine nationale Kontaktstelle für Hassverbrechen zu ernennen, falls sie dies noch nicht getan haben, die dem BDIMR regelmäßige Berichte mit verlässlichen Informationen und Statistiken über Hassverbrechen zuleitet;
10. zu erwägen, vom BDIMR entwickelte Ressourcen in den Bereichen Erziehung, Schulung und Aufklärung in Anspruch zu nehmen, um zu gewährleisten, dass umfassend gegen Hassverbrechen vorgegangen wird;
11. fordert die Teilnehmerstaaten auf, nach Gelegenheiten zur Zusammenarbeit zu suchen und auf diesem Wege gegen die zunehmende Nutzung des Internets zur Verbreitung von Ansichten vorzugehen, die zu durch Vorurteile motivierter Gewalt, einschließlich Hassverbrechen, anstiften, und dadurch den durch die Verbreitung von derartigem Material entstandenen Schaden zu verringern, und gleichzeitig sicherzustellen, dass jede diesbezügliche Maßnahme in Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen, insbesondere im Hinblick auf freie Meinungsäußerung, steht;
12. beauftragt das BDIMR, in Absprache mit den Teilnehmerstaaten und in Zusammenarbeit mit einschlägig tätigen internationalen Organisationen und Partnern aus der Zivilgesellschaft zu untersuchen, ob ein Zusammenhang zwischen der Nutzung des Internets und durch Vorurteile motivierten Hassverbrechen besteht, welcher Schaden dadurch entstehen kann und welche praktischen Schritte sich anbieten;
13. fordert den Direktor des BDIMR auf, die Teilnehmerstaaten über die Arbeit des BDIMR zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Bekämpfung von Hassverbrechen durch seine regelmäßigen Berichte an den Ständigen Rat auf dem Laufenden zu halten.

BESCHLUSS Nr. 10/09
HOCHRANGIGE OSZE-KONFERENZ
ZU TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG
(MC.DEC/10/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

in der Erkenntnis, dass Toleranz und Nichtdiskriminierung wichtige Elemente zur Förderung der Menschenrechte und demokratischen Werte sind und dass die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit den Kern des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE bilden,

unter Hinweis auf die Verpflichtungen im Bereich der Toleranz und Nichtdiskriminierung gemäß der Schlussakte von Helsinki 1975, der Charta von Paris für ein neues Europa 1990, der Europäischen Sicherheitscharta 1999, dem vom 11. Treffen des Ministerrats (Maastricht 2003) verabschiedeten Beschluss Nr. 4/03, dem vom 12. Treffen des Ministerrats (Sofia 2004) verabschiedeten Beschluss Nr. 12/04, dem vom 13. Treffen des Ministerrats (Laibach 2005) verabschiedeten Beschluss Nr. 10/05, dem vom 14. Treffen des Ministerrats (Brüssel 2006) verabschiedeten Beschluss Nr. 13/06, dem vom 15. Treffen des Ministerrats (Madrid 2007) verabschiedeten Beschluss Nr. 10/07, dem vom 16. Treffen des Ministerrats (Helsinki 2008) verabschiedeten Beschluss Nr. 6/08 sowie den Beschlüssen Nr. 607, 621 und 633 des Ständigen Rates,

unter Hinweis auf den OSZE-Schwerpunkt Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung, dem die Wiener Konferenzen von 2003 über Antisemitismus bzw. über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, die Berliner Antisemitismus-Konferenz vom April 2004, das Pariser Treffen vom Juni 2004 über die Zusammenhänge zwischen rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Propaganda im Internet und Hassdelikten, die Brüsseler Konferenz vom September 2004 über Toleranz und den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, die Konferenz von Córdoba vom Juni 2005 über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz, die Konferenz von Bukarest vom Juni 2007 gegen Diskriminierung und für gegenseitige Achtung und Verständigung Rechnung trugen, und unter Hinweis auf die Ergebnisse dieser Konferenzen,

in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, die bestehenden OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen Toleranz, Nichtdiskriminierung und Grundfreiheiten umzusetzen, und unter Hinweis auf andere einschlägige internationale Verpflichtungen, –

beschließt, am 29. und 30. Juni 2010 in Astana eine hochrangige OSZE-Konferenz über Toleranz und Nichtdiskriminierung abzuhalten, bei der auch eine umfassende Überprüfung aller einschlägigen OSZE-Verpflichtungen vorgenommen werden soll, und begrüßt das Angebot Kasachstans, Gastgeber dieser Konferenz zu sein;

beauftragt den Ständigen Rat, im Einklang mit der Geschäftsordnung der OSZE die Tagesordnung, den Zeitplan und andere organisatorische Modalitäten zu beschließen.

BESCHLUSS Nr. 11/09
SICHERHEIT VON REISEDOKUMENTEN –
DAS ICAO PUBLIC KEY DIRECTORY

(MC.DEC/11/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf die OSZE-Verpflichtungen zur Bekämpfung des Terrorismus, darunter insbesondere die Verbesserung der Sicherheit von Reisedokumenten, wie im Bukarester Aktionsplan zur Bekämpfung des Terrorismus (MC(9).DEC/1/Corr.1), im Beschluss des Ministerrats von Maastricht über die Sicherheit von Reisedokumenten (MC.DEC/7/03) sowie in zwei Beschlüssen des Ministerrats, jenem von Sofia (MC.DEC/4/04) und von Brüssel (MC.DEC/6/06), gefordert, in denen zur verstärkten Nutzung der INTERPOL-Datenbank für gestohlene/verlorene Reisedokumente aufgerufen wurde, und in Anerkennung des bedeutenden Beitrags der OSZE im Bereich der Sicherheit von Reisedokumenten,

in Bekräftigung seiner Verpflichtung, effektive und entschlossene Maßnahmen gegen den Terrorismus umzusetzen und die Bewegung einzelner Terroristen und terroristischer Gruppierungen durch wirksame Grenzkontrollen und Kontrollen der Ausstellung von Personalausweisen und Reisedokumenten zu verhindern, dabei aber gleichzeitig den freien und sicheren Personenverkehr im jeweiligen rechtlichen Rahmen zu erleichtern,

in Anerkennung der Bedeutung grenzüberschreitender Kommunikation für die internationale Zusammenarbeit gegen den internationalen Terrorismus, die organisierte Kriminalität und den illegalen Handel in allen seinen Formen sowie des besonderen Beitrags der OSZE in Form der Förderung von Unterstützung und der Bereitstellung eines Rahmens für die Zusammenarbeit in diesen Fragen,

Kenntnis nehmend von der weitgehenden Umsetzung der elektronischen maschinenlesbaren Reisedokumente (eMRTDs) durch die OSZE-Teilnehmerstaaten,

in Anerkennung der Notwendigkeit, die zuständigen nationalen Behörden in die Lage zu versetzen, die Echtheit der auf den eMRTDs gespeicherten elektronischen Sicherheitsmerkmale und biometrischen Daten als Voraussetzung für die Überprüfung der Identität des Inhabers eines eMRTD anhand der genannten Merkmale und Daten zu verifizieren,

Kenntnis nehmend von der Arbeit der ICAO, die das ICAO Public Key Directory (PKD) entwickelt hat, um ein weltweites vernetztes Validierungssystem für eMRTDs zu fördern, wodurch die Sicherheitsmaßnahmen an den Grenzen erheblich verbessert werden sollen und ein Beitrag zum Kampf gegen den Terrorismus und zur Verhütung illegaler grenzüberschreitender Aktivitäten geleistet wird,

Kenntnis nehmend von der Erklärung der G-8-Justiz- und Innenminister vom 29. und 30. Mai 2009, in der die Teilnahme der ICAO-Vertragsstaaten am ICAO-PKD vorbehaltlos unterstützt wird und alle Staaten ersucht werden, die Echtheit der Informationen in ePass-Chips zu verifizieren und vom ICAO-PKD Gebrauch zu machen,

mit der Feststellung, dass die Staaten, die ePässe ausstellen oder auszustellen beabsichtigen bzw. automatisierte Überprüfungen von ePässen an Grenzkontrollstellen durchführen, laut empfohlener ICAO-Praxis am PKD teilnehmen sollten, –

ruft die Teilnehmerstaaten dazu auf, die Teilnahme am ICAO-PKD nach Maßgabe administrativer und finanzieller Ressourcen in Erwägung zu ziehen und damit die Grenzkontrollstellen und andere zuständige nationale Behörden in die Lage zu versetzen, die digitalen Signaturen auf elektronischen eMRTDs auf ihre Echtheit zu verifizieren;

legt den Teilnehmerstaaten nahe, nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten anderen Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der Umsetzung dieser Maßnahme technische Hilfe zu leisten;

beauftragt den Generalsekretär, im Rahmen der verfügbaren Ressourcen, in Abstimmung mit dem Amtierenden Vorsitz und in Zusammenarbeit mit der ICAO 2010 in Wien eine Expertenarbeitstagung der OSZE zu organisieren, die der Bewusstseinsbildung und der Erleichterung der Teilnahme am ICAO-PKD bzw. von dessen Verwendung durch die Teilnehmerstaaten dienen soll;

ermutigt die Kooperationspartner, diesen Beschluss und andere OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf die Sicherheit von Reisedokumenten freiwillig umzusetzen.

BESCHLUSS Nr. 12/09
OSZE-VORSITZ IM JAHR 2012
(MC.DEC/12/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat

beschließt, dass Irland im Jahr 2012 die Funktion des OSZE-Vorsitzes wahrnehmen wird.

BESCHLUSS Nr. 13/09
ZUERKENNUNG DES STATUS EINES KOOPERATIONSPARTNERS
AN AUSTRALIEN

(MC.DEC/13/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

mit Dank Kenntnis nehmend vom Schreiben des Außenministers Australiens (CIO.GAL/182/09), in dem ersucht wurde, Australien den Status eines Kooperationspartners zuzuerkennen,

erfreut zur Kenntnis nehmend, dass Australien die Prinzipien und Ziele der OSZE seit ihren Anfängen als Helsinki-Prozess im Jahr 1973 unterstützt hat und ihr umfassendes und kooperatives Konzept für Sicherheit und damit zusammenhängende Fragen der wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung teilt,

ferner in Kenntnis der Tatsache, dass Australien an der Aufnahme enger Beziehungen zur OSZE durch den Meinungs- und Informationsaustausch zu verschiedenen Fragen von beiderseitigem Interesse und die Teilnahme an OSZE-Treffen und -Aktivitäten interessiert ist,

unter Hinweis auf Beschluss Nr. 430 des Ständigen Rates vom 19. Juli 2001,

unter Hinweis auf die Erklärung des Ministerrats von Madrid zu den OSZE-Kooperationspartnern (MC.DOC/1/07/Corr.1),

unter Hinweis auf die OSZE-Geschäftsordnung (MC.DOC/1/06/Corr.1) –

beschließt,

- Australien als Kooperationspartner willkommen zu heißen;
- Australien einzuladen, an den Treffen der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien teilzunehmen;
- dass alle Bestimmungen der OSZE-Geschäftsordnung und anderer OSZE-Dokumente, die sich auf die in Absatz IV.1 (D) 4 genannten Staaten beziehen, auch für Australien gelten.

BESCHLUSS Nr. 14/09
ZEITPUNKT UND ORT DES NÄCHSTEN TREFFENS
DES OSZE-MINISTERRATS

(MC.DEC/14/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat

beschließt, das Achtzehnte Treffen des Ministerrats der OSZE am 1. und 2. Dezember 2010 in Astana abzuhalten, unbeschadet eines möglichen Beschlusses des Ständigen Rates, 2010 ein Treffen der Staats- und Regierungschefs abzuhalten.

BESCHLUSS Nr. 15/09
KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN UND
LAGERBESTÄNDE KONVENTIONELLER MUNITION

(MC.DEC/15/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

in Anerkennung der Bedeutung von Maßnahmen der OSZE zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) unter allen Aspekten und als Beitrag zur Reduzierung und Verhütung der übermäßigen und destabilisierenden Anhäufung und unkontrollierten Verbreitung von SALW,

ferner in Anerkennung der Bedeutung von Maßnahmen der OSZE als Antwort auf das Sicherheitsrisiko, das das Vorhandensein von Lagerbeständen überschüssiger bzw. zur Zerstörung anstehender konventioneller Munition (SCA), Sprengstoffe und Zündmittel in einigen Staaten des OSZE-Raums darstellt,

Kenntnis nehmend von der aktiven Rolle der OSZE in internationalen Bemühungen auf der Grundlage des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten und im Hinblick auf die Zweijährliche Tagung 2010 der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen betreffend SALW unter allen Aspekten,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur vollständigen Umsetzung des OSZE-Dokuments über SALW (FSC.DOC/1/00, 24. November 2000), des OSZE-Dokuments über SCA (FSC.DOC/1/03, 19. November 2003) und einschlägiger FSK-Beschlüsse,

in Anerkennung der Tatsache, dass es wichtig ist, die Verwaltung, Sicherung und Unfallverhütung im Zusammenhang mit Lagerbeständen von Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition zu verbessern,

ferner in Bekräftigung des freiwilligen Charakters der Hilfestellung, die OSZE-Teilnehmerstaaten anderen Teilnehmerstaaten, die darum ersuchen, bei der Reduzierung von SALW, der Zerstörung überschüssiger SCA und der Verbesserung der Verwaltung von Lagerbeständen und der Sicherheitsvorkehrungen für diese leisten,

in Kenntnis der entscheidenden Bedeutung der Koordination und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Organisationen und anderen maßgeblichen Akteuren im Hinblick auf eine wirkungsvolle Bewältigung der erwähnten Herausforderungen und in der Absicht, den Beitrag der OSZE zu diesen Bemühungen im Rahmen der vorhandenen Ressourcen bzw. mit Hilfe außerbudgetärer Beiträge zu verstärken, –

1. begrüßt, im Rahmen des Forums für Sicherheitskooperation,
- die dem Siebzehnten Treffen des Ministerrats gemäß dem auf dem Sechzehnten Treffen des Ministerrats verabschiedeten Beschluss Nr. 11/08 vorgelegten Fortschrittsberichte über die weitere Umsetzung des OSZE-Dokuments über SCA und über die weitere Umsetzung des OSZE-Dokuments über SALW;

- den Kurzbericht des FSK-Vorsitzes über die OSZE-Tagung zur Überprüfung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen und der ergänzenden Beschlüsse, die laut Beschluss Nr. 11/08 des Sechzehnten Treffens des Ministerrats abgehalten wurde;
2. ersucht das Forum für Sicherheitskooperation,
- sich auch 2010 mit Fragen betreffend SALW und SCA zu befassen;
 - bis Mai 2010 einen Aktionsplan für SALW zu erstellen, der die auf der OSZE-Tagung zur Überprüfung des OSZE-Dokuments über SALW und der ergänzenden Beschlüsse eingebrachten Vorschläge berücksichtigt;
 - bei der Vierten Zweijährlichen Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten eine aktive Rolle zu übernehmen;
 - bis Ende 2010 Schritte zur Überprüfung der Durchführung von Beschluss Nr. 11/08 des Ministerrats im Hinblick auf die Schaffung oder Verschärfung der rechtlichen Rahmenbedingungen für legale Vermittlungstätigkeit innerhalb des nationalen Zuständigkeitsbereichs der Teilnehmerstaaten zu setzen;
 - konkrete Schritte zur Förderung der Umsetzung des Internationalen Rechtsinstruments zur Ermöglichung der rechtzeitigen und zuverlässigen Identifikation und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen durch die Staaten zu setzen;
 - sich wie bisher darum zu bemühen, OSZE-Teilnehmerstaaten zu unterstützen, die Hilfestellung bei der Zerstörung überschüssiger bzw. zur Zerstörung anstehender Lagerbestände an SALW und konventioneller Munition erhalten möchten, und die Verwaltung von Lagerbeständen und die Sicherheitsvorkehrungen der um Hilfestellung ersuchenden Teilnehmerstaaten gegebenenfalls durch effiziente Koordination und Zusammenarbeit mit anderen Akteuren zu verbessern;
 - über seinen Vorsitz dem Achtzehnten Treffen des Ministerrats 2010 Fortschrittsberichte über diese Aufgaben und über die weitere Umsetzung des OSZE-Dokuments über SALW und des OSZE-Dokuments über SCA vorzulegen;
3. legt den Teilnehmerstaaten nahe, außerbudgetäre Beiträge zur Unterstützung der Hilfsprojekte des FSK für SALW und SCA – entweder für konkrete Projekte oder durch die Bereitstellung von Mitteln für das Umfassende OSZE-Programm für SALW und SCA – zu leisten;
4. beauftragt den Generalsekretär, sich weiterhin um eine verstärkte Koordination und Zusammenarbeit mit anderen internationalen und regionalen Organisationen zu bemühen, um Synergieeffekte zu erzielen, die Effizienz zu erhöhen und einen kohärenten Ansatz in Bezug auf die Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung,

Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten zu fördern.

BESCHLUSS Nr. 16/09
FÜR DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION
RELEVANTE FRAGEN

(MC.DEC/16/09 vom 2. Dezember 2009)

Der Ministerrat –

eingedenk des Beschlusses V des Helsinki-Dokuments 1992 der KSZE, mit dem das Forum für Sicherheitskooperation geschaffen wurde, und bekräftigend, dass die Teilnehmerstaaten sicherstellen werden, dass ihre im Forum unternommenen Bemühungen, die Rüstungskontrolle, Abrüstung, Vertrauens- und Sicherheitsbildung, Sicherheitskooperation und Konfliktverhütung voranzubringen, kohärent und miteinander verknüpft sind und einander ergänzen,

eingedenk des in Bukarest 2001 verabschiedeten Ministerratsbeschlusses Nr. 3 über die Förderung der Rolle der OSZE als politisches Dialogforum, in dem das FSK unter anderem beauftragt wurde, sich verstärkt in die gesamte Arbeit der OSZE zu aktuellen Sicherheitsfragen einzubringen,

von dem Wunsch getragen, auf die OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert, die vom Elften Treffen des Ministerrats 2003 verabschiedet wurde, weiter aufzubauen,

entschlossen, die Umsetzung der bestehenden vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Rahmen des Wiener Dokuments 1999 unter Berücksichtigung der sich ändernden Natur der Bedrohungen für Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum weiterhin zu verstärken,

ferner entschlossen, die Umsetzung des OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit weiterhin zu verstärken,

mit dem Wunsch, das Bekenntnis der OSZE-Teilnehmerstaaten zur Erfüllung der Verpflichtungen aus den Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR) 1540 (2004), 1673 (2006) und 1810 (2008) erneut unter Beweis zu stellen,

ferner mit dem Wunsch, das Bekenntnis der OSZE-Teilnehmerstaaten zur Erfüllung der Verpflichtungen aus UNSCR 1887 (2009) unter Beweis zu stellen,

Kenntnis nehmend von dem 2009 in Athen verabschiedeten Ministerratsbeschluss Nr. 15/09 über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition –

1. begrüßt im Forum für Sicherheitskooperation (FSK)

– die Fortschrittsberichte über die Bemühungen zur weiteren Verbesserung der Umsetzung des OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und über die Bemühungen im Bereich der Rüstungskontrollabkommen und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Einklang mit seinem Mandat;

- die lebhaften Diskussionen im Rahmen des Sicherheitsdialogs im Jahr 2009, in denen unter anderem der bewaffnete Konflikt vom August 2008, auch im Lichte des „Tagliavini-Berichts“ und dessen wichtigsten Ergebnissen, sowie andere Konfliktsituationen und Sicherheitsprobleme innerhalb und in unmittelbarer Nachbarschaft des OSZE-Raums konsultativ und konstruktiv weiter erörtert wurden;
 - die FSK-Beschlüsse zur Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und bestehender vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, einschließlich des Praxisleitfadens zur Umsetzung von Kapitel IV „Kontakte“ des Wiener Dokuments 1999;
 - die Fortschritte bei der Umsetzung der UNSCR 1540 (2004) und der Ausarbeitung von Praxisleitfäden für deren Umsetzung;
 - die Erörterungen im FSK über die Entwicklung eines umfassenden Ansatzes zur Verstärkung der Internetsicherheit;
2. fordert das Forum für Sicherheitskooperation auf, 2010 im Rahmen seines Mandats
- den Sicherheitsdialog weiter zu intensivieren und sich dabei mit den wichtigsten Sicherheitsfragen in der OSZE-Region auseinanderzusetzen, einschließlich der Rolle der Rüstungskontrolle und der VSBM in einem sich ändernden Sicherheitsumfeld;
 - Mittel und Wege zur Stärkung des politisch-militärischen Instrumentariums der OSZE zu erkunden und dabei den derzeitigen Rüstungskontroll- und VSBM-Instrumenten besondere Aufmerksamkeit zu schenken, wobei unter anderem das Wiener Dokument 1999 verstärkt werden sollte;
 - weiter nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit zu suchen und zu den Diskussionen über die dem Kodex zugrunde liegenden Prinzipien beizutragen;
 - den OSZE-Teilnehmerstaaten gegebenenfalls die Umsetzung der Bestimmungen von UNSCR 1540 (2004), 1673 (2006) und 1810 (2008) zu erleichtern;
 - ferner den OSZE-Teilnehmerstaaten gegebenenfalls auch die Umsetzung der Bestimmungen von UNSCR 1887 (2009) zu erleichtern;
 - zur Verbesserung der OSZE-Verfahren und -Mechanismen im Bereich des Krisenmanagements beizutragen;
3. ersucht das FSK, durch seinen Vorsitz dem Achtzehnten Treffen des Ministerrats 2010 über den Fortschritt seiner Arbeit zu berichten. In diesen Berichten sollten die Bemühungen zur weiteren Verbesserung der Umsetzung des OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, die Bemühungen im Bereich der Rüstungskontrollabkommen und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Einklang mit dem Mandat des FSK und gegebenenfalls auch Bemühungen in anderen Bereichen beschrieben werden.

III. ERKLÄRUNGEN VON DELEGATIONEN

**ANSPRACHE DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE,
DES MINISTERPRÄSIDENTEN UND MINISTERS
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER
GRIECHISCHEN REPUBLIK, IN DER ERÖFFNUNGSSITZUNG DES
SIEBZEHTEN TREFFENS DES OSZE-MINISTERRATS**

(MC.DEL/8/09 vom 1. Dezember 2009)

Liebe Minister und Delegationsleiter,
Herr Generalsekretär,
Direktoren von OSZE-Institutionen,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude, Sie alle als Amtierender Vorsitzender beim 17. Minister-
rat der OSZE zu begrüßen. Ich freue mich, dass so viele Außenminister nach Athen
gekommen sind; meiner Meinung nach gibt es keinen besseren Ort, um eine Organisation mit
neuem Leben zu erfüllen, die so viel für die Stärkung der demokratischen Staats- und
Regierungsführung in unserer Region getan hat. Ich weiß, dass Sie alle die Reise hierher in
der gemeinsamen Überzeugung angetreten haben, dass wir in den nächsten zwei Tagen
Großes zustande bringen können. Ich hoffe, dass wir alle die Heimreise in dem Bewusstsein
antreten können, unser Möglichstes getan zu haben, um die Sache der gemeinsamen,
umfassenden und unteilbaren Sicherheit für alle Völker im OSZE-Raum voranzubringen.

Das Jahr 2009 geht zur Neige und damit auch der griechische Vorsitz.

In diesem Jahr hat sich viel ereignet, das uns in Erinnerung ruft, dass die Sicherheit in
unserer Region nach wie vor kein abgeschlossenes Unterfangen ist. Die weltweite Wirt-
schaftskrise wirkt sich auf alle unsere Länder aus. Wir haben uns nach Kräften darum
bemüht, die Auswirkungen des bewaffneten Konflikts in Georgien in Grenzen zu halten.
Nach wie vor konfrontiert uns die instabile Lage in Afghanistan mit vielfältigsten Heraus-
forderungen in Bezug auf die Sicherheit unserer Region. All das erinnert uns immer wieder
mit Nachdruck daran, dass auf uns noch eine ganze Reihe ungelöster Fragen wartet.

Trotz der oft widrigen Winde sind wir in Athen in einem sicheren Hafen angelangt.
Doch noch ist das Jahr nicht zu Ende. Wir müssen in den nächsten beiden Tagen Einver-
nehmen über wichtige Beschlüsse herstellen, um die kooperative Sicherheit im gesamten
OSZE-Raum zu stärken, die Arbeit unserer Organisation zu gestalten und um ein starkes
Fundament für Kasachstan zu errichten, auf das es bei der Übernahme des OSZE-Vorsitzes
am 1. Januar aufbauen kann.

Ich hoffe, dass unsere Überlegungen von einem konstruktiven Geist getragen werden
und dass wir morgen mit konkreten Ergebnissen auseinandergelangen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

der griechische Vorsitz ließ sich in diesem Jahr von einem einzigen Grundsatz leiten –
der Entschlossenheit, als „ehrlicher Makler“ den Teilnehmerstaaten den Weg zu einer neuen

Gesprächsbasis zu ebnen, um so das Vertrauen wiederherzustellen und ein neues gemeinsames Ziel zu schaffen.

Dieser Grundsatz stand hinter unserer Entscheidung, Ende Juni das erste informelle Ministertreffen der OSZE in Korfu zu veranstalten.

Das Treffen in Korfu war ein Hoffungsstrahl in einem stürmischen Jahr. Es war der erste Versuch eines informellen, freimütigen und offenen Gesprächs auf Ministerebene über den aktuellen Stand und die Zukunftsaussichten der europäischen Sicherheit. Wir erhielten ein deutliches Bekenntnis dazu, dass die OSZE mit ihrem einzigartigen Konzept der umfassenden, kooperativen und unteilbaren Sicherheit und ihrer integrativen Zusammensetzung einen unersetzlichen Rahmen für die Wiederherstellung des Vertrauens und die Stärkung der Zusammenarbeit bietet. Darauf und auf Ihre wertvolle einhellige Unterstützung aufbauend gab der griechische Vorsitz den Anstoß zum Korfu-Prozess.

Die anschließenden Erörterungen auf Botschafterebene in Wien sollten die Hauptelemente der Grundlagen der Sicherheit im euroatlantischen Raum, die Herausforderungen in allen drei OSZE-Dimensionen sowie die Hindernisse herausarbeiten, die der Umsetzung der von den Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen entgegenstehen.

Nun müssen wir in unseren Bemühungen einen weiteren Schritt voran tun. Wir sollten eine Entscheidung darüber treffen, wie wir diesen Prozess weiterführen, wie wir konkrete Ziele, Themen, Modalitäten und Vorgaben festsetzen. Diese sollten klar und unmissverständlich formuliert werden. Wir müssen den Mut aufbringen, von Worten zu Taten zu schreiten. Das wird heute und morgen unsere entscheidende strategische Aufgabe sein. Wir müssen das Jahr 2009 mit einem starken Fundament, getragen von Klarheit und Entschlossenheit, beschließen, um das neue Jahr – und Kasachstan als designierten Vorsitz – mit neuer Orientierung und Zielsetzung begrüßen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

der neue Dialog über die europäische Sicherheit kann nur dann überzeugend sein, wenn er sich auf konkrete Fortschritte in zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen bezieht.

Im Laufe des letzten Jahres zeichnete sich eine gewisse positive Bewegung bei der Auflösung von Langzeitbehinderungen ab, die der kooperativen Sicherheit in unserer Region entgegenstehen. Die mutigen politischen Entscheidungen der Türkei und Armeniens waren nicht einfach, sind jedoch von größter Bedeutung.

Mit demselben Geist der Versöhnung müssen wir uns nun den ungelösten Konflikten widmen, die es nach wie vor im OSZE-Raum gibt. Dank der unerschütterlichen Bemühungen des griechischen Vorsitzes wie auch in den Vorjahren fehlte es nicht an beherzten Vorstößen zur Lösung dieser Konflikte. Noch in der vergangenen Woche kam es in München unter der Schirmherrschaft der Minsk-Gruppe der OSZE zu einem Treffen der Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans. Ebenfalls im letzten Monat fand in Wien ein informelles Treffen der „5+2-Verhandlungen“ zur Lösung des Transnistrienkonflikts statt. Gemeinsam mit UNO und EU führte die OSZE den Vorsitz bei acht Gesprächsrunden in Genf über die Sicherheit und Stabilität in Georgien nach dem Konflikt vom August 2008, und wir konnten auch eine

gewisse Bewegung in Bezug auf die Stabilisierung der Waffenstillstandslinien und die Wiederherstellung der Kommunikationswege für Notfälle feststellen.

Dies sind wichtige Schritte, für die ich meinen Sonderbeauftragten, Botschafter Christopoulos und Botschafter Kasprzyk, danken möchte. Der Einsatz, mit dem sie sich um die Schaffung der Voraussetzung für eine friedliche Konfliktbeilegung bemüht haben, war beachtlich und wurde von allen anerkannt.

Die Lösung dieser Konflikte erfordert jedoch noch harte Arbeit – nicht nur seitens der vom Vorsitz benannten Verhandler, die in seinem Namen agieren, sondern auch von uns, den Teilnehmerstaaten der OSZE, die wir den erforderlichen politischen Willen aufbringen müssen, um voranzukommen.

Zur Stabilisierung der Lage in Georgien müssen wir qualitative Schritte setzen. Diesbezüglich dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben – hier mussten unsere Bemühungen in diesem Jahr mit der Schließung der OSZE-Mission in Georgien einen Rückschlag einstecken. Ich bin davon überzeugt, dass eine OSZE-Präsenz, sowohl in den Konfliktgebieten als auch in ganz Georgien, heute notwendiger ist als jemals zuvor – verfügt die Organisation doch zur Unterstützung der Bemühungen zur Förderung von Frieden, Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit über einzigartige Erfahrungen und ein einmaliges Instrumentarium. Es ist an der Zeit, dass die Teilnehmerstaaten den notwendigen großen Schritt tun und sich auf eine neue OSZE-Präsenz vor Ort einigen.

Die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe waren unermüdlich in ihrer Unterstützung für die Führer Armeniens und Aserbaidschans, die sich jetzt dem kritischen Zeitpunkt nähern, zu dem schwierige Entscheidungen zur Beilegung ihrer Auseinandersetzungen anstehen. Es darf hier in Athen kein Zweifel daran aufkommen, dass dieser Prozess auf die verlässliche Unterstützung der gesamten OSZE-Gemeinschaft zählen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

in einem Monat wird der Marathon des griechischen Vorsitzes zu Ende gehen, und wir werden die Fackel an Kasachstan übergeben. Wir setzen große Hoffnungen auf den Beitrag, den der designierte Vorsitz zur Förderung von Konfliktlösung und Krisenbewältigung im nächsten Jahr einbringen kann. Seien Sie versichert, dass Griechenland diese Bemühungen durch seine Präsenz in der OSZE-Troika voll und ganz unterstützen wird.

Wir begrüßen es auch, dass der designierte kasachische Vorsitz sich nachdrücklicher dafür verwenden will, unser Augenmerk verstärkt auf die vordringlichen Sicherheitsprioritäten in Zentralasien und in Afghanistan zu lenken.

Die Außenminister der OSZE einigten sich vor zwei Jahren in Madrid darauf, dass unsere Organisation bei der Förderung der Sicherheit und Stabilität in und um Afghanistan eine Rolle übernehmen muss. Seither legte die OSZE bei ihrer Arbeit den Schwerpunkt auf die Verstärkung der Sicherung und des Managements der Nordgrenze Afghanistans zu seinen zentralasiatischen Nachbarn und stärkte zu diesem Zweck sowohl die nationalen und regionalen Strafverfolgungskapazitäten als auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Diese Bemühungen verdienen unser Lob. Dennoch kann die OSZE eindeutig mehr tun, wie zum Beispiel durch begrenzte Projektarbeit auf afghanischem Hoheitsgebiet.

Sicherheit und Stabilität in Afghanistan können auf lange Sicht nur auf Grundlage einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit mit dem Land und in seinem Umfeld aufgebaut werden, wozu auch die konstruktive Einbindung seiner Nachbarn in Zentralasien gehört. Von allen maßgeblichen in der Region tätigen internationalen Akteuren und Organisationen, darunter auch die OSZE, sollte das regionale Teamwork gefördert werden. Wir sind davon überzeugt, dass Kasachstan in seiner Funktion als OSZE-Vorsitz 2010 hier mit unser aller Unterstützung Wesentliches bewirken kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

die Wirtschafts- und Umweltdimension stand im Zentrum der Prioritäten des griechischen Vorsitzes. Das ist nur natürlich, wenn man bedenkt, was die Herausforderungen in diesem Bereich für unsere gemeinsame Sicherheit bedeuten.

Auf dem 17. Wirtschafts- und Umweltforum gab es fruchtbare Diskussionen über die dimensionsübergreifenden Aspekte der Migration. Die internationale Migration hat in den letzten Jahren im gesamten OSZE-Raum an Umfang und Komplexität zugenommen. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf bilateraler, regionaler und weltweiter Ebene ist unabdingbar, um nachhaltige politische Lösungen auszuarbeiten und umzusetzen.

Zu Ende eines Jahres, an dessen Anfang die schwerste Gaskrise der jüngsten Geschichte stand, möchte ich die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass es uns gelingt, uns auf eine zielgerichtete Rolle der OSZE im Hinblick auf die Förderung eines integrativen, zielorientierten Dialogs über Aspekte der Energiesicherheit zu einigen. Das haben wir grundsätzlich ja schon in Maastricht 2003 vereinbart. Lassen Sie uns nun den nächsten Schritt tun und unseren Einsatz verstärken.

Eine Woche vor der Eröffnung der Kopenhagener Konferenz über Klimaänderungen sind auch unsere Gespräche über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit von größter Bedeutung. Diese Themen sind für einfache Menschen von Belang. Hier kann und soll die OSZE einen Beitrag leisten.

In diesem Jahr hat sich Griechenland unermüdlich darum bemüht, den OSZE-*aquis* in der menschlichen Dimension weiterzuentwickeln und die Umsetzung aller von uns eingegangenen Verpflichtungen zu unterstützen. Die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit waren wichtige Leitthemen, die sich durch alle unsere Bemühungen im Jahr 2009 zogen.

Es geht hier um das eigentliche Wesen des OSZE-Sicherheitskonzepts. Seit 1975 wurde unser gemeinsames Streben von der Vorstellung getragen, dass Sicherheit mit der „dem Menschen innewohnenden Würde“ beginnt. Wir sind uns darin einig, dass wirkliche Sicherheit nur möglich ist, wenn sie umfassend ist und die politisch-militärische Zusammenarbeit, eine gesunde Ordnungspolitik und Rechtsstaatlichkeit einschließt. Wir sind uns auch darin einig, dass es ohne Sicherheit für die Gesellschaft und den Einzelnen keine Sicherheit für Staaten geben kann.

Dieses Konzept stellt hohe Anforderungen an den Staat und eine Gesellschaft. Es ist ein Projekt, das uns allen ständiges Engagement für das gemeinsame Ziel abfordert, auf die Umsetzung der Verpflichtungen und deren Anpassung an neue Bedürfnisse hinzuarbeiten. Griechenland bemühte sich 2009, seine Partner bei der praktischen Umsetzung dieses Konzepts zu unterstützen.

Ein Bereich, in dem diese Bemühungen besonders gut zu sehen sind, ist die Wahlbeobachtung, die nach wie vor eines der Flaggschiffe der Arbeit der Organisation ist. In diesem Jahr fanden im OSZE-Raum strategisch wichtige Wahlen statt. Die Wahlbeobachtungsmethoden der OSZE sind nach wie vor weltweit die Richtschnur, worauf wir zu Recht stolz sein können. Ich möchte dem BDIMR und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE Lob für ihre sich gegenseitig ergänzende und fruchtbare Zusammenarbeit bei der Wahlbeobachtung sowie bei der weiteren Verbesserung der Wahlsysteme in unserer gesamten Region aussprechen. Ich möchte auch dem BDIMR und dem Sekretariat für ihre Bemühungen um die Aufstellung und den Einsatz eines Wahlunterstützungsteams in Afghanistan danken, was eine große Herausforderung war.

Liebe Minister,
Herr Generalsekretär,
meine Damen und Herren,

wenn ich mich weniger kurz gefasst habe als geplant, so deshalb, weil ich Ihnen einen Überblick über die wichtigsten Themen geben wollte, die auf unserer umfangreichen Agenda für die nächsten beiden Tage stehen. Ich freue mich darauf, mit Ihnen gemeinsam dieses Treffen zum Erfolg zu führen.

Abschließend möchte ich noch einmal unserem Vorgänger, dem finnischen Vorsitz, für das solide Erbe danken, das wir im vergangenen Januar angetreten haben – lieber Alexander Stubb, Ihre Gastfreundschaft und Ihre effiziente Führung in Bezug auf die Beschlüsse des Ministerrats 2008 haben dem griechischen Vorsitz die Latte sehr hoch gelegt. Nun wünschen wir unsererseits dem designierten kasachischen Vorsitz jeden erdenklichen Erfolg. Lieber Kanat Saudabajew, der Vorsitz der OSZE ist immer eine Herausforderung, aber auch immer interessant: Sie können 2010 auf unsere uneingeschränkte Unterstützung zählen.

Ich möchte diese Gelegenheit nicht verstreichen lassen, ohne unserem Generalsekretär, Botschafter Marc Perrin de Brichambaut, dem OSZE-Sekretariat, den OSZE-Institutionen und den OSZE-Feldmissionen den aufrichtigen Dank des Vorsitzes für ihre unschätzbare Unterstützung, ihre harte Arbeit und ihren Einsatz in diesem Jahr auszusprechen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Beschlüsse, die wir in den nächsten 48 Stunden verabschieden werden, unsere Organisation weiter stärken und uns unseren gemeinsamen Zielen näher bringen werden, und ich werde vorbehaltlos mit Ihnen allen gemeinsam darauf hinarbeiten.

Ich danke Ihnen.

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SCHWEDENS
(IM NAMEN DER EUROPÄISCHEN UNION)
(Anhang 2 zu MC(17) Journal Nr. 1 vom 1. Dezember 2009)

Herr Vorsitzender,
Herr Generalsekretär,
werte Kollegen,

ich freue mich, im Namen der Europäischen Union zum Siebzehnten OSZE-Minister-
rat zu sprechen. Lassen Sie mich zu Beginn Ministerpräsident und Außenminister
Papandreou zum erfolgreichen griechischen Vorsitz gratulieren und ihm unseren Dank für die
herzliche Gastfreundschaft Griechenlands hier in Athen aussprechen.

Bevor ich inhaltlich auf dieses Treffen eingehe, möchte ich auf die Tatsache hin-
weisen, dass die Europäische Union heute einen weiteren historischen Schritt getan hat und
das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon begeht. Der Vertrag enthält wichtige
Bestimmungen, die die Fähigkeit der Europäischen Union, auf der internationalen Bühne
wirksam aufzutreten, stärken werden. Wir haben jetzt einen Präsidenten des Europäischen
Rates und eine Hohe Vertreterin, die die Union in außen- und sicherheitspolitischen
Angelegenheiten vertreten wird und von einem europäischen diplomatischen Dienst, dem
Europäischen auswärtigen Dienst, unterstützt wird. Darüber hinaus spielt die Gemeinsame
Sicherheits- und Verteidigungspolitik in enger Abstimmung mit anderen EU-Instrumenten
eine Schlüsselrolle in Bezug auf den Beitrag der EU zum Weltfrieden und zur internationalen
Sicherheit.

Herr Vorsitzender,

die europäische Sicherheit muss umfassend, einschließend und unteilbar sein.

Unser jährliches Treffen bietet eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Bestands-
aufnahme der Sicherheitslage im OSZE-Raum und um der laufenden Arbeit der OSZE zur
Förderung des Friedens und der Stabilität in unserer Region einen neuen Anstoß zu geben.

Vor zwanzig Jahren erfuh die Landkarte Europas eine dramatische Veränderung
durch den Fall der Berliner Mauer, den wir miterlebt haben, und den Anbruch einer neuen
Zukunft für Europa. Was damals geschah, vielerorts hinter dem Eisernen Vorhang, war die
europäische Revolution für Freiheit, Demokratie und Einigung, die nach wie vor unserem
Teil der Welt sein Gesicht gibt und Vorbild für viele andere ist. Europa erhielt eine neue
Gestalt, jedoch nicht, wie so oft in der Vergangenheit, durch Soldaten, Waffen und Krieg. Es
wurde durch die freie Entscheidung freier Nationen umgestaltet, die durch in der Geschichte
der Menschheit völlig neue integrative Strukturen und Politiken zusammenkommen wollten.

Die Erweiterung der Europäischen Union hat selbst wieder positiv zur europäischen
Sicherheit und Stabilität beigetragen. Unser Streben gilt klar der Förderung weiterer Fort-
schritte im EU-Erweiterungsprozess, als Beitrag zu Frieden und Stabilität auf dem Kontinent
Europa, unter Einbindung einer ganzen Reihe unserer OSZE-Partner. Die laufenden Beitritts-
verhandlungen mit Kroatien und der Türkei stehen ganz oben auf unserer Tagesordnung.
Darüber hinaus will die EU auch weiterhin zur Heranführung der Länder des westlichen

Balkans an die EU ermutigen und deren Integration unterstützen, nach Maßgabe der Reformfortschritte in jedem Land. Die EU schätzt die Bemühungen der Feldmission der OSZE sehr, spielen sie doch eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der Gastländer bei deren Reformen.

Die folgenreichen Ereignisse des Jahres 1989 gaben auch den Anstoß zu dem Prozess, der die KSZE in die OSZE verwandelte, und zur Verabschiedung der Charta von Paris für ein neues Europa.

Doch war damit die Geschichte noch nicht zu Ende – neue und alte Herausforderungen in Bezug auf unsere gemeinsame Sicherheit erfordern unsere ständige Aufmerksamkeit. Herausforderungen wie die lang anhaltenden Konflikte und der bewaffnete Konflikt zwischen Russland und Georgien vom August 2008, wiederholte Menschenrechtsverletzungen, Energiesicherheit und die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit erfordern nach wie vor internationale und regionale Lösungen.

Die EU steht voll und ganz hinter dem umfassenden Sicherheitsansatz, den die OSZE verfehlt. Wir werden beständig daran erinnert, dass Sicherheit nicht im Fehlen eines bewaffneten Konflikts besteht, sondern auch davon abhängt, dass Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Fortschritte machen. Die Sicherheit des Einzelnen ist eindeutig mit der Sicherheit des Staates verknüpft. Diesbezüglich müssen wir auch in Zukunft wachsam bleiben.

Das umfassende Sicherheitskonzept ist auch eine Voraussetzung für unsere Fähigkeit, entsprechende internationale Antworten auf komplexe transnationale Herausforderungen – wie Terrorismus, Klimawandel, Menschenhandel und organisierte Kriminalität – zu finden, mit denen wir in Europa heute konfrontiert sind. Auch hier hat die OSZE eine nützliche Plattform für unsere gemeinsamen Bemühungen anzubieten.

Herr Vorsitzender,

die EU steht nach wie vor unverbrüchlich zu den zentralen Werten dieser Organisation. Was uns jedoch Sorgen bereitet, ist der eindeutige Mangel an politischem Vertrauen sowie an Vertrauen zwischen den wichtigsten Akteuren im Bereich der europäischen Sicherheit, ein Mangel, der auch die Fähigkeit dieser Organisation beeinträchtigt, ihre Arbeit zu erledigen und in Krisen- und Konfliktzeiten zu handeln. Die EU ist bereit, Mittel und Wege zu erkunden, um bestehende Strukturen weiter zu stärken und mit neuem Leben zu erfüllen.

Vor diesem Hintergrund dankt die EU dem griechischen Vorsitz dafür, dass er die Führung im Korfu-Prozess übernommen hat, der auf die Zukunft der europäischen Sicherheit ausgerichtet ist. Der europäische Sicherheitsdialog hat großes Potenzial, wenn er sich auf unsere vereinbarten OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen stützt. Der Korfu-Prozess kann Verständnis fördern, Vertrauen wiederherstellen und unsere Fähigkeit stärken, die Herausforderungen in allen drei OSZE-Dimensionen aufzunehmen. Die EU möchte, dass der Korfu-Prozess zu einer stärkeren und wiederbelebten OSZE führt, die aktuellen und kommenden Herausforderungen besser gewachsen ist – sozusagen eine „OSZE-plus“.

Seit dem Start der Korfu-Initiative engagiert sich die EU uneingeschränkt für die Zusammenarbeit mit allen Teilnehmerstaaten, um hier in Athen zu einem substanziellen und

wohlausgewogenen Ergebnis zu gelangen, ohne unseren Leitsätzen untreu zu werden. Wir unterstützen die Annahme einer Erklärung zum europäischen Sicherheitsdialog und eines Beschlusses über die Förderung des Korfu-Prozesses.

Ein Dialog über die Zukunft der europäischen Sicherheit kann jedoch nicht im luftleeren Raum stattfinden. Damit der Korfu-Prozess relevant ist, muss er auf die eigentlichen Sicherheitsbedrohungen und -herausforderungen eingehen, mit denen wir in Europa konfrontiert sind. Manche von ihnen liegen außerhalb des unmittelbaren Aufgabengebiets der OSZE. Die Tagesordnung sollte zukunftsorientiert, umfassend, dabei jedoch immer fokussiert sein. Wir sind der Auffassung, dass folgende Themen eine verlässliche strategische Richtung vorgeben und von der EU uneingeschränkt unterstützt werden.

Erstens: Wir sollten unsere Arbeit an der Konfliktverhütung und -lösung verstärken.

Zweitens: Wir sollten Mittel und Wege erkunden, um verstärkt auf transnationale Bedrohungen und Herausforderungen zu reagieren.

Drittens: Wir sollten uns damit auseinandersetzen, wie wir die Lage im OSZE-Raum in Bezug auf Menschenrechte, Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verbessern können.

Viertens: Die Tagesordnung sollte sich auf eine bessere Umsetzung der Rüstungskontrollregime sowie der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und, falls erforderlich, auf deren Aktualisierung konzentrieren.

Fünftens: Wir sollten uns mit Möglichkeiten zur Verbesserung der Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung bestehender OSZE-Verpflichtungen in allen drei Dimensionen befassen.

Es ist klar, dass der über den Korfu-Prozess erfolgende laufende europäische Sicherheitsdialog in der OSZE mit ihrem breiten Teilnehmerkreis und umfassenden Sicherheitskonzept verankert sein muss. Die Europäische Union wünscht sich, dass auch in Zukunft die ständigen Vertreter die Führung innehaben, was der strategischen und umfassenden Natur des Prozesses entspricht. Die Union ist der Auffassung, dass es für den Prozess einen „organisatorischen Motor“ braucht.

Der Prozess sollte seinem Wesen nach einschließend und transparent sein. Andere, für alle drei Dimensionen relevante subregionale, regionale und internationale Organisationen könnten auf Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit konsultiert werden. Es wäre auch sinnvoll, die Kooperationspartner zu konsultieren, und der Prozess könnte von Beiträgen aus der Zivilgesellschaft und der Welt der Wissenschaft profitieren.

Ich möchte auch erneut feststellen, dass die EU offen für ein hochrangiges Treffen in der OSZE ist, vorausgesetzt, es ist inhaltlich gerechtfertigt.

Herr Vorsitzender,

die EU ist der Auffassung, dass die Konfliktverhütung und die Konfliktlösung im Mittelpunkt der Arbeit der OSZE stehen sollen. Im Laufe der Jahre hat die OSZE ein einzigartiges Instrumentarium für diese Fragen entwickelt, das besonders gut in der Tätigkeit des

Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und auch in der vertrauens- und sicherheitsbildenden Arbeit der OSZE-Feldmissionen zum Ausdruck kommt. Dieses Instrumentarium ist ebenso wie andere Mechanismen zu bewahren und zu verstärken. Ich möchte diesbezüglich insbesondere auf die Bedeutung der *Bolzano/Bozen Recommendations on National Minorities in Inter-State Relations* verweisen.

Die EU bekräftigt ihre nachhaltige Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen. Wir sind nach wie vor völlig davon überzeugt, dass es eine bedeutsame OSZE-Präsenz in Georgien braucht, und werden uns weiterhin aktiv dafür einsetzen. Wir bedauern, dass – trotz der Unterstützung durch eine überwältigende Mehrheit von Teilnehmerstaaten, darunter auch die EU-Mitgliedstaaten – kein Konsens für diese Präsenz auf Grundlage des statusneutralen Beschlussentwurfs des Vorsitzes zustande kam. Wir legen der Russischen Föderation erneut nahe, ihren Standpunkt im Interesse von Sicherheit und Stabilität in der Region zu überdenken.

Die EU steht nach wie vor voll und ganz hinter den Bemühungen der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe um eine Lösung des Berg-Karabach-Konflikts auf Grundlage einer geeigneten Verknüpfung zwischen der Unterstützung für die territoriale Integrität Armeniens und Aserbaidschans, die in den Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU und ihren Aktionsplänen für diese beiden Länder zum Ausdruck gebracht wurde, und den anderen OSZE-Prinzipien, insbesondere der Nichtanwendung von Gewalt oder der Androhung von Gewalt und dem gleichen Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Wir begrüßen die Intensivierung der Verhandlungen in diesem Jahr, darunter das bilaterale Treffen der Präsidenten Alijew und Sargsyan vom 22. November. Wir fordern Armenien und Aserbaidschan erneut auf, die Beschlüsse zu fassen, die notwendig sind, damit es zu einem Durchbruch bei der Billigung der in Madrid am 29. November 2007 vorgeschlagenen Grundprinzipien kommen kann.

Wir sind nach wie vor fest entschlossen, eine Beilegung des Transnistrienkonflikts auf Grundlage der Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität der Republik Moldau anzustreben. Wir fordern eine möglichst rasche und bedingungslose Wiederaufnahme der Verhandlungen im 5+2-Format, dem einzigen Forum, das die für eine dauerhafte Lösung erforderliche Transparenz und Legitimität garantieren kann.

Ich möchte hier auch die große Bedeutung unterstreichen, die die EU der Rüstungskontrolle beimisst. Ein funktionierender Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) wird Transparenz, Berechenbarkeit und Vertrauen in ganz Europa schaffen. Die EU fordert die Russische Föderation auf, unverzüglich die Umsetzung des Vertrags wieder aufzunehmen, damit der Stillstand in Bezug auf die weitere Ratifizierung des Anpassungsübereinkommens von 1999 überwunden werden kann. Damit stünde der Vertrag auch neuen Ländern zum Beitritt offen.

Herr Vorsitzender,

die EU würdigt die dimensionenübergreifende Arbeit der OSZE und misst der menschlichen Dimension große Bedeutung bei. Wir werden weiterhin die bestehenden Institutionen, Verpflichtungen und Gepflogenheiten im Bereich der menschlichen Dimension verteidigen und stärken. Besondere Aufmerksamkeit werden wir der Erhaltung der autonomen Position des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

einschließlich seiner Tätigkeit bei der Wahlbeobachtung zukommen lassen. Wir unterstützen auch vorbehaltlos die Aktivitäten des Beauftragten für Medienfreiheit (RFOM).

Wir unterstreichen die Notwendigkeit einer Stärkung und Ausweitung der Verpflichtungen der OSZE in Bezug auf Freiheit und Pluralismus der Medien.

Herr Vorsitzender,

in den vergangenen Jahren hat die Zusammenarbeit zwischen der EU und der OSZE beträchtlich zugenommen und deckt heute eine umfassende Agenda regionaler und themenbezogener Fragen ab, darunter Wahlen, Grenzmanagement, Bekämpfung des Menschenhandels und Rechtsstaatlichkeit. Die jüngst begonnene Östliche Partnerschaft bietet noch eine weitere Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der OSZE. Wir begrüßen den Beitrag der OSZE zur Schaffung und Konsolidierung des multilateralen Rahmens der Partnerschaft sowie die Fortschritte in den bilateralen Beziehungen der Partnerländer mit der EU.

Die EU würdigt auch die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und dem Europarat. Die Rechtsinstrumente des Europarats und insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention leisten einen Beitrag zum Gerüst der europäischen Sicherheitsstruktur. Wir begrüßen die jüngst erfolgte einvernehmliche Verabschiedung einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die „Allianz der Zivilisationen“.

Die EU unterstützt ferner uneingeschränkt die Bemühungen um eine Stärkung des rechtlichen Rahmens der OSZE und unterstreicht die Notwendigkeit, die OSZE sobald wie möglich mit einer Völkerrechtspersönlichkeit auszustatten.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich abschließend Kasachstan als neuen Vorsitz unserer Organisation willkommen heißen. Der kasachische Vorsitz wird ein neues Kapitel in der Geschichte der OSZE aufschlagen, weil durch ihn die besondere Aufmerksamkeit der internationalen Staatengemeinschaft, der Medien und der Zivilgesellschaft auf die Region Zentralasien gelenkt wird. Die EU sieht erwartungsvoll einer engen und erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem designierten Amtierenden Vorsitzenden, Außenminister Saudabajew, entgegen.

Die Bewerberländer Türkei, Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*, die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien sowie die Ukraine schließen sich dieser Erklärung an.

* Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien gehören nach wie vor dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess an.

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖRDERATION
(AUCH IM NAMEN ARMENIENS, BELARUS', KASACHSTANS,
KIRGISISTANS UND TADSCHIKISTANS)

(Anhang 1 zu MC(17) Journal Nr. 2 vom 2. Dezember 2009)

Die Delegationen Armeniens, Belarus', Kasachstans, Kirgisistans, der Russischen Föderation und Tadschikistans bedauern als Koautoren des Entwurfs zu einem Ministerratsbeschluss über das Recht, sich frei zu bewegen, dass dieses Dokument bei einer Reihe von Teilnehmerstaaten keine Unterstützung fand. Dies ungeachtet dessen, dass der Entwurf rechtzeitig eingebracht wurde und in seinem Text die Wünsche der an der Redaktionsarbeit beteiligten Delegationen berücksichtigt wurden.

Das Recht, sich frei zu bewegen, gehört zu den wichtigsten Grundfreiheiten und Menschenrechten. Verpflichtungen in Bezug auf das Recht, sich frei zu bewegen, sind in der Schlussakte von Helsinki (1975), dem Wiener Dokument (1989), dem Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE (1990), der Charta von Paris für ein neues Europa (1990), dem Budapester Dokument (1994) und dem Konzept für Grenzsicherung und -management der OSZE (2005) festgehalten.

Wir treten dafür ein, dass alle Teilnehmerstaaten der OSZE die Verpflichtungen in diesem Bereich vollständig erfüllen, einschließlich der Verpflichtung in Bezug auf die Liberalisierung von Visaregelungen.

Wir rufen die Partner dazu auf, im Jahr 2010 zu diesem Thema im Rahmen der OSZE einen umfassenden Dialog zu führen, unter anderem im Rahmen des „Korfu-Prozesses“, um konkrete Ergebnisse zu erzielen, die den Bürgern aller Teilnehmerstaaten zugute kommen.

Ich ersuche, diese Erklärung als Anhang in das Sitzungsjournal des Ministerrats aufzunehmen.

SCHLUSSWORTE
DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE,
DES MINISTERPRÄSIDENTEN UND MINISTERS FÜR AUSWÄRTIGE
ANGELEGENHEITEN DER GRIECHISCHEN REPUBLIK, IN DER
SCHLUSSSITZUNG DES SIEBZEHNEN TREFFENS
DES OSZE-MINISTERRATS
(MC.DEL/73/09 vom 2. Dezember 2009)

Sehr verehrte Minister und Delegationsleiter,
Herr Generalsekretär,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

es ist mir eine Freude, das 17. Treffen des OSZE-Ministerrats zu schließen. Ich möchte Ihnen allen danken, dass Sie nach Athen gekommen sind und uns das ganze Jahr hindurch unterstützt und mit vollem Einsatz gearbeitet haben.

Den Vorsitz in der OSZE zu führen, ist sowohl eine Herausforderung als auch eine aufregende Erfahrung. An diesem Tagungsort drängen sich unwillkürlich Bilder von olympischen Sportereignissen auf, bei denen Schwieriges überwunden und Großes vollbracht wurde.

Wo sonst ist eine solche Gruppe von Staaten zu finden, die trotz all ihrer Differenzen gemeinsam daran arbeiten, zu mehr zu kommen und ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage anspruchsvoller Verpflichtungen auf ein umfassendes Sicherheitskonzept zu vertiefen?

Das ist das Wesen dieses einzigartigen Forums, das wir gemeinsam geschaffen haben und unser gemeinsames Streben tragen soll. Im Grunde ist die OSZE ein „Work in progress“. Die Organisation war stets mehr ein Projekt als eine Institution. Von ihren allerersten Anfängen auf der Helsinki-Konferenz 1975 war es Zweck dieses Projekts, ein geeintes, freies Europa in Frieden mit sich selbst und dem Rest der Welt zu errichten. Von allem Anfang an war dieses Projekt von einem innovativen Sicherheitskonzept getragen: nämlich dass Sicherheit mit „der dem Menschen innewohnenden Würde“ beginnt und die politisch-militärische Zusammenarbeit zwischen den Staaten ebenso einschließen muss wie die Entwicklung von Good Governance im Wirtschafts- und Umweltbereich und den Schutz der grundlegenden Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Das in die Praxis umzusetzen, verlangt nie erlahmenden Einsatz, eiserne Beharrlichkeit und harte Arbeit. Es ist keine einfache Aufgabe, wenn man bedenkt, wie vielfältig der große Raum ist, den wir mit Stolz den unseren nennen.

Seit 1975 haben unsere Vorgänger historische Veränderungen im OSZE-Raum bewirkt. Wie so viele von Ihnen uns in Erinnerung riefen, begingen wir dieses Jahr den zwanzigsten Jahrestag des Falles der Berliner Mauer, der Mauer, die unseren Kontinent teilte, unsere Familien auseinander riss und unsere Völker spaltete.

Doch unsere Arbeit ist noch nicht getan. Konflikte sind noch ungelöst. Menschen sind noch immer aus ihren Heimstätten vertrieben. Wir können mehr dafür tun, die Menschen-

rechte und Grundfreiheiten zu fördern und uns für Toleranz in unseren zunehmend pluralistischen Gesellschaften einzusetzen. In unserem Denken gibt es noch immer Trennlinien. Misstrauen und Missverständnisse trennen. Wir müssen sie ausräumen. Und der beste Weg dazu ist ein offener, freimütiger und in gutem Glauben geführter Dialog. Wir müssen einander besser verstehen: unsere unterschiedlichen Sichtweisen und Anliegen ebenso wie unsere Besonderheiten. Dieses Konzept hat vor zweieinhalbtausend Jahren seinen Ausgang in Athen genommen und wurde an uns weitergegeben als das wichtigste Instrument zur Schaffung von Vertrauen zwischen Menschen, Gemeinschaften und Staaten.

Meine Damen und Herren, mit der Verabschiedung einer feierlichen politischen Erklärung, die die wichtigsten Prämissen für unsere gemeinsame Sicherheit enthält, schlagen wir heute nach sieben Jahren ein neues Kapitel für unserer Organisation auf.

Mit großer Freude habe ich registriert, wie positiv unsere Initiative von allen unseren Partnern aufgenommen wurde. Mit der Erklärung und dem Beschluss von Korfu, die wir soeben verabschiedet haben, wurde der Korfu-Prozess offiziell zur Realität und zum gemeinsamen Gut aller 56 Teilnehmerstaaten für die kommenden Jahre. Der griechische Vorsitz ist auf diese gemeinsame Errungenschaft stolz und allen unseren Partnern dafür dankbar.

Liebe Kollegen,
meine Damen und Herren,

wir brauchen eindeutig konkrete Ergebnisse. Es ist uns bewusst, dass die Auseinandersetzung mit allen Sicherheitsproblemen im OSZE-Raum eine langfristige Aufgabe ist. Aber wir konnten die beruhigende Wirkung des Korfu-Prozesses bereits in unseren Sitzungen gestern und heute spüren. Ich stellte ein noch nie dagewesenes Maß an gutem Willen und die aufrichtige Bereitschaft zum Konsens in unseren Beratungen hier in Athen fest. Wir möchten dem designierten kasachischen Vorsitz unseren ganz besonderen Dank für seine Bereitschaft aussprechen, sich der Anliegen der Teilnehmerstaaten – auch im letzten Moment – anzunehmen, und wir freuen uns darauf, ihm bei seiner so anspruchsvollen Aufgabe im nächsten Jahr behilflich zu sein.

Dank dieser Bereitschaft ist es uns gelungen, bei vielen Projekten Konsens zu erzielen. Unser Treffen hat einige Fragen, mit denen wir konfrontiert sind, beantwortet. Wir haben Beschlüsse gefasst, um den Dialog in einer ganzen Reihe von Fragen zu stärken, so unterschiedlichen Fragen wie der Zusammenarbeit im Bereich der Energiesicherheit, Kleinwaffen und leichten Waffen, Migrationssteuerung, der Teilhabe der Frauen am politischen und öffentlichen Leben. Wir haben auch beraten und beschlossen, dass wir uns mit transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität befassen müssen. Ferner haben wir beschlossen, Australien in unserer erweiterten Familie als Kooperationspartner in Asien willkommen zu heißen, und begrüßen Irland auf das Herzlichste, das unsere Organisation im Jahr 2012 führen wird.

Diese Leistungen sollten uns ermutigen, den Dialog auch in anderen Bereichen weiterzuführen, in denen wir alle wissen, was noch getan werden muss, aber noch herausfinden müssen, wie uns das gelingen soll. Die Rechtsstellung der OSZE ist ein Beispiel hierfür, und wir hoffen, dass der nächste Vorsitz die Arbeit meines Persönlichen Beauftragten, dessen Bericht meiner Erklärung beigelegt ist, fortsetzen wird. Wir sehen auch der

Fortsetzung unserer Arbeit zur Förderung der Medienfreiheit entgegen, einem besonders aktuellen Thema in unserer Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Schließlich möchte ich es nicht verabsäumen, meinen aufrichtigen Dank an all jene zu richten, die sowohl in Athen als auch in Wien unermüdlich gearbeitet haben, um uns sicher in den Hafen zu lotsen. Mein besonderer Dank gilt auch dem OSZE-Sekretariat unter der kompetenten Führung des Generalsekretärs, das uns das ganze Jahr hindurch unablässig unterstützt hat.

Nun reichen wir die Fackel an Kasachstan weiter. Die Reise von Athen nach Astana wird eine aufregende sein. Wir begeben uns vom mediterranen Europa nach Zentralasien und folgen dabei den alten Straßen der Zivilisation. Wir wünschen unseren kasachischen Freunden jeden nur denkbaren Erfolg in ihren Unternehmungen. Wir versichern ihnen, dass wir als Mitglied der OSZE-Troika im Jahr 2010 ihnen jede für eine erfolgreiche Vorsitzführung notwendige Unterstützung zuteil werden lassen.

Liebe Kollegen,
meine Damen und Herren,

meine letzte Anmerkung gilt der Rechenschaftspflicht. Wir sollten niemals vergessen, für wen wir arbeiten. Die Worte „die dem Menschen innewohnende Würde“ wurden 1975 geprägt und klingen bis zum heutigen Tag nach. Die Würde des Menschen ist unser Ausgangspunkt und unser Wegweiser. Unsere Beschlüsse und Erklärungen müssen für alle Bürger und Mitglieder der Gesellschaft Bedeutung haben. Wir müssen unsere Organisation öffnen, um sie wirksamer und aufgeschlossener für die Erfordernisse eines neuen Zeitalters machen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SCHWEDENS
(IM NAMEN DER EUROPÄISCHEN UNION)**

(Anhang 2 zu MC(17) Journal Nr. 2 vom 2. Dezember 2009)

Herr Vorsitzender, Exzellenzen,

die Europäische Union spricht dem griechischen Vorsitz höchste Anerkennung für die Organisation, seine Gastfreundschaft und seine unaufhörlichen Bemühungen um Konsens während dieses Ministerrats aus.

Seit dem letzten Treffen des Ministerrats in Helsinki hat die EU mit Partnern einen konstruktiven und sachlichen Dialog über die Zukunft der europäischen Sicherheit geführt. Wir begrüßen die Verabschiedung der „Ministererklärung zum Korfu-Prozess: Die Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok bekräftigen-überdenken-wiederbeleben“ und des Beschlusses über die Förderung des Korfu-Prozesses. Diese wichtigen Dokumente signalisieren die Bereitschaft der OSZE, sich den Herausforderungen der Auseinandersetzung mit den realen Bedrohungen für die Sicherheit in unserem gemeinsamen Raum zu stellen. Die EU glaubt, dass dieser Dialog über die Sicherheit in Europa die große Chance bietet, das Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten wiederherzustellen. Außerdem hoffen wir, dass er die OSZE stärker machen und mit neuem Leben erfüllen wird und eine „OSZE Plus“ entsteht, die uns allen zugute käme. Die EU ist offen für die Einberufung eines Treffens auf hoher Ebene in der OSZE, sofern entsprechende Inhalte es rechtfertigen. Wir werden weiter aktiv zum Dialog im Rahmen des Korfu-Prozesses beitragen und sehen seiner Weiterführung im Jahr 2010 entgegen.

Die EU hat den Vorschlag Russlands für einen europäischen Sicherheitsvertrag und andere Vorschläge zur europäischen Sicherheit im Rahmen des Korfu-Prozesses zur Kenntnis genommen und ist bereit, sie zu prüfen. Unser erster Eindruck ist, dass darin nur bestimmte bestehende OSZE-Verpflichtungen angesprochen werden, während andere nicht berücksichtigt sind. Die EU vertritt die Auffassung, dass wir uns auf praktische Maßnahmen und die Stärkung bestehender Institutionen und Verpflichtungen konzentrieren sollten.

Die EU begrüßt die Tatsache, dass es dem Ministerrat nach intensiven Konsultationen gelungen ist, eine Reihe wichtiger Erklärungen und Beschlüsse in allen Dimensionen der OSZE zu verabschieden.

Die EU ist erfreut, dass der Rat einen Beschluss über den OSZE-Vorsitz für 2012 fassen konnte, und sagt Irland, verbunden mit den besten Wünschen, ihre Unterstützung bei seinen nun beginnenden Vorbereitungen zu.

Wir heißen außerdem Australien als neuen Kooperationspartner willkommen.

Von besonderem Wert sind für die EU die Beschlüsse über Energiesicherheit, für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen, Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition, die Mitwirkung von Frauen am politischen und öffentlichen Leben, Hassverbrechen und Roma und Sinti sowie die Erklärungen zur Nichtverbreitung und zum 25. Jahrestag des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe.

Die EU bedauert allerdings sehr, dass zu keinem der vom Vorsitz vorgeschlagenen sechs Beschlüsse zur menschlichen Dimension eine Einigung erzielt werden konnte. Die EU hatte sich für einschlägige Beschlüsse über Medienfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenhandel eingesetzt. Der Schutz und die Förderung der freien Meinungsäußerung ist ein Bereich, in dem die OSZE und die Teilnehmerstaaten verstärkte Anstrengungen unternehmen müssen. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um negativen Entwicklungen in Bezug auf Medienfreiheit in der OSZE-Region sowie Angriffen auf Journalisten und andere Menschenrechtsverteidiger entgegenzuwirken. Zum Beschluss über Hassverbrechen steht die EU unverändert auf dem Standpunkt, dass „sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität“ fester Bestandteil der Definition von Hassverbrechen sind und ausdrücklich als solche anerkannt werden sollten.

Die EU unterstützt uneingeschränkt den laufenden Reformprozess in der Wirtschafts- und Umweltdimension. Der Ministerbeschluss über deren künftige Ausrichtung schafft die Voraussetzungen für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit, Stärkung der Kontinuität und gezielteren Ausrichtung auf die Sicherheitsaspekte in dieser Dimension. Die EU bleibt unverändert bei ihrem Standpunkt, dass sich auch die OSZE mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit auseinandersetzen sollte.

Wir begrüßen die zukünftigen Bemühungen der OSZE, sich mit transnationalen Bedrohungen auseinanderzusetzen, polizeibezogene Aktivitäten weiter zu verstärken, die Umsetzung des völkerrechtlichen Rahmens für die Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen und den Sicherheitsstandard von Reisedokumenten zu erhöhen.

Es war zwar ein sehr produktiver Ministerrat, doch hätten wir gern Fortschritte in der Frage der rechtlichen Grundlage der OSZE gesehen. Wir möchten dem Vorsitz für alle seine Bemühungen um eine politische Erklärung danken und stellen fest, dass eine Verabschiedung durchaus in Reichweite war.

Herr Vorsitzender,

die EU freut sich, dass eine Einigung zu einer Erklärung zu Berg-Karabach erreicht wurde. Die Diskussionen auf hoher Ebene, die unlängst zwischen Aserbaidschan und Armenien über die restlichen noch offenen Fragen und Meinungsverschiedenheiten stattgefunden haben, waren ermutigend. Die EU appelliert an die Führung Armeniens und Aserbaidschans, sich auch weiterhin auf der Grundlage einer geeigneten Kombination von Unterstützung für die territoriale Integrität Armeniens und Aserbaidschans, wie sie in den Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU und ihrem Aktionsplan für diese beiden Länder vorgesehen ist, und anderen OSZE-Prinzipien, insbesondere der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt und dem gleichen Recht der Völker auf Selbstbestimmung, voll in die Verhandlungen um eine Lösung des Konflikts um Berg-Karabach einzubringen.

Wir bedauern, dass kein Konsens zu Erklärungen zu den Konflikten in Georgien und in der Republik Moldau zustande kam. Die EU bekräftigt ihre entschlossene Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität sowohl Georgiens als auch der Republik Moldau innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass eine sinnvolle OSZE-Präsenz in Georgien notwendig ist, und werden uns auch weiterhin aktiv für eine solche einsetzen. Wir rufen den

designierten kasachischen Vorsitz dazu auf, die Bemühungen des griechischen Vorsitzes um Konsens auf der Grundlage des vom gegenwärtigen Vorsitz vorgelegten Beschlusssentwurfs fortzusetzen.

Die EU ist darüber hinaus fest entschlossen, sich um eine Beilegung des Transnistrien-Konflikts zu bemühen, und ruft dazu auf, die Verhandlungen im 5+2-Format ehestmöglich und ohne Vorbedingungen wieder aufzunehmen.

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir abschließend, dem griechischen Vorsitz erneut unseren aufrichtigen Dank für seine unermüdlichen Anstrengungen in der Führung dieser Organisation im letzten Jahr auszusprechen und ihm zum erfolgreichen Ergebnis dieses Treffens zu gratulieren. Großes Lob für seine außerordentliche Leistung verdient das Team um den Vorsitz, einschließlich der griechischen Delegation in Wien unter der Leitung von Botschafterin Mara Marinaki.

Die EU freut sich auf eine auch weiterhin enge Zusammenarbeit mit Kasachstan mit dem Ziel, den kasachischen Vorsitz im Jahr 2010 zum Erfolg zu machen. Die EU ist bereit, ihn in jeder Hinsicht zu unterstützen, und wünscht Kasachstan gutes Gelingen im kommenden Jahr.

Die Bewerberländer Türkei, Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*, die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien, die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island und Norwegen sowie die Ukraine schließen sich dieser Erklärung an.

* Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien gehören nach wie vor dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess an.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DÄNEMARKS
(AUCH IM NAMEN ALBANIENS, DEUTSCHLANDS, DER
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA, BELGIENS,
BULGARIENS, KANADAS, KROATIENS, SPANIENS,
ESTLANDS, FRANKREICHS, DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS,
GRIECHENLANDS, UNGARNS, ISLANDS, ITALIENS, LETTLANDS,
LITAUENS, LUXEMBURGS, NORWEGENS, DER NIEDERLANDE,
POLENS, PORTUGALS, RUMÄNIENS, DER SLOWAKEI,
SLOWENIENS, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK
UND DER TÜRKEI)**

(Anhang 3 zu MC(17) Journal Nr. 2 vom 2. Dezember 2009)

Herr Vorsitzender,

ich möchte eine Erklärung im Namen folgender Länder abgeben: Albanien, Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika, Belgien, Bulgarien, Kanada, Kroatien, Dänemark, Spanien, Estland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Griechenland, Ungarn, Island, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Türkei.

Herr Vorsitzender,

wir messen dem KSE-Vertragsregime mit all seinen Elementen größten Wert bei. Wir unterstreichen die strategische Bedeutung des KSE-Vertrags, einschließlich der Flankenregelung, als Eckpfeiler der euro-atlantischen Sicherheit. Wir wiederholen, dass die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel in Straßburg/Kehl am 4. April 2009 die Erklärung des Nordatlantikrates vom 28. März 2008 gebilligt haben. Wir bekräftigen das Bekenntnis des Bündnisses zum KSE-Vertragsregime, wie es in der Bündnisposition in Ziffer 42 der Gipfelerklärung von Riga von 2006, der Abschlusserklärung der Bündnispartner auf der außerordentlichen KSE-Konferenz in Wien sowie den Bündniserklärungen, die späteren Entwicklungen Rechnung tragen, zum Ausdruck kommt.

Wir sind tief darüber besorgt, dass Russland seit dem 12. Dezember 2007 die einseitige „Aussetzung“ seiner rechtlichen Verpflichtungen aus dem KSE-Vertrag fortführt. Außerdem haben Russlands Aktionen in Georgien sein Bekenntnis zu den grundlegenden OSZE-Prinzipien infrage gestellt, auf denen die Stabilität und Sicherheit in Europa beruht: Prinzipien, die den KSE-Vertrag untermauern. Diese Aktionen laufen unserem gemeinsamen Ziel zuwider, die langfristige Tragfähigkeit des KSE-Regimes zu erhalten, und wir rufen Russland auf, die Umsetzung umgehend wieder aufzunehmen.

Wir haben ein Paket konstruktiver und zukunftsgerichteter Vorschläge für parallele Maßnahmen in Schlüsselfragen angeboten; es umfasst auch Schritte seitens der NATO-Bündnispartner betreffend die Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrags und seitens Russlands betreffend offene Verpflichtungen in Bezug auf Georgien und die Republik Moldau. Wir glauben nach wie vor, dass diese Vorschläge allen von Russland geäußerten Besorgnissen

Rechnung tragen. Diesbezüglich nehmen wir das Aide-Mémoire Russlands vom 5. Mai 2009, in dem Russland auf das Paket paralleler Maßnahmen Bezug nimmt, zur Kenntnis.

Aufgrund unseres Bekenntnisses zur kooperativen Sicherheit und zur Erfüllung internationaler Vereinbarungen sowie angesichts der Bedeutung, die wir dem Vertrauen, das durch militärische Transparenz und Vorhersehbarkeit entsteht, beimessen, haben wir den Vertrag trotz der „Aussetzung“ durch Russland weiter vollinhaltlich umgesetzt. Die der NATO angehörenden KSE-Vertragsstaaten werden auch dieses Jahr ihre Daten im Rahmen des jährlichen Informationsaustauschs zur Verfügung stellen, und wir appellieren an Russland, dies ebenfalls zu tun. Lässt Russland diese Gelegenheit jedoch ungenutzt verstreichen, könnte es uns in Zukunft schwerfallen, Russland Informationen zur Verfügung zu stellen. Wir sind bereit, uns 2010 in Zusammenarbeit mit Russland verstärkt um einen Ausweg auf der Grundlage des Pakets paralleler Maßnahmen zu bemühen, damit wir gemeinsam die Vorteile dieses einzigartigen Regimes erhalten können.

Herr Vorsitzender,

die Länder, die sich dieser Erklärung anschließen, ersuchen um deren Aufnahme in das Journal dieses Ministerratstreffens.

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE
(Anhang 4 zu MC(17) Journal Nr. 2 vom 2. Dezember 2009)

Herr Vorsitzender,

meine Delegation möchte erneut darauf hinweisen, wie wichtig es ist, im OSZE-Raum in der politisch-militärischen Dimension das gegenseitige Vertrauen wiederherzustellen.

In diesem Zusammenhang unterstreichen wir die bedeutsame Rolle, die der KSE-Vertrag in der Rüstungskontrolle und im Prozess der Herbeiführung von Transparenz und Vertrauen in Europa gespielt hat.

Die Ukraine ist der Auffassung, dass der Vertrag samt seinen Verifizierungsmaßnahmen, dem vorgesehenen Informationsaustausch und anderen Vertragsbestimmungen von allen Vertragsstaaten auch weiterhin nach Treu und Glauben und vollständig umgesetzt werden muss.

Diesbezüglich möchte sich meine Delegation der von der Delegation Dänemarks im Namen der Vertragsstaatengruppe der Nordatlantikvertrags-Organisation abgegebenen Erklärung zum KSE-Vertrag anschließen.

Um das Inkrafttreten des Angepassten KSE-Vertrags zu erreichen, ist die Ukraine bereit, aktive Konsultationen im Rahmen der Gemeinsamen Beratungsgruppe oder in jedem anderen Forum, das die Vertragsstaaten dafür als geeignet erachten, aufzunehmen.

Danke, Herr Vorsitzender.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION MOLDAUS

(Anhang 5 zu MC(17) Journal Nr. 2 vom 2. Dezember 2009)

Danke, Herr Vorsitzender.

Die moldauische Delegation teilt die Auffassung, die in der von Schweden im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung zum Ausdruck kam.

Wir bringen wie auch andere Delegationen unser Bedauern darüber zum Ausdruck, dass dieser Ministerrat nicht in der Lage war, die Ministererklärung und die Erklärung zu Moldau zu verabschieden. Unsere Delegation hat sich konstruktiv und ergebnisorientiert für einen Konsens zu diesen wichtigen Dokumenten eingesetzt. Ich hoffe, dass es uns mithilfe des kontinuierlichen Engagements aller Teilnehmerstaaten gelingen wird, uns auf Maßnahmen zu einigen, die Vertrauen schaffen und die Verhandlungen über die Beilegung der Konflikte im OSZE-Raum, insbesondere des Transnistrien-Konflikts, mit neuem Leben erfüllen.

Herr Vorsitzender, ich möchte die verehrten Delegationen auch davon unterrichten, dass sich Moldau der im Namen einer Staatengruppe abgegebenen Erklärung Dänemarks zum KSE-Vertrag anschließt.

Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal der Sitzung.

Danke.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

(Anhang 6 zu MC(17) Journal Nr. 2 vom 2. Dezember 2009)

Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass in der Ministererklärung zum Korfu-Prozess unsere übereinstimmende Auffassung festgehalten wird, dass es unverzüglich eines abgestimmten Vorgehens bedarf, um einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, Meinungsverschiedenheiten in Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle zu beseitigen und die Funktionsfähigkeit des KSE-Vertrags wiederherzustellen, was die vollständige Umsetzung des Vertragsregimes ermöglichen würde. Das entspricht ganz und gar den Absichten der Russischen Föderation.

Wir teilen die Besorgnis über die Krisensituation im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Die Gründe für diese Besorgnis sind allerdings nicht im Jahr 2007 zu suchen, als Russland den Vertrag aussetzte, sondern schon viel früher, als einige Staaten das Schicksal des KSE-Vertrags willkürlich mit nebensächlichen Fragen verknüpften.

Infolge der Weigerung der NATO-Mitgliedstaaten, die Verpflichtung von Istanbul betreffend die ehestmögliche Ratifizierung des Anpassungsübereinkommens zu erfüllen, hat der Vertrag seine Funktionsfähigkeit endgültig eingebüßt. Sie wiederherzustellen und die jahrelange Krise zu überwinden, ist nur durch Verhandlungen auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfs zu einem Lösungspaket möglich. Am 5. Mai dieses Jahres hat die Russische Föderation ein Aide-Mémoire mit unseren Vorstellungen in Bezug auf die inhaltliche und qualitative Bearbeitung dieses Dokuments veröffentlicht.

Wir hoffen, dass unsere Vertragspartner ihre Passivität überwinden und endlich auf unsere nachdrücklichen Einladungen zu einer intensiven und systematischen Arbeit am „Paket“ zugunsten der Rettung und Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des KSE-Regimes reagieren werden.

Ich ersuche, diese Erklärung als Anhang in das Sitzungsjournal des Ministerrats aufzunehmen.

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS
(Anhang 7 zu MC(17) Journal Nr. 2 vom 2. Dezember 2009)

Herr Vorsitzender,

Georgien schließt sich der Erklärung zum KSE-Vertrag an, die Dänemark im Namen der NATO abgab.

Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal der Sitzung.

Danke

IV. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT

**BERICHT
DES VORSITZES DES STÄNDIGEN RATES
AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN UND AUSSENMINISTER
GRIECHENLANDS, DEN VORSITZENDEN DES SIEBZEHNEN
TREFFENS DES MINISTERRATS DER OSZE, ÜBER DEN
KORFU-PROZESS**

(CIO.GAL/180/09 vom 24. November 2009)

1. Aufgabenstellung

In den Schlussbetrachtungen des Vorsitzes zum informellen Ministertreffen in Korfu (CIO.GAL/84/09 vom 29. Juni 2009) ersuchte die Amtierende Vorsitzende die Vorsitzende des Ständigen Rates, „gemeinsam mit ihren Kollegen aus allen Teilnehmerstaaten und – erforderlichenfalls – verstärkt durch Experten aus den Hauptstädten in Wien einen Prozess in Gang zu setzen, in dem die aktuelle Lage in allen drei Dimensionen einer Beurteilung unterzogen und eine einvernehmliche Auffassung darüber herausgearbeitet wird, welches die gravierendsten Bedrohungen unserer umfassenderen Sicherheit eigentlich sind. Sie werden darüber beraten, welcher Rahmen für diesen erneuerten europäischen Sicherheitsdialog am besten geeignet ist und ihn dann dem Ministerrat von Athen zur Billigung unterbreiten [...] Dies würde einen zielgerichteteren und strukturierteren Sicherheitsdialog ermöglichen. Auf einige dieser Themen sind wir bereits heute kurz eingegangen. Im Dezember werden wir in Athen die Fortschritte in diesem Dialog prüfen und versuchen, entsprechend weiterzuarbeiten.“

2. Umsetzung

Ausgehend von diesem Mandat nahm die Vorsitzende des Ständigen Rates in Wien Konsultationen mit ihren Kollegen über die Themen und das Format auf, die sich am besten für die Umsetzung der Aufgabenstellung von Korfu eignen. Auf einer Sitzung der Ständigen Vertreter wurde am 21. Juli 2009 beschlossen, dass die Ständigen Vertreter einmal wöchentlich in Form informeller „Korfu-Treffen“ auf Botschafterebene zur Erörterung eines breiten Themenspektrums zusammenkommen, um jene Elemente zu ermitteln, die unsere umfassendere Sicherheit am meisten bedrohen.

2.1 Nach der Sitzung vom 21. Juli übermittelte der Vorsitz folgende Liste mit Vorschlägen für mögliche Themen und den Zeitplan für die „Korfu-Treffen“ im Rahmen des europäischen Sicherheitsdialogs (CIO.GAL/98/09 vom 31. Juli 2009):

- A. Gemeinsamen Grundlagen und Verpflichtungen im OSZE-Raum
 - a. Umsetzung völkerrechtlicher Normen und Grundsätze im OSZE-Raum
 - b. kooperative Sicherheit vs. Unilateralismus
 - c. unterschiedliche Sicherheitsniveaus im OSZE-Raum

- B. Gemeinsame Herausforderungen politisch-militärischer Art
 - a. Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Mechanismen/VSBM-Vereinbarungen und -Instrumente und ihre Bedeutung für die Vertrauensbildung
 - b. Nichtverbreitung und illegaler Waffenhandel
 - c. Terrorismus und die von kriminellen Aktivitäten ausgehenden Risiken
 - d. Internetsicherheit

- C. Konfliktlösung im OSZE-Raum
 - a. friedliche Streitbeilegung
 - b. Frühwarnung und Konfliktverhütung einschließlich Mediation
 - c. Krisenmanagement
 - d. Konfliktnachsorge
 - e. Langzeitkonflikte im OSZE-Raum

- D. Gemeinsame Herausforderungen im Bereich der menschlichen Dimension
 - a. Menschenrechte und Grundfreiheiten
 - b. demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit
 - c. Toleranz und Nichtdiskriminierung
 - d. Medienfreiheit
 - e. Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension

- E. Gemeinsame Herausforderungen im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Umweltdimension
 - a. Energiesicherheit
 - b. sicherheitsrelevante Auswirkungen des Klimawandels und anderer umweltbezogener Herausforderungen
 - c. Auswirkungen der Migration auf die Sicherheit

2.2 Bei ihren informellen „Korfu-Treffen“ in der Zeit vom 8. September bis 10. November 2009 nahmen die Ständigen Vertreter eine transparente, offene und unvoreingenommene Prüfung der angeführten Themen vor, bei der die unterschiedlichen Vorstellungen im Geiste gegenseitiger Achtung und mit der echten Bereitschaft, den Standpunkt aller Partner besser zu verstehen, vorgebracht werden konnten. Die informellen Treffen waren eine Gelegenheit für eine Neubewertung der grundlegenden OSZE-Dokumente, auf denen das Konzept der umfassenden, kooperativen und unteilbaren Sicherheit beruht; das schuf in der gesamten OSZE eine neue, positive Atmosphäre und stärkte den Geist der Partnerschaft unter den einzelnen Mitgliedern der OSZE-Gemeinschaft. Sie stellten auch unter Beweis, dass die OSZE aufgrund ihrer Einschließlichkeit, ihrer Geschichte und der gleichberechtigten Stellung ihrer Teilnehmerstaaten nach wie vor einen äußerst zweckmäßigen Rahmen für einen breitgespannten Dialog über die derzeitigen Herausforderungen und die Zukunftsaussichten für die Sicherheit im OSZE-Raum bietet.

Die jedem Teilnehmerstaat freigestellte Teilnahme von Vertretern aus den Hauptstädten war den Diskussionen der Ständigen Vertreter sehr förderlich. Die

wertvollen Beiträge von Grundsatzreferenten aus den OSZE-Institutionen, dem OSZE-Sekretariat und dem wissenschaftlichen Bereich sollen hier nicht unerwähnt bleiben.

Am Ende jedes informellen Treffens legte der Vorsitz allen Delegationen eine Zusammenfassung aus seiner Sicht vor, aus der hervorgehen sollte, in welche Richtung sich die Erörterungen im Wesentlichen entwickelten und welche Fragen in die nächste Phase des Korfu-Prozesses mitgenommen werden sollten. Im Anhang sind die sieben Zusammenfassungen aus Sicht des Vorsitzes beigefügt, die Bestandteil dieses Berichts sind.

2.3 Bei den Erörterungen zeichnete sich ab, dass die Arbeit auf zwei Ebenen weitergeführt werden sollte:

- (i) Auseinandersetzung sowohl mit der Lösung bestehender und neu auftauchender Sicherheitsprobleme in Europa als auch mit der Sicherheit Europas; im Einzelnen:
 - Förderung der friedlichen Beilegung von Langzeitkonflikten im OSZE-Raum auf der Grundlage des Völkerrechts und der Schlussakte von Helsinki
 - Wiederherstellung des Regimes für konventionelle Rüstungskontrolle unter besonderer Betonung der Notwendigkeit, das KSE-Regime durch ein rasches Inkrafttreten des Anpassungsübereinkommens von 1999 (A/CFE) zu retten, und der Verstärkung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen
 - Förderung des Aufbaus offener und demokratischer Gesellschaften auf Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und Grundfreiheiten unter voller Achtung der Menschenrechte aller, auch von Angehörigen nationaler Minderheiten
 - gemeinsame Befassung mit neuen, mehrdimensionalen Sicherheitsbedrohungen und -herausforderungen, darunter auch den Herausforderungen im Bereich der Wirtschafts- und Umweltdimension

Die Teilnehmerstaaten kamen übereinstimmend zu dem Schluss, dass der vorhandene Rahmen der in den OSZE-Dokumenten und Beschlüssen verankerten Normen, Grundsätze und Verpflichtungen (der OSZE-*acquis*) für die Auseinandersetzung mit den erwähnten Sicherheitsproblemen geeignet und ausreichend ist. Es wurde allerdings eingeräumt, dass im Laufe der letzten Jahre – hauptsächlich aufgrund der selektiven oder unvollständigen Umsetzung des *acquis*, die meist auf eine unterschiedliche Auslegung seiner maßgeblichen Verpflichtungen zurückgeht, – ein Vertrauensschwund unter den Partnern festzustellen war. Deshalb wurde die Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen durch alle und nach Treu und Glauben als Grundvoraussetzung für die Lösung der bestehenden Probleme und die Konsolidierung der Solidarität zwischen den Partnern erachtet, damit die neuen Bedrohungen und Herausforderungen im Sicherheitsbereich, die von außen, siehe etwa Afghanistan, in den OSZE-Raum hineingetragen werden, bewältigt werden können.

Bei den Korfu-Gesprächen zeigte sich auch, dass die große Mehrheit der bestehenden und neuen Sicherheitsbedrohungen und -herausforderungen mehrdimensional und horizontal ist und man sich um umfassende Antworten bemühen muss.

Schließlich ist auch zu bedenken, dass sich der Begriff „europäische Sicherheit“ auf den gesamten OSZE-Raum „von Vancouver bis Wladiwostock“ bezieht und den gesamten euro-atlantischen und eurasischen Raum erfasst.

- (ii) Stärkung der Fähigkeiten der OSZE, effizienter und rascher auf die Sicherheitsbedürfnisse ihrer Teilnehmerstaaten zu reagieren. Diesbezüglich wurden folgende Arbeitsfelder ermittelt:
- Wie die Krise in Georgien von August 2008 zeigte, wurde das vielfältige OSZE-Instrumentarium für Konfliktverhütung und Krisenmanagement nicht wirksam ausgeschöpft. Die Partner räumten zwar ein, dass die volle Nutzung der Möglichkeiten des Instrumentariums davon abhängt, dass die Teilnehmerstaaten den politischen Willen aufbringen, es auch tatsächlich einzusetzen, doch war man weitgehend der Auffassung, dass eine Überprüfung und möglicherweise Stärkung notwendig ist.
 - Die OSZE muss effektiver arbeiten, um ihre Leistung als größte regionale Sicherheitsorganisation im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen insgesamt zu verbessern. Diesbezüglich sollte zielgerichteter vorgegangen werden, insbesondere im Einklang mit den Empfehlungen des Berichts des Weisenrates 2005 (aber nicht beschränkt darauf).
 - Das Potenzial der OSZE-Instrumente wird noch nicht voll ausgeschöpft. Ein Beispiel dafür ist die Plattform für kooperative Sicherheit von 1999. Die OSZE täte gut daran zu prüfen, auf welche Weise sie ihr vorhandenes Instrumentarium bestmöglich nutzen kann.
 - Mittel und Wege zur Verstärkung der praktischen Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen in allen drei Dimensionen sollten weiter geprüft werden.

Die oben angeführten Bereiche sind das Tagesgeschäft der OSZE. Doch sollten diese für die Zukunft der Organisation so wichtigen Bereiche von allen OSZE-Gremien – den formellen wie den informellen – zielgerichteter, ganzheitlicher und koordinierter behandelt werden.

- 2.4. Die Ständigen Vertreter hatten auf Grundlage eines Food-for-Thought-Papers des Vorsitzes (CIO.GAL/162/09 vom 28. Oktober 2009) Gelegenheit, im Rahmen einer Botschafterklausur in Krems (30. und 31. Oktober 2009) zu erörtern, wie es mit dem Korfu-Prozess nach dem Ministerrat von Athen weitergehen soll. Der Vorsitz fasste die wichtigsten Punkte des Kremser Gedankenaustauschs wie folgt zusammen (CIO.GAL/166/09 vom 2. November 2009):

- Es zeichnet sich Konsens in Bezug auf die Zweckmäßigkeit des Korfu-Prozesses und die Notwendigkeit seiner Fortsetzung im nächsten Jahr und darüber hinaus ab.
- Die Fortsetzung regelmäßiger informeller „Korfu-Treffen“ auf Botschafterebene wurde einstimmig begrüßt, da diese einerseits der umfassenden Vorbereitung bedürfen und andererseits den Dialog im Laufen halten. Es wurde auch auf die Notwendigkeit der Einbindung zusätzlicher Experten aus Wien und aus den Hauptstädten hingewiesen. Es scheint geraten, ohne neue Gremien zusätzlich zu den bestehenden Organen zu schaffen, unsere Arbeit dimensionenübergreifend und unter Einbeziehung der bestehenden Organe und Gremien zu organisieren.
- Zum offenen strategischen Dialog mit vorgegebenen Aufgabenstellungen zeichnete sich Konsens über die Hauptthemen ab, nämlich Konfliktverhütung und Konfliktlösung, Rüstungskontrolle, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, neue sicherheitspolitische Herausforderungen und transnationale und grenzüberschreitende Herausforderungen in Zentralasien, einschließlich Afghanistans, und die verstärkte Umsetzung der Menschenrechte, Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit.
- Es schien sowohl Konsens für eine Ministererklärung zum Korfu-Prozess mit einer überzeugenden und leicht verständlichen politischen Botschaft, als auch breite Unterstützung für den Vorschlag des Vorsitzes zu bestehen, einen Ministerbeschluss auszuarbeiten, um die Fortsetzung des Dialogs zum Korfu-Prozess in Wien besser zu strukturieren.

3. Schlussbemerkung

Alle Teilnehmerstaaten brachten sich aktiv und konstruktiv in die erste Phase des Korfu-Prozesses „Von Korfu nach Athen“ ein, und wir erachten daher im Namen des griechischen Vorsitzes unsere Aufgabenstellung von Korfu als abgeschlossen.

Es liegt nun am Ministerrat der OSZE in Athen zu beschließen, wie es mit dem Korfu-Prozess weitergehen soll, und auf ein „Helsinki Plus“ für die europäische Sicherheit und ein „OSZE Plus“ für die Organisation selbst hinzuarbeiten.

Anhang: Liste der Dokumente

1. CIO.GAL/84/09 vom 29. Juni 09	Chairperson's Perception: Corfu Informal Ministerial Meeting
2. CIO.GAL/98/09 vom 31. Juli 09	Chairmanship's Indicative List of Topics and Schedule of Corfu Meetings in the framework of the European Security Dialogue

3. CIO.GAL/114/09 vom 9. September 09	Chairperson's Perception: Implementation of norms and principles of international law in the OSCE area
4. CIO.GAL/124/09 vom 16. September 09	Chairperson's Perception: Co-operative Security versus Unilateralism – Different Levels of Security in the OSCE Area
5. CIO.GAL/133/09 vom 25. September 09	Chairperson's Perception: Arms control and CSBMs arrangements and instruments, and their impact on building trust and confidence
6. CIO.GAL/147/09 vom 15. Oktober 09	Chairperson's Perception: Non-proliferation and illicit arms transfers, terrorism and risks arising from criminal activities and cyber-security
7. CIO.GAL/156/09 vom 23. Oktober 09	Chairperson's Perception: Conflict Resolution in the OSCE Area
8. CIO.GAL/161/09 vom 28. Oktober 09	Chairperson's Perception: Common Challenges in the Human Dimension
9. CIO.GAL/162/09 vom 28. Oktober 09	Food-for-Thought Paper: Sailing to Athens: the Future of the Corfu Process
10. CIO.GAL/166/09 vom 2. November 09	Ambassadors' Retreat: Concluding Remarks by Ambassador Marinaki
11. CIO.GAL/176/09 vom 11. November 09	Chairperson's Perception: Common Challenges in the Economic and Environmental Dimension

**BERICHT
DER SONDERBEAUFTRAGTEN
DES GRIECHISCHEN AMTIERENDEN VORSITZES FÜR
DIE STÄRKUNG DER RECHTLICHEN GRUNDLAGE DER OSZE**
(Anlage zu MC.DEL/73/09 vom 4. Dezember 2009)

Mandat

Mit dem in Helsinki am 5. Dezember 2008 verabschiedeten Ministerratsbeschluss Nr. 4/08, „Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE“, wurde der griechische Amtierende Vorsitz beauftragt, in Absprache mit den Teilnehmerstaaten den Dialog über die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE weiter zu betreiben und dem Ministerratstreffen in Athen 2009 zu berichten.

Hintergrund

Die Erörterungen über die Frage der Rechtspersönlichkeit der OSZE gehen auf das Jahr 1993 zurück, als die Teilnehmerstaaten sich um eine Lösung für die rechtlichen und praktischen Probleme bemühten, die sich aus dem Fehlen einer einheitlichen rechtlichen Grundlage für die OSZE ergeben.

Nachdem man sich erst darum bemüht hatte, ein System zu schaffen, durch das die Staaten der OSZE einseitig Vorrechte und Immunitäten gewähren, wurde eine Diskussion zur Sondierung der Möglichkeiten für die Verabschiedung eines multilateralen Übereinkommens in die Wege geleitet, das gemeinsame Bestimmungen enthalten sollte, die die Fragen der internationalen Rechtspersönlichkeit, der Rechtsfähigkeit sowie der Vorrechte und Immunitäten der OSZE regeln. 2001 kamen die Rechtsexperten der OSZE in einer Arbeitsgruppe mit offenem Teilnehmerkreis zum Thema Rechtsfähigkeit der OSZE zusammen und verfassten den Entwurf zu einem Übereinkommen über die internationale Rechtspersönlichkeit, die Rechtsfähigkeit sowie die Vorrechte und Immunitäten der OSZE.

Die Frage wurde 2006 erneut aufgegriffen und einer Arbeitsgruppe mit offenem Teilnehmerkreis zugewiesen, die einen Entwurf für ein Übereinkommen über die internationale Rechtspersönlichkeit, die Rechtsfähigkeit sowie die Vorrechte und Immunitäten der OSZE ausarbeiten sollte. Am 22. Oktober 2007 legte der Vorsitz der Arbeitsgruppe dem Vorsitz des Ständigen Rates die Endfassung eines Übereinkommensentwurfs vor. Zu erwähnen wäre diesbezüglich, dass zwei Delegationen um Aufnahme von drei Fußnoten in den Entwurf ersucht hatten, in denen auf eine Satzung Bezug genommen wird.

Am 30. November 2007 stellte der spanische Minister für auswärtige Angelegenheiten, M. A. Moratinos, in seiner Funktion als Amtierender Vorsitzender der OSZE in seiner abschließenden Erklärung auf dem Madrider Treffen des Ministerrats fest, dass es zu keiner Einigung in der Frage gekommen sei, wie das Problem der Anerkennung der Rechtspersönlichkeit der OSZE völkerrechtlich gesehen zu lösen sei, und fügte zur Information das von der Arbeitsgruppe erstellte Dokument seiner Erklärung als Anhang bei.

Seither wurde bei verschiedenen anderen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass die OSZE eine Satzung brauche, zuletzt einer dem Ministerratsbeschluss Nr. 4/08 beigefügten interpretativen Erklärung, die den Standpunkt mehrerer Teilnehmerstaaten wiedergibt, dass

eine OSZE-Satzung zugleich mit einem Übereinkommen über die internationale Rechtspersönlichkeit, die Rechtsfähigkeit sowie die Vorrechte und Immunitäten der OSZE angenommen werden sollte.

Die Persönliche Beauftragte

Der griechische Vorsitz übernahm diese Aufgabe im vollen Wissen um die damit verbundenen Schwierigkeiten, war man sich doch darüber im Klaren, dass die Teilnehmerstaaten sich zwar grundsätzlich darin einig waren, dass die Rechtsstellung der OSZE gestärkt werden müsse, jedoch die Auffassung darüber, wie das am besten zu bewerkstelligen sei, auseinandergingen.

Angesichts dessen war der griechische Vorsitz der Ansicht, dass er sich mit der Bestellung eines Persönlichen Beauftragten ein umfassendes Bild von der Frage und dem Sachstand machen können und zugleich einen fruchtbringenden Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten in Gang bringen würde.

So bestellte die Amtierende Vorsitzende am 10. März 2009 Zinovia Stavridi zur Persönlichen Beauftragten der Amtierenden Vorsitzenden für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE während des griechischen Vorsitzes 2009.

Ausgehend von seinem Mandat setzte der griechische Vorsitz gemeinsam mit der Persönlichen Beauftragten mehrere informelle Sitzungen und Konsultationen in Wien an, um einen Mechanismus für einen offenen Dialog einzurichten, der es den Teilnehmerstaaten ermöglichen sollte, gemeinsam Mittel und Wege zu prüfen, wie man in der Frage der rechtlichen Grundlage der OSZE vorankommen könne.

Zu diesem Zweck berücksichtigte der griechische Vorsitz auch die Aktivitäten, die der finnische Vorsitz diesbezüglich unternommen hatte.

Abgehaltene Sitzungen

Am 13. Mai 2009 hielt der griechische Vorsitz eine erste informelle Sitzung mit den Teilnehmerstaaten ab.

Bei dieser Sitzung konnte sich der Vorsitz vergewissern, dass die Teilnehmerstaaten die Gespräche über die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE fortsetzen wollten und prinzipiell auch das Übereinkommen in der Fassung von 2007 unterstützten.

Bei dieser Sitzung traten unterschiedliche Auffassungen über das weitere Vorgehen zutage:

- Einige Teilnehmerstaaten schlugen vor, dem Vorschlag des finnischen Vorsitzes vom Oktober 2008 zu folgen und eine Arbeitsgruppe einzurichten, die eine Satzung ausarbeiten sollte, sowie eine Diskussionsrunde zum Thema Rechtspersönlichkeit einzuberufen.
- Andere Teilnehmerstaaten waren zwar mit der Idee einer Diskussionsrunde einverstanden, wandten jedoch ein, dass sich eine solche Sitzung nicht auf die Prüfung der

aktuellen Lage beschränken sondern auch versuchen sollte herauszufinden, auf welche gemeinsame Vorgehensweise man sich einigen könne.

- Es wurde auch auf einen Satzungsentwurf verwiesen, den einige Teilnehmerstaaten 2007 vorgelegt hatten (PC.DEL/897/07). Die Verfasser des Entwurfs räumten ein, dass sie dazu bisher noch keine Stellungnahme von anderen Teilnehmerstaaten erhalten hätten.

Die Persönliche Beauftragte hatte den Eindruck, dass die Teilnehmerstaaten ganz allgemein die Abhaltung einer Diskussionsrunde zu den rechtlichen Grundlagen der OSZE befürworteten. Daher wurden sie zur Teilnahme an dieser Diskussionsrunde eingeladen, bei der sie ihre rechtlichen und fachlichen Argumente für oder gegen ein Gründungsdokument der OSZE vortragen sollten, um so eine fundierte Diskussion über das weitere Vorgehen zu ermöglichen.

Die Diskussionsrunde über die Rechtsstellung der OSZE trat dreimal zusammen.

- (a) Das erste Treffen fand am 17. Juni statt.

Bei diesem ersten Treffen stellte der Rechtsdienst Beispiele aus dem Arbeitsalltag der OSZE vor, die deutlich machten, wie wichtig es für die OSZE wäre, internationale Rechtspersönlichkeit und entsprechende Vorrechte und Immunitäten zu besitzen.

Die Teilnehmerstaaten, für die die Verabschiedung eines Gründungsdokuments Voraussetzung für die Verabschiedung des Übereinkommens ist, brachten eine Reihe von Argumenten dafür vor.

Im Zusammenhang damit kamen auch die Empfehlungen des Weisenrates über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE von 2005 zur Sprache.

Neben anderen Argumenten wurde auch vorgebracht, dass die OSZE ohne Gründungsdokument immer eine vorläufige Vereinbarung bleiben würde, eine Satzung hingegen die Fragen regeln könnte, die nicht im Text eines Übereinkommens über Vorrechte und Immunitäten untergebracht werden könnten, wie etwa Ziel und Zweck einer internationalen Organisation, ihre Kompetenzen, ihre Organisationsstruktur und Institutionen, ihre Verfahren für die Aufnahme und den Austritt von Mitgliedern, finanzielle Fragen und Beschlussfassungsmechanismen.

Diese Teilnehmerstaaten machten geltend, dass ein derartiges Gründungsdokument nicht an die politischen Verpflichtungen der OSZE rühren dürfe.

Diejenigen Teilnehmerstaaten, die die Verabschiedung einer Satzung als Voraussetzung für die Verabschiedung des Übereinkommens über eine Rechtspersönlichkeit erachten, schlugen die Einrichtung einer Arbeitsgruppe durch Beschluss des Ständigen Rates oder des Ministerrates vor, die unter der Schirmherrschaft des Ständigen Rates (z. B. als StR-Arbeitsgruppe) mit der Ausarbeitung eines Gründungsdokuments betraut werden sollte, das nicht notwendigerweise auf dem Satzungsentwurf aus dem Jahr 2007 beruhen müsse (siehe oben).

Die für die Notwendigkeit einer Satzung für die OSZE vorgebrachten Argumente wurden von anderen Teilnehmerstaaten mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass es keine völkerrechtliche Bestimmung gebe, der zufolge eine internationale Organisation in jedem Fall über eine Satzung verfügen müsse.

Im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Satzung wurde für einen kurzen Text plädiert, der sich auf eine Aufzählung der Organe der OSZE beschränken und nicht zu einer nochmaligen Überprüfung der politischen Verpflichtungen der OSZE führen solle.

Dem hielten andere Delegationen entgegen, dass die Verabschiedung eines Gründungsdokuments und die daraus resultierende Auswahl von Verpflichtungen dazu führen könne, dass zwei Kategorien von OSZE-Verpflichtungen entstehen.

Die Vorstellung, für die Ausarbeitung einer Satzung eine informelle Arbeitsgruppe einzurichten, fand bei einigen Teilnehmerstaaten Unterstützung, während sich andere anscheinend nicht der Auffassung anschließen konnten, dass die Verabschiedung einer Satzung die Voraussetzung für die Verabschiedung des Übereinkommens sei. Diese Staaten sprachen sich vielmehr dafür aus, möglichst rasch einen Entwurf für ein Übereinkommen zu verabschieden, am besten schon in Athen.

Das erste Treffen der informellen Diskussionsrunde erwies sich als gute Gelegenheit für eine Standortbestimmung der Teilnehmerstaaten in Bezug auf die Vorgehensweise zur Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE. Die Erörterungen waren zweckdienlich und die Persönliche Beauftragte forderte die Teilnehmerstaaten auf, die vorgebrachten Ideen bis zum nächsten Treffen im September zu prüfen.

- (b) Das zweite Treffen der informellen Diskussionsrunde zur Rechtsstellung der OSZE fand am 17. September statt.

Im Vorfeld des Treffens hatte der griechische Vorsitz vorab zwei Dokumente verteilt, ein vom Rechtsdienst des OSZE-Sekretariats ausgearbeitetes mit Informationen über jene internationalen Organisationen, die nicht durch einen völkerrechtlichen Vertrag gegründet wurden (CIO.GAL/91/09), und ein Arbeitsdokument der Persönlichen Beauftragten der Amtierenden Vorsitzenden über die Rechtsstellung sowie die Vorrechte und Immunitäten der OSZE (CIO.GAL/115/09), das sich auf zuvor verteilte Dokumente bezog.

In seiner Funktion als Vorsitz der Europäischen Union gab Schweden eine Erklärung im Namen der EU-Mitgliedstaaten ab, in der betont wurde, dass die Verabschiedung eines Übereinkommens nach Streichung der Fußnoten dringend geboten sei, wenn möglich schon in Athen. Wenn dies nicht möglich sei, könne man den designierten kasachischen Vorsitz der OSZE damit betrauen, die Bemühungen zur Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE fortzuführen. Zum Schluss wurde daran erinnert, dass die Europäische Union die Ausarbeitung eines Statuts oder einer Satzung für die OSZE als sinnvoll erachte, sofern damit keine Neuverhandlung bestehender Verpflichtungen verbunden sei, und dass sie zur Fortsetzung der Erörterung über ein derartiges Statut bzw. eine Satzung bereit sei.

Ein Teilnehmerstaat machte den Vorschlag, eine informelle Arbeitsgruppe zur Rechtsstellung der OSZE einzurichten, die den Teilnehmerstaaten einen Meinungsaustausch ermöglichen werde, gefolgt von der Ausarbeitung der einzelnen Standpunkte, um zu konkreten Ergebnissen zu gelangen.

Dieser Vorschlag wurde von mehreren Teilnehmerstaaten unterstützt.

Zu Ende der Sitzung hielt die Persönliche Beauftragte abschließend fest, dass der Entwurf eines Übereinkommens von den Teilnehmerstaaten grundsätzlich unterstützt werde, und ersuchte darum, den Wortlaut des Übereinkommens gutzuheißen, damit sichergestellt sei, dass die inhaltlichen Diskussionen nicht wieder aufgenommen werden.

Die Persönliche Beauftragte hielt die Idee, eine informelle Arbeitsgruppe einzurichten, fest und erinnerte daran, dass bereits beim letzten Treffen andere Teilnehmerstaaten den Vorschlag gemacht hatten, eine Arbeitsgruppe einzusetzen.

Sie nahm auch die Absicht des Vorsitzes zu Protokoll, die informelle Diskussionsrunde zu einem letzten Treffen im November einzuladen und appellierte an die Teilnehmerstaaten, sich konstruktiv mit den bei dem Treffen vorgebrachten neuen Elementen auseinanderzusetzen und dabei zu bedenken, dass man dafür sorgen müsse, dass die OSZE ungehindert arbeiten könne.

Schließlich erwähnte sie noch, dass sie in ihrer Funktion als Persönliche Beauftragte und in Umsetzung ihres Mandats und des Ministerratsbeschlusses Nr. 4/08 von Helsinki dem Amtierenden Vorsitzenden Bericht erstatten werde.

- (c) Das letzte Treffen der informellen Diskussionsrunde wurde vom griechischen Vorsitz auf den 11. November angesetzt.

Im Lichte der Erörterungen bei der vorhergegangenen Diskussionsrunde verteilte der Vorsitz am 10. November ein Addendum (CIO.GAL/91/09/Add.1) zum Memorandum über die internationalen Organisationen, die nicht durch einen völkerrechtlichen Vertrag gegründet wurden, das am 8. Juli 2009 als CIO.GAL/91/09 übermittelt worden war.

Die Persönliche Beauftragte fasste die verschiedenen Standpunkte, die sich bei den Erörterungen ergeben hatten, wie folgt zusammen:

- Die Teilnehmerstaaten schienen sich darin einig zu sein, dass die OSZE ein Übereinkommen über eine Rechtspersönlichkeit sowie Vorrechte und Immunitäten benötigt, und der 2007 formulierte Text scheinbar nach wie vor allgemeine Unterstützung finden.
- Einige Staaten waren der Auffassung, dass das Übereinkommen die grundsätzlichen Probleme der Arbeitsweise der OSZE nicht lösen könne, die sich nur durch die Verabschiedung einer Satzung regeln ließen. Diese Staaten waren der Auffassung, dass Satzung und Übereinkommen gemeinsam verabschiedet werden müssten.
- Wieder andere Staaten sprachen sich zwar nicht dagegen aus, der OSZE ein Gründungsdokument zu geben, waren andererseits aber auch nicht der Meinung, dass dieses Dokument eine Voraussetzung für die Verabschiedung des Übereinkommens darstelle. Diese Staaten konnten sich aber trotzdem vorstellen, Erörterungen über die mögliche Ausarbeitung eines Gründungsdokuments fortzusetzen, sofern die politischen Verpflichtungen der OSZE durch dieses Dokument nicht berührt werden.

- Einige Staaten blieben bei ihrer Skepsis in Bezug auf die Idee eines Gründungsdokuments, da sie befürchteten, die Ausarbeitung eines derartigen Dokuments könne sich insofern als problematisch erweisen, als die Teilnehmerstaaten dabei entscheiden müssten, welche Verpflichtungen in das Gründungsdokument einfließen sollten und welche nicht, was unter Umständen zur Entstehung von zwei Kategorien von OSZE-Verpflichtungen führen könne.

Schlussbemerkungen

Aus den Diskussionen wurde deutlich, dass

- (a) der Wortlaut des Übereinkommens in seiner Fassung von 2007 nach wie vor von den Teilnehmerstaaten grundsätzlich unterstützt wird;
- (b) der nächste Vorsitz den Dialog fortsetzen sollte, um herauszufinden, auf welche Weise man den bei den Diskussionen geäußerten Bedenken der Teilnehmerstaaten Rechnung tragen könne;
- (c) die Teilnehmerstaaten den Vorschlag, eine informelle Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit der Rechtsstellung der OSZE weiter auseinandersetzen soll, angenommen haben.

Ausgehend von diesen Elementen schlug die Persönliche Beauftragte beim letzten Treffen der informellen Diskussionsrunde vor, die im Zuge der Treffen der Diskussionsrunde geleistete Arbeit und die Bereitschaft der Teilnehmerstaaten zur Fortsetzung des Dialogs in einen Beschlussentwurf umzusetzen, der dem Ministerratstreffen in Athen am 1. und 2. Dezember 2009 zur Verabschiedung vorgelegt werden solle.

Es wurden entsprechende Konsultationen abgehalten, und der griechische Vorsitz verteilte am 12. November einen Beschlussentwurf (MC.DD/15/09) unter der Annahme, dass der Wortlaut der Bestimmungen des Übereinkommensentwurfs von 2007 von den Teilnehmerstaaten nach wie vor unbestritten sei.

In der Vorbereitungsphase für das Ministerratstreffen fanden in Wien umfangreiche Konsultationen und informelle Gespräche mit den am meisten interessierten Delegationen statt, die in einer Neufassung des Beschlussentwurfs ihren Ausdruck fanden, die am 24. November 2009 als MC.DD/15/09/Rev.2 verteilt wurde.

Diese überarbeitete Fassung wurde im Vorbereitungsausschuss bei drei Sitzungen in Athen diskutiert, woran sich weitere informelle Konsultationen anschlossen. Trotz aller Bemühungen, den unterschiedlichen Standpunkten gerecht zu werden, zog der Vorsitz schließlich den Beschlussentwurf bei der letzten Sitzung des Vorbereitungsausschusses am 1. Dezember 2009 zurück, da nicht alle Teilnehmerstaaten bereit waren, dem Konsens dazu zuzustimmen.

Athen, 1. Dezember 2009

**FORTSCHRITTSBERICHT DES FSK-VORSITZES
AN DAS SIEBZEHNTE TREFFEN DES OSZE-MINISTERRATS ÜBER
DIE WEITERE UMSETZUNG DES OSZE-DOKUMENTS ÜBER
KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN**

(MC.GAL/6/09 vom 11. November 2009)

Zusammenfassung

Dieser Fortschrittsbericht enthält umfassende und sachbezogene Informationen über den Stand der Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) im Zeitraum November 2008 bis November 2009¹.

Das FSK fasste einen SALW-Beschluss betreffend die

- Überprüfung des SALW-Dokuments der OSZE und der ergänzenden Beschlüsse.

Im September 2009 führte das FSK eine intensive Tagung zur Überprüfung des SALW-Dokuments der OSZE und der ergänzenden Beschlüsse durch. Das Ergebnis war ein breites Spektrum konkreter Vorschläge zur weiteren Verbesserung des Dokuments sowohl in einer ganzen Reihe normsetzender und umsetzungsbezogener Fragen als auch im Einklang mit dem Aktionsprogramm der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit SALW unter allen seinen Aspekten. Diese Tagung gab den Anstoß zu einem Prozess, in dessen Verlauf die Teilnehmerstaaten detaillierte Vorschläge zur Verbesserung der Normen und Maßnahmen des OSZE-Dokuments machen sollen.

Die Durchführung des SALW-Informationsaustauschs lag deutlich unter dem Niveau der Vorjahre und veranlasste den FSK-Vorsitz dazu, ausgiebig Gebrauch vom Ankündigungs- und Erinnerungsmechanismus zu machen.

In Bezug auf die Musterformulare für Endnutzerbescheinigungen wurde ebenso wie zu den Praktiken zur Verhütung der Verbreitung von SALW auf dem Luftweg ein einmaliger Informationsaustausch ausgeführt.

Die praktische Unterstützung von OSZE-Teilnehmerstaaten durch die Umsetzung von SALW-Projekten ist wesentlicher Teil der Verbesserung der Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region.

Der Bericht geht auf den erfolgreichen Abschluss von Projekten in der Republik Tadschikistan und in der Republik Zypern ein und beschreibt das in der Republik Belarus laufende Projekt sowie die Entwicklung eines Projekts in der Republik Kirgisistan.

OSZE und UNDP brachten die Verhandlungen über eine Vereinbarung betreffend die finanziellen und rechtlichen Mechanismen zur Erleichterung der gemeinsamen Projektdurchführung zum Abschluss.

1 Abgabefrist für Beiträge zu diesem Bericht war der 6. November 2009.

Die Teilnehmerstaaten sagten für SALW-Projekte der OSZE 433.918 Euro zu, was unter den Beträgen der Vorjahre liegt.

Auf Initiative der OSZE wurden regelmäßige informelle Treffen mit anderen internationalen Organisationen veranstaltet, um die Koordinierung der Bemühungen zu SALW-Projekten zu verbessern.

1. Einleitung

Das OSZE-Forum für Sicherheitskooperation wurde auf dem Sechzehnten Treffen des Ministerrats in Helsinki ersucht, über seinen Vorsitz dem Siebzehnten Treffen des Ministerrats einen Fortschrittsbericht über die weitere Umsetzung des SALW-Dokuments der OSZE (MC.DEC/11/08) vorzulegen.

Das SALW-Dokument der OSZE wurde am 24. November 2000 verabschiedet und unter der Dokumentennummer FSC.DOC/1/00 verteilt. Es legt Normen, Grundsätze und Maßnahmen im Umgang mit der übermäßigen und destabilisierenden Anhäufung und unkontrollierten Verbreitung von SALW fest, die eine Bedrohung für die internationale Staatengemeinschaft darstellen. Es fand auch Anerkennung in der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert, in der das SALW-Dokument der OSZE als ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung der von Terrorismus und organisierter Kriminalität ausgehenden Bedrohung bezeichnet wird, und die betont, dass es verstärkt umgesetzt werden sollte. Laut Abschnitt VI Absatz 2 des Dokuments wird die Umsetzung des SALW-Dokuments der OSZE regelmäßig im Zuge der Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung überprüft.

Das SALW-Dokument der OSZE trägt auch wesentlich zur Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit SALW unter allen Aspekten bei (im Folgenden SALW-Aktionsprogramm der Vereinten Nationen).

2. Zielsetzungen

Dieser Bericht soll einen Überblick über die Umsetzung der OSZE -Verpflichtungen in Bezug auf SALW geben und beschreibt auch die Fortschritte bei der Umsetzung von OSZE-bezogenen SALW-Hilfsprojekten. Er ist in erster Linie als Ausgangsbasis für die Erhebung des aktuellen Standes der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf SALW gedacht und soll auf die wichtigsten zukünftigen Herausforderungen eingehen. Der Bericht umfasst den Zeitraum November 2008 bis November 2009.

3. SALW-Überprüfungstreffen der OSZE

Im Einklang mit dem Beschluss des Ministerrats Nr. 11/08 organisierte das Forum am 22. und 23. September 2009 eine Tagung zur Überprüfung des SALW-Dokuments der OSZE und der ergänzenden Beschlüsse. An dieser Tagung nahmen Vertreter der OSZE-Teilnehmerstaaten, der Kooperationspartner der OSZE und anderer einschlägiger zwischenstaatlicher und Nichtregierungsorganisationen teil. Zwei Tage lang erörterten die Teilnehmer Fragen im

Zusammenhang mit der internationalen Hilfe und Zusammenarbeit, einschließlich OSZE-Hilfsprojekten, Ausfuhrkontrolle und Waffenvermittlungsgeschäften, Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen sowie Kennzeichnung und Nachverfolgbarkeit von SALW. Bei der Tagung wurde die Notwendigkeit betont, sich mit folgenden Fragen zu befassen:

- vollständige Umsetzung des SALW-Dokuments der OSZE
- Aktualisierung des SALW-Unterstützungsmechanismus
- Anerkennung des zunehmenden Bedarfs an internationaler Zusammenarbeit
- Verständigung über eine gemeinsame Sprache und Terminologie
- wirksamerer Informationsaustausch
- wirksame Verifikationsmaßnahmen bei der Ausfuhrkontrolle
- Maßnahmen zur Verhinderung von Umlenkung und Technologietransfer
- politische Verbindlichkeit einiger Elemente der Praxisleitfäden
- Erfahrungsaustausch

Darüber hinaus forderten mehrere Delegationen die Ausarbeitung eines SALW-Aktionsplans, der eine ordnungsgemäße Nachbereitung sicherstellen soll.

Der zusammenfassende Bericht des FSK-Vorsitzes über die Tagung ist unter FSC.GAL/109/09 abrufbar.

4. Aspekte der Normsetzung

Das SALW-Dokument der OSZE bezieht sich hauptsächlich auf die normativen Grundlagen und steckt den OSZE-Rahmen für die Entwicklung und Umsetzung innerstaatlicher Rechtsvorschriften, Regeln und Verfahren ab. Die Überprüfung dieser Normen und die Ausarbeitung zusätzlicher bzw. ergänzender Beschlüsse durch das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) sind ein zentraler Punkt in der täglichen Arbeit des FSK. 2009 galt seine Arbeit hauptsächlich folgenden Fragen:

4.1 Aktualisierung des FSK-Beschlusses Nr. 15/02 über fachliche Beratung bei der Umsetzung von Abschnitt V des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen

2002 ersuchte der Ständige Rat das FSK um Beratung durch Experten bei der Umsetzung von Abschnitt V „Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge“ des SALW-Dokuments der OSZE.

Das FSK kam diesem Ersuchen durch die Verabschiedung von Beschluss Nr. 15/02 über fachliche Beratung bei der Umsetzung von Abschnitt V des OSZE-Dokuments über

Kleinwaffen und leichte Waffen nach, in dem das Verfahren der Hilfestellung für OSZE-Teilnehmerstaaten erläutert wird.

Ausgehend von den Diskussionen auf der Tagung zur Überprüfung des SALW-Dokuments der OSZE und um den Teilnehmerstaaten die Inanspruchnahme der äußerst leistungsfähigen Ressourcen innerhalb der OSZE für die Bereitstellung von Unterstützung zu erleichtern, erörtert das Forum einen Vorschlag für einen FSK-Beschlussentwurf, der die SALW-Verfahren besser an die Verfahren für Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) angleichen und die Mechanismen für die Hilfestellung verstärken soll. Der Vorschlag aktualisiert die Mechanismen für das Ersuchen um Hilfe in Bezug auf SALW und für deren Bereitstellung und stimmt diese besser auf die Unterstützungsmechanismen für SCA ab. Weiters sieht der Vorschlag auch Fragebögen vor, die von den ersuchenden und den Geberstaaten vorgelegt werden können, um so das Verfahren für Ersuchen und Bereitstellung von Hilfe zu verbessern.

5. Umsetzung bestehender Verpflichtungen

5.1 SALW-Informationsaustausch

Das SALW-Dokument der OSZE verpflichtet die Teilnehmerstaaten zur Einhaltung einer Reihe von Normen, die bei vollständiger Umsetzung den Staaten in ihren Bemühungen um Einhaltung vieler Bestimmungen zur nationalen Umsetzung des SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen helfen werden. Unter anderem schuf das OSZE-Dokument einen Mechanismus von Transparenzmaßnahmen, durch die Sicherheit erhöht und das Vertrauen unter den OSZE-Teilnehmerstaaten gefördert werden soll.

Die OSZE-Teilnehmerstaaten tauschen jährlich und einmalig Informationen über verschiedene Aspekte der Kontrolle über Transfers von SALW und konventionellen Waffen im Allgemeinen aus. Dieser Informationsaustausch zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten ist vertraulich und Gegenstand regelmäßiger Erörterungen auf FSK-Sitzungen, Fachseminaren und Konferenzen. Ganz allgemein ging die Umsetzung 2009 deutlich zurück, und auch die Fristen wurden weniger genau eingehalten als in den Vorjahren. Der Ankündigungs- und Erinnerungsmechanismus des FSK-Vorsitzes kam häufig zur Anwendung.

Im Zusammenhang mit der Kontrolle von SALW-Transfers umfasst der Informationsaustausch im Rahmen der OSZE Folgendes:

- einen Informationsaustausch über den Transfer konventioneller Waffen (FSC.DEC/13/97 und FSC.DEC/8/98)
- einen Fragebogen zu Transfers konventioneller Waffen (FSC.DEC/20/95)
- einen Informationsaustausch über die im abgelaufenen Kalenderjahr durchgeführten Kleinwaffenausfuhren in andere Teilnehmerstaaten und Kleinwaffeneinfuhren aus diesen (FSC.DOC/1/00, III (F) 1)

Darüber hinaus haben die Teilnehmerstaaten vereinbart, einander alljährlich bei Bedarf aktualisierte Informationen wie folgt zu übermitteln:

- Informationsaustausch über ihre bei der Herstellung bzw. der Einfuhr von Kleinwaffen und leichten Waffen verwendeten innerstaatlichen Kennzeichnungssysteme (FSC.DOC/1/00, II (D) 1)
- Informationsaustausch über nationale Verfahren zur Kontrolle der Herstellung von Kleinwaffen und leichten Waffen (FSC.DOC/1/00, II (D) 1)
- Informationsaustausch über innerstaatliche Rechtsvorschriften und die geltende Praxis betreffend Ausfuhrpolitik, -verfahren und -dokumentation und über die Kontrolle von Kleinwaffenvermittlungsgeschäften (FSC.DOC/1/00, III (F) 2)

5.1.1 Einmaliger Informationsaustausch

Im SALW-Dokument der OSZE kamen die Teilnehmerstaaten überein, bei Bedarf Informationen über innerstaatliche Kennzeichnungssysteme, nationale Verfahren zur Kontrolle der Herstellung, innerstaatliche Rechtsvorschriften und die geltende Praxis betreffend Ausfuhrpolitik, -verfahren und -dokumentation und über die Kontrolle von Vermittlungsgeschäften, Methoden zur Vernichtung von Kleinwaffen und über die Programme zur Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen auszutauschen.

Darüber hinaus wurden in FSK-Beschluss Nr. 5/04 die Standardelemente von Endnutzerbescheinigungen und Verifikationsverfahren für SALW-Ausfuhren festgelegt. Zur Beurteilung der Umsetzung des Beschlusses und im Einklang mit den im SALW-Dokument der OSZE festgelegten Grundsätzen verabschiedete das FSK den Beschluss Nr. 12/08, in dem sich die Teilnehmerstaaten verpflichteten, allen anderen Teilnehmerstaaten und dem Konfliktverhütungszentrum bis 27. März 2009 ein Musterformular ihrer nationalen Endnutzerbescheinigung bzw. anderer einschlägiger Dokumente zukommen zu lassen. Bis 6. November 2009 hatten 48 Teilnehmerstaaten solche Muster von Endnutzerbescheinigungen übermittelt. Zwei von ihnen legten Nullberichte vor. Im Juli 2009 leitete das Konfliktverhütungszentrum die Muster der Endnutzerbescheinigungen an die Gruppe für Information und Forschung über Frieden und Sicherheit (*Group for Research and Information on Peace and Security – GRIP*) weiter, die sie prüfte und ihre Ergebnisse auf der OSZE-Tagung zur Überprüfung des SALW-Dokuments der OSZE und der ergänzenden Beschlüsse am 22. und 23. September präsentierte.

Dann erhielten die Teilnehmerstaaten in FSK-Beschluss Nr. 11/08 den Auftrag, einmalig Informationen über nationale Praktiken zur Verhütung der illegalen Verbreitung von SALW auf dem Luftweg auszutauschen. Bis zum 6. November 2009 hatten 37 Teilnehmerstaaten ihre Antwort auf den Fragebogen übermittelt.

Nähere Informationen zur Anzahl der Teilnehmerstaaten, die sich an diesem einmaligen Informationsaustausch beteiligten, finden sich in Anhang A.

5.1.2 Jährlicher Informationsaustausch

Neben dem Informationsaustausch über bestehende Normen und Vorschriften sind die Teilnehmerstaaten laut OSZE-Dokument verpflichtet, jährlich Daten über SALW-Ausfuhren in andere OSZE-Teilnehmerstaaten und SALW-Einfuhren aus diesen sowie über im abgelaufenen Kalenderjahr auf ihrem Hoheitsgebiet für überschüssig erklärte bzw. beschlag-

nahmte und vernichtete Kleinwaffen auszutauschen. Anhang B gibt einen Überblick über diesen Informationsaustausch.

Aus den im Zeitraum 2001 bis 2008 übermittelten Informationen geht hervor, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten 8.583.577 Stück SALW vernichtet haben. Nähere Angaben dazu sind in Anhang C zu finden.

5.2 Bewusstseinsbildung

Die informelle SALW-Freundesgruppe leistete dem FSK-Vorsitz auch 2009 Hilfeleistung bei Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Umsetzung des SALW-Dokuments der OSZE sowie von FSK-Beschlüssen mit SALW-Bezug. Der Vorsitzende der informellen SALW-Freundesgruppe unterstützte den FSK-Vorsitz insbesondere bei der Veranstaltung der OSZE-Tagung zur Überprüfung des SALW-Dokuments der OSZE und der ergänzenden Beschlüsse. Im Rahmen des Sicherheitsdialogs im FSK fanden mehrere Vorträge zu SALW statt. Darüber hinaus veranstaltete die OSZE etliche Ausbildungsseminare und Arbeitstagungen. Anhang D enthält einen Überblick über diese sowie über andere Aktivitäten zur Förderung von SALW-Initiativen der OSZE.

6. Praktische Unterstützung für SALW-Projekte

6.1 Überblick

Nach wie vor macht die Umsetzung jener Teile des SALW-Dokuments der OSZE, die sich auf Ersuchen der Teilnehmerstaaten um Hilfe bei der Vernichtung, Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen beziehen, einen Großteil der Bemühungen des Forums für Sicherheitskooperation auf diesem Gebiet aus.

Seit 2003 nahm die OSZE 29 Hilfeersuchen aus 14 Ländern entgegen, die der Verbesserung der Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen und Lagerbeständen konventioneller Munition, einschließlich Mélange, oder der Vernichtung von Überschüssen galten. Insbesondere die Hilfsprojekte in Belarus, Zypern, Kirgisistan und Tadschikistan seien als Beispiel für diese Aktivitäten im Zeitraum 2008–2009 angeführt.

6.2 Nationale Koordinierungsgremien

2008 verabschiedete das FSK den Beschluss Nr. 4/08, mit dem ein OSZE-Verzeichnis von Kontaktstellen für SALW und SCA als zusätzliches Instrument für die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Teilnehmerstaaten bei SALW- und SCA-Hilfsprojekten eingerichtet wurde. Das KVZ legte in Einklang mit diesem Beschluss eine Datenbank an, in der die von den OSZE-Teilnehmerstaaten und anderen Teilnehmern des Verzeichnisses angegebenen Kontaktstellen gespeichert werden, und verwaltet sie. 2009 übermittelte das KVZ über das Kontaktstellen-Verzeichnis aktualisierte Angaben zu SALW- und SCA-Projekten.

6.3 Vereinbarung mit UNDP

Im Einklang mit dem SALW-Aktionsprogramm der Vereinten Nationen, das regionale Organisationen zur Zusammenarbeit sowie zum Aufbau und zur Stärkung von Partnerschaften ermutigte, um die Ressourcen zur Bekämpfung unerlaubter SALW gemeinsam zu

nutzen, entwickelte die OSZE einen allgemeinen Rahmen für die technische Zusammenarbeit mit UNDP. Im Juni 2006 unterzeichneten die beiden Organisationen eine Vereinbarung, durch die ein allen offenstehender Rahmen für technische Zusammenarbeit im Hinblick auf die Umsetzung von Projekten betreffend SALW und konventionelle Munition geschaffen werden sollte. Aufgrund dieser Vereinbarung wurden 2007 in Belarus und Montenegro zwei gemeinsame Projekte in Angriff genommen.

Im Mai 2008 wurde die Vereinbarung um zwei Jahre bis Juni 2010 verlängert. Im Frühjahr 2009 schlossen die beiden Organisationen die Verhandlungen über die finanziellen und rechtlichen Mechanismen ab, die die gemeinsame Durchführung von Projekten erleichtern werden.

6.4 Hilfsprojekte

6.4.1 Republik Belarus

Auf Grundlage der Vereinbarung zwischen dem OSZE-Sekretariat und UNDP begannen OSZE und UNDP mit der Umsetzung zweier gemeinsamer Projekte in Montenegro und Belarus. Bei dem gemeinsamen Projekt zum Aufbau von Kapazitäten für SALW in Belarus ging es um die Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen. Die erste Phase des Programms zur Verstärkung der Kapazitäten des belarussischen Verteidigungsministeriums für die sichere Aufbewahrung von SALW in vier Lagerstätten soll bis Ende Dezember 2009 abgeschlossen sein. Eine genauere Beschreibung des gemeinsamen OSZE/UNDP-Programms zum Aufbau von Kapazitäten für SALW in Belarus findet sich in Anhang F.

6.4.2 Republik Zypern

Im Oktober 2008 ersuchte der Verteidigungsminister der Republik Zypern die OSZE konkret um Hilfe bei der Vernichtung von 324 MANPADS samt 101 Griffstücken. Die Republik Zypern füllte den OSZE-Fragebogen aus, sodass sich die Größenordnung der Aufgabenstellung genauer abschätzen ließ. Fünf Teilnehmerstaaten unterbreiteten dem KVZ nationale Vorschläge zur Erstellung einer vergleichenden Tabelle und Weiterleitung an die Ständige Mission der Republik Zypern bei der OSZE. Nach Analyse der Zusammenfassung entschied sich das Verteidigungsministerium Zyperns für die Vorschläge des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Zerstörung der Flugkörper sollte in offener Sprenggrube erfolgen. Nach der im März 2009 aufgenommenen Vorbereitungsphase fand vom 9. bis 20. Juni 2009 die eigentliche Beseitigung statt, die von internationalen Beobachtern aus den Teilnehmerstaaten überwacht wurde. Nach erfolgter Zerstörung erhielt die OSZE die Vernichtungsbescheinigung. Eine genauere Beschreibung des Projekts zur Zerstörung von MANPADS in Zypern findet sich in Anhang G.

6.4.3 Kirgisische Republik

Im Februar 2008 richtete die Kirgisische Republik ein Ersuchen an das FSK um Hilfe bei der Verbesserung der Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen von SALW und konventioneller Munition im südlichen Kirgistan, wo die zunehmenden Aktivitäten radikaler Extremistengruppen eine Gefahr für die bestehenden Lagereinrichtungen darstellen. Im Juli 2008 wurde zum Ersuchen ein Fragebogen nachgereicht, der detaillierte Angaben zur Art der erwünschten Hilfeleistung enthielt. Vom 10. bis 14. November 2008 führte das KVZ

unter Beteiligung unabhängiger Experten und von Vertretern der Teilnehmerstaaten in dem Land einen Beurteilungsbesuch durch. In Abstimmung mit den kirgisischen Behörden und dem OSZE-Zentrum in Bischkek erstellen das OSZE-Zentrum in Bischkek und das Konfliktverhütungszentrum einen Projektplan, um die erforderliche Finanzierung sicherzustellen.

6.4.4 Republik Tadschikistan

Im Frühjahr 2009 beendete das OSZE-Zentrum in Tadschikistan das Umfassende Programm für SALW und konventionelle Munition in Tadschikistan. Die Durchführung dieses aus zwei Phasen bestehenden Programms erstreckte sich über den Zeitraum 2005–2009. Phase I des Programms galt der Bewältigung von Problemen mit Überschüssen von SALW und konventioneller Munition sowie der sicheren Verwaltung und dem Schutz der restlichen nationalen SALW- und Munitionsbestände in Duschanbe und Umgebung. Nach dem erfolgreichen Abschluss von Phase I im November 2006 begann das OSZE-Zentrum in Duschanbe mit der Umsetzung von Phase II, wobei der Aktionsradius von der Hauptstadt auf alle Regionen des Landes bis an die Grenze zu Afghanistan ausgedehnt wurde. Phase II des Programms soll im gesamten Hoheitsgebiet Tadschikistan die regionale Stabilität, die Kontrolle über SALW und die Kompetenz der Strafverfolgungsbehörden im Kampf gegen den illegalen Drogenhandel verstärken.

Phase II bestand aus fünf Aufgaben, von denen sich die Aufgaben III und V in erster Linie auf die mechanische Sicherung von SALW-Lagerbeständen beziehen. Eine genauere Beschreibung des Umfassenden SALW- und SCA-Programms der OSZE in Tadschikistan ist in Anhang H enthalten.

6.5 Finanzierung

Aus den Angaben zu den von Gebern bereitgestellten Mitteln geht hervor, dass 2009 für SALW-Projekte 433.918 EUR zugesagt wurden, was weniger als in den Vorjahren ist. Von OSZE-Teilnehmerstaaten gingen von 2005 bis November 2009 für SALW-Projekte Beiträge in Höhe von knapp über 3,4 Millionen EUR ein. Einen Überblick gibt Anhang I. Das Umfassende SALW- und SCA-Programm bietet weiterhin einen flexiblen, schnellen und unterstützenden Mechanismus, mit dem Geberstaaten zur Finanzierung von SALW- und SCA-Projekten beitragen können.

7. Öffnung und Zusammenarbeit

7.1 Operative Unterstützung und Informationsaustausch

Das OSZE-Sekretariat veranstaltet jährliche Gespräche auf Mitarbeiterebene mit den Vereinten Nationen. Dabei informieren die beiden Organisationen einander über die jüngsten Initiativen, sowohl in Bezug auf Normsetzung als auch auf praktische Unterstützung bei SALW.

Darüber hinaus führt das OSZE-Sekretariat alle zwei Jahre Gespräche auf Mitarbeiterebene mit der NATO. Dabei werden eingehend Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Projekten zu SALW und zu konventioneller Munition erörtert. Diese Gespräche dienen dem Informationsaustausch, der Vermeidung möglicher Doppelgleisigkeiten, der Schaffung von Synergien und der Steigerung der Wirksamkeit der Projekte.

Und schließlich hält das OSZE-Sekretariat auch alle zwei Jahre Gespräche auf Mitarbeiterebene mit der EU ab, bei denen ein Informationsaustausch und Diskussionen zu einem breiten Themenspektrum stattfinden.

Die OSZE tauscht mit anderen internationalen Organisationen Informationen über ihre Projektaktivitäten und über die Ergebnisse ihrer normativen Tätigkeit im SCA-Bereich aus. Auf Initiative der OSZE fand am 27. November 2008 in Wien ein eintägiges Treffen mit anderen internationalen Organisationen statt, um die Koordination der Bemühungen im Zusammenhang mit SALW- und SCA-Projekten zu verbessern. Dieses erstmals abgehaltene Treffen diente dem Zweck, (1) eine Bestandsaufnahme der von internationalen Organisationen durchgeführten SALW- und SCA-Projekte vorzunehmen und (2) den Vorschlag der OSZE, solche Koordinierungstreffen in regelmäßigen Abständen abzuhalten, zu erörtern. Dieser Vorstellung schlossen sich alle Vertreter internationaler Organisationen an. Für derartige Treffen wurden die folgenden allgemeinen Modalitäten vereinbart:

- Es werden zweimal jährlich eintägige informelle Koordinationstreffen abgehalten.
- Das nächste Koordinationstreffen wird in sechs Monaten von der NATO veranstaltet, die auch den Vorsitz führen wird.
- Der Themenbereich dieser Treffen kann gegebenenfalls auf einschlägige, über SALW und SCA hinausgehende Projekte und Fragen ausgeweitet werden.

Das zweite Treffen im Rahmen der Koordinierungsinitiative wurde im Juli 2009 in NATO-Räumlichkeiten abgehalten. Das nächste Treffen wird voraussichtlich von SEESAC in Belgrad veranstaltet werden.

7.2 Informationsbroschüre und Dokumentarfilm

Um die Hilfsprojekte des FSK für SALW und Lagerbestände konventioneller Munition einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, gab die Abteilung für FSK-Unterstützung eine Informationsbroschüre zu diesen Projekten heraus. Ferner wurde eine aktualisierte Fassung des zehnminütigen Dokumentarfilms in Englisch und Russisch produziert, in dem die jüngsten SALW- und CA-Projekte samt Raketentreibstoffkomponente Mélange vorgestellt werden. Die aktualisierte Fassung des Films über die Hilfsprojekte des FSK soll auf dem Ministerratstreffen in Athen vorgestellt werden.

8. Schlussfolgerungen

8.1 Normsetzende Tätigkeit zu SALW

Das SALW-Dokument der OSZE und seine Umsetzung erfüllt auch weiterhin eine wichtige Funktion im OSZE-Raum als normsetzendes Dokument. Ein Vorschlag zur Aktualisierung von FSK-Beschluss Nr. 15/02 war die Sachfrage, mit der sich das FSK 2009 auseinandersetzte. Besonders groß waren die Bemühungen zur Umsetzung von Ministerratsbeschluss Nr. 11/08 in Form einer Tagung zur Überprüfung des SALW-Dokuments gipfelten. Die Überprüfungstagung förderte einige mögliche Lücken in den OSZE-Verpflichtungen zutage und mündete in einer Vielzahl konkreter Vorschläge für seine weitere

Verbesserung. Das legte den Schluss nahe, dass die OSZE eine Aktualisierung ihres SALW-Dokuments überlegen sollte, wenn sie auch in Zukunft an vorderster Front in den internationalen Bemühungen im Kampf gegen illegale SALW tätig sein möchte. 2009 war die Beteiligung an der Durchführung des regelmäßigen Informationsaustauschs zu OSZE-Dokumenten signifikant niedriger als in den Vorjahren.

8.2 Praktische Hilfe im Bereich von SALW

Eine ganz wichtige Tätigkeit der OSZE ist nach wie vor die Umsetzung des SALW-Dokuments der OSZE in Form praktischer Maßnahmen in Beantwortung von Hilfeersuchen von Teilnehmerstaaten. Zwei Projekte wurden erfolgreich abgeschlossen (Tadschikistan und Zypern), ein weiteres ist nach wie vor im Gange (Belarus), und die Erstellung eines Projektplans ist in der Endphase (Kirgisistan). Die von Gebern 2009 zugesagten Finanzierungsmittel sind auf den geringsten Stand seit fünf Jahren gesunken, doch steht dem ein großer Finanzierungsbedarf für laufende und mögliche künftige Projekte gegenüber. OSZE und UNDP haben die Verhandlungen über eine Vereinbarung betreffend finanzielle und rechtliche Mechanismen, die eine gemeinsame Durchführung von Projekten erleichtern, beendet. Die Schritte zur Verstärkung der Wirksamkeit von SALW-Maßnahmen durch regelmäßige regionale Zusammenarbeit und informelle Koordinierung mit anderen internationalen Organisationen gehen weiter.

9. Anhänge

- Anhang A: Überblick über den jeweils einmaligen Austausch von SALW-Informationen über Verfahren zur Kennzeichnung, Ausfuhrkontrolle, Lagerverwaltung und Vernichtung
- Anhang B: Überblick über den jährlichen Austausch von Informationen über die Ein- und Ausfuhr von SALW sowie überschüssige bzw. beschlagnahmte und vernichtete SALW
- Anhang C: Vernichtung von SALW im OSZE-Raum
- Anhang D: Von der OSZE im Zeitraum Dezember 2008 bis November 2009 organisierte SALW-Tagungen, -Seminare und -Konferenzen
- Anhang E: Teilnahme an Veranstaltungen anderer internationaler Organisationen und an gemeinsam organisierten Veranstaltungen
- Anhang F: OSZE/UNDP-Programm zum Aufbau von Kapazitäten für SALW in Belarus
- Anhang G: Zerstörung von MANPADS in Zypern
- Anhang H: Umfassendes Programm der OSZE betreffend SALW und SCA in Tadschikistan
- Anhang I: Geber für SALW-Projekte

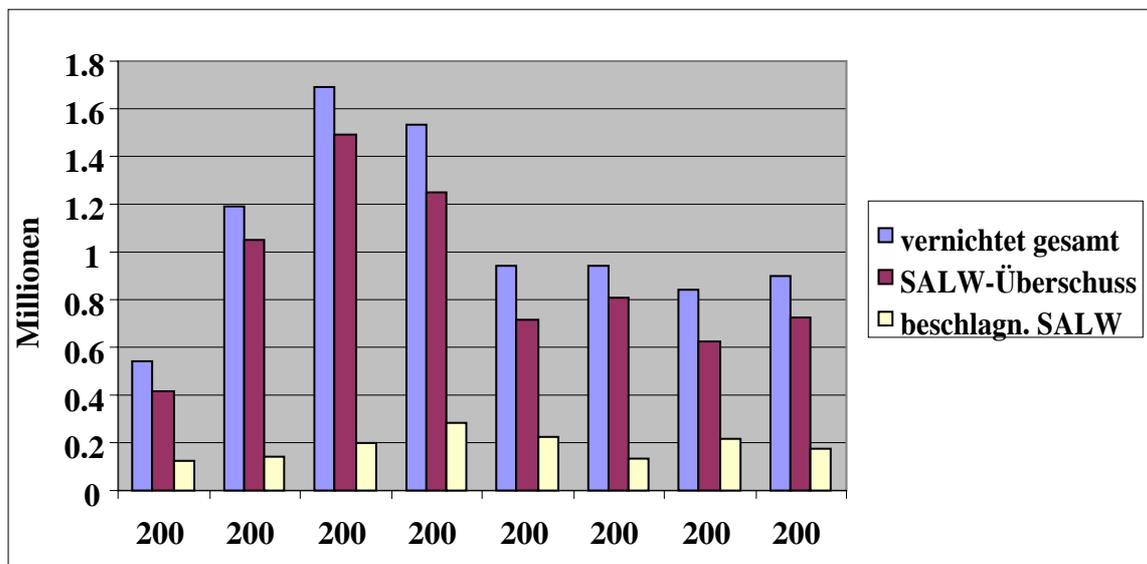
Anhang A: Überblick über den jeweils einmaligen Austausch von SALW-Informationen über Verfahren zur Kennzeichnung, Ausfuhrkontrolle, Lagerverwaltung und Vernichtung

Referenz (Absatz)	Textstelle, die jeweilige Umsetzungsmaßnahme betreffend	Aktueller Stand	
		Austausch bisher	Aktualisierung 2009
Abschnitt II (D) 1 (seit 30. Juni 2001)	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, einen Informationsaustausch über ihre bei der Herstellung bzw. der Einfuhr von Kleinwaffen verwendeten innerstaatlichen Kennzeichnungssysteme sowie über nationale Verfahren zur Kontrolle der Herstellung solcher Waffen durchzuführen.	53 Teilnehmerstaaten	6 Teilnehmerstaaten
Abschnitt III (F) 2 (seit 30. Juni 2001)	Die Teilnehmerstaaten werden untereinander vorhandene Informationen über einschlägige innerstaatliche Rechtsvorschriften und die geltende Praxis betreffend Ausfuhrpolitik, -verfahren und -dokumentation und über die Kontrolle der internationalen Vermittlungsgeschäfte mit Kleinwaffen austauschen, damit durch einen derartigen Austausch das Bewusstsein für die „Best Practice“ in diesen Bereichen gestärkt wird.	52 Teilnehmerstaaten	5 Teilnehmerstaaten
Abschnitt IV (E) 2 (seit 30. Juni 2002)	Die Teilnehmerstaaten werden Informationen allgemeiner Art über ihre innerstaatlichen Verfahren zur Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen austauschen. Das FSK wird die Frage der Erstellung eines Praxisleitfadens prüfen, der eine effiziente Verwaltung und Sicherung der Lagerbestände fördern soll.	52 Teilnehmerstaaten	3 Teilnehmerstaaten
Abschnitt IV (E) 3 (seit 30. Juni 2001)	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, Informationen über ihre Methoden und Verfahren zur Vernichtung von Kleinwaffen auszutauschen. Das FSK wird die Frage der Erstellung eines Praxisleitfadens für die Methoden und Verfahren zur Vernichtung von Kleinwaffen prüfen.	51 Teilnehmerstaaten	2 Teilnehmerstaaten

Anhang B: Überblick über den jährlichen Austausch von Informationen über die Ein- und Ausfuhr von SALW sowie überschüssige bzw. beschlagnahmte und vernichtete SALW

Referenz (Absatz)	Textestelle, die jeweilige Umsetzungsmaßnahme betreffend	Stand 2009	
		2008	2009
Abschnitt III (F)1	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, einen gegenseitigen Informationsaustausch über die im jeweils abgelaufenen Kalenderjahr durchgeführten Kleinwaffenausfuhren in andere Teilnehmerstaaten und Kleinwaffeneinfuhren aus diesen vorzunehmen. Sie vereinbaren ferner, Mittel und Wege zur weiteren Verbesserung des Informationsaustauschs in Bezug auf den Transfer von Kleinwaffen zu prüfen.	46 Teilnehmerstaaten	43 Teilnehmerstaaten
Abschnitt IV (C) 1 Abschnitt IV (E) 1	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, dass Kleinwaffen vorzugsweise durch Vernichtung zu beseitigen sind. Die Teilnehmerstaaten kommen überein, verfügbare Informationen über Kategorie, Unterkategorie und Anzahl der auf ihrem Hoheitsgebiet im jeweils abgelaufenen Kalenderjahr für überschüssig erklärten bzw. beschlagnahmten und vernichteten Kleinwaffen zu übermitteln.	35 Teilnehmerstaaten	33 Teilnehmerstaaten

Anhang C: Vernichtung von SALW im OSZE-Raum²



Anhang D: Von der OSZE im Zeitraum Dezember 2008 bis November 2009 organisierte SALW-Tagungen, -Seminare und -Konferenzen

OSZE-Tagung zur Überprüfung des SALW-Dokuments und der ergänzenden Beschlüsse

Nähere Informationen finden sich in Abschnitt 3.

Sonstige Veranstaltungen

Vorträge zu SALW im Rahmen des Sicherheitsdialogs des FSK

Der FSK-Vorsitz lädt regelmäßig Gastredner ein, die Vorträge im Forum, unter anderem auch zu SALW-Fragen, halten. 2009 wurden folgende SALW-bezogenen Vorträge gehalten:

- Vortrag von Peter Croll, Direktor des Bonn International Center for Conversion (BICC) über „Konversion und Reform des Sicherheitssektors in Reformländern und nach Konflikten – Erfahrungen des Bonn International Center for Conversion“
- Vortrag von E. Kirkham (Saferworld) über „Verhinderung der Umlenkung von Kleinwaffen und leichten Waffen – Themen und Prioritäten für verstärkte Kontrollen“

Ausstellung beim Ministerratstreffen in Helsinki

Am Rande des Ministerratstreffens in Helsinki im Dezember 2008 stellte die Abteilung für FSK-Unterstützung Fotos von SALW- und CA-Hilfsprojekten des FSK aus.

2 Hinweis: In Fällen, in denen Teilnehmerstaaten keinen Unterschied zwischen überschüssigen und beschlagnahmten Waffen machen, wurden diese in der Statistik als überschüssig ausgewiesen.

Die Ausstellung zeigte verschiedene Phasen der Projektbewertung und -umsetzung in den unterstützten Ländern, darunter Belarus, Georgien, Kasachstan, Montenegro, Tadschikistan und die Ukraine.

Anhang E: Teilnahme an Veranstaltungen anderer internationaler Organisationen und an gemeinsam organisierten Veranstaltungen

Die OSZE setzte ihre aktive externe Koordinierung und Zusammenarbeit mit anderen regionalen und internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft fort und nahm unter anderem auch an Veranstaltungen teil, die von anderen Akteuren organisiert wurden.

2009 setzten Vertreter des KVZ ihre Aktivitäten zur Förderung der Öffnung der OSZE fort und nahmen zu diesem Zweck an Veranstaltungen teil, die von anderen internationalen und regionalen Organisationen organisiert wurden. Im Folgenden sind die Seminare und Arbeitstagen angeführt, bei denen Vorträge gehalten wurden.

Teilnahme des FSK der OSZE an SALW-bezogenen Veranstaltungen anderer internationaler und regionaler Organisationen im Jahr 2009		
Datum	Titel	Ort
5. und 6. Mai	RARS (<i>Regional Approach to Stockpile Reduction</i>) Arbeitstagung zu SALW	Zagreb
1. und 2. Juli	NATO-Arbeitstagung zu SALW-Vermittlungsgeschäften	Brüssel
3. Juli	Treffen mit anderen internationalen Organisationen zur Koordinierung von SALW- und SCA-Projekten	Brüssel
15. und 16. Juli	Arbeitstagung zum Start der Konzeptphase des ISACS-Projekts	Genf
5. und 6. Oktober	Arbeitstagung zu möglichen Aktionen, die über das Instrument für Stabilität im Bereich der Verhütung, Bekämpfung und Kontrolle des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen finanziert werden	Brüssel
3. und 5. November	RASR-Arbeitstagung zu konventionellen Waffen und konventioneller Munition	Budva

Anhang F: OSZE/UNDP-Programm zum Aufbau von Kapazitäten für SALW-Projekte in Belarus

Die OSZE und die Regierung von Belarus vereinbarten, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) mit der Durchführung der Pilotphase des Projekts zu betrauen, das von 2007 bis 2009 mit einem Gesamtbudget von rund 600.000 USD umgesetzt werden soll und vier von 16 SALW-Lagerstätten betrifft.

Vom 16. bis 21. November 2008 wurde ein Besuch der Geber organisiert, bei dem der Umsetzungsplan für die Phasen II und III überprüft werden sollte. Neben Vertretern des KVZ

und des OSZE-Büros in Minsk nahmen Vertreter des Vereinigten Königreichs, Norwegens, Spaniens und Schwedens an diesem Besuch teil. Die Geber hatten Gelegenheit, die Vernichtung von fünfzehn tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPADS) in einer der Zerstörungsstätten des Verteidigungsministeriums in Minsk zu beobachten, zwei Stätten der Phase I und drei mögliche Stätten der Phase II zu besuchen und den Stand der Umsetzung von Phase I sowie die Aussichten für die Umsetzung von Phase II des Programms zu erörtern. In Bezug auf die Umsetzung von Phase I kam man überein, aufgrund der mit dem Ausschreibungsverfahren verbundenen Komplikationen den Termin für die Abgabe auf Ende Dezember 2009 zu verschieben. Ferner wurde beschlossen, die Verwendung der geplanten Einsparungen in Höhe von 330.000 USD für die Phase II zu genehmigen. In Bezug auf die Planung von Phase II wurde beschlossen, diese gleichzeitig mit dem Abschluss von Phase I an zwei Stätten in Polotsk und Borowka in Angriff zu nehmen, damit eine kontinuierliche Abwicklung gewährleistet ist. Schließlich wurde beschlossen, die geplanten Arbeiten an zehn anderen Stätten, deren Sicherheit und Schutz verstärkt werden müssen, einer Überprüfung zu unterziehen.

Der Programmleiter des UNDP-Büros in Minsk unterrichtete die Geber und anderen interessierten Delegationen regelmäßig über den aktuellen Stand, um sie über die Fortschritte der Durchführung des Programms auf dem Laufenden zu halten. Das UNDP-Büro in Minsk stellte dieses Projekt insbesondere im Rahmen einer Veranstaltung am Rande der OSZE-Tagung zu Überprüfung des SALW Dokuments der OSZE und der ergänzenden Beschlüsse am 22. September vor und nahm am 23. September am zusätzlichen, für die Geber veranstalteten, Informationstreffen teil.

Zur Unterstützung des OSZE/UNDP-Projekts betreffend SALW in Belarus wurden von den OSZE-Teilnehmerstaaten folgende Beiträge offiziell zugesagt:

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)
Phase I	
Belgien	55.331
Norwegen	309.006
Spanien (direkt an UNDP)	100.000
Schweden (direkt an UNDP)	524.846
Vereinigtes Königreich (direkt an UNDP)	145.000
Phase I gesamt:	1.134.183
Phase II	
Finnland	80.000
Frankreich	15.000
Griechenland	30.000
Norwegen	208.918
Spanien	100.000
Phase II gesamt:	433.918
GESAMT:	1.568.101

Anhang G: Zerstörung von MANPADS in Zypern

Auf der 36. Gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates am 29. Oktober 2008 stellte der Verteidigungsminister der Republik Zypern ein offizielles Ersuchen an die OSZE um technische Hilfe bei der Vernichtung von 324 MANPADS vom Typ 9M32M (STRELA-2M) samt 101 Griffstücken. Im Anschluss daran unterbreiteten fünf Teilnehmerstaaten dem Konfliktverhütungszentrum (KVZ) Vorschläge zur Erstellung einer vergleichenden Tabelle und Weiterleitung an die Ständige Mission der Republik Zypern, die den zyprischen Behörden dabei helfen sollte, eine informierte Entscheidung über die effektive und effiziente Entsorgung von MANPADS im Einklang mit international anerkannten Standards zu treffen. Nach Analyse der Zusammenfassung des KVZ entschied sich das Verteidigungsministerium Zyperns für die Vorschläge des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika. Unter OSZE-Flagge wurde die weitere Beurteilung, Entwicklung und Umsetzung des Projekts durchgeführt, wobei das KVZ diese Schritte mit den zyprischen Behörden, den Experten aus dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten und dem FSK anhand des KVZ-Berichts über den Beurteilungs-/Projektentwicklungsbesuch in der Republik Zypern betreffend die Entsorgung von MANPADS vom 10. bis 12. März 2009 (FSC.GAL/41/09) koordinierte. Der größte Teil der Entsorgungsaktivitäten fand auf der Grundlage des in dem oben erwähnten Bericht enthaltenen Plan für die Umsetzung vom 9. bis 12. Juni 2009 statt.

Das Programm zur Vernichtung der Raketen bediente sich der elektrisch ausgelösten Explosion in offenen Sprenggruben, für die TNT-Blöcke in einzeln geschalteter Abfolge verwendet wurden. Die Griffstücke (Startmechanismen) wurden in einer spezialisierten Werkstatt mittels einer Zerkleinerungstechnik zerstört, um die erforderliche Sprengstoffmenge und den Rückständigeanfall zu reduzieren. Die Batterien wurden durch Eintauchen in Wasser zerstört, die Rückstände durch entsprechende Entsorgungsverfahren beseitigt. Die Gesamtheit der technischen Mittel, der Ausrüstung, des Materials und der Logistik wurde vom zyprischen Verteidigungsministerium zur Verfügung gestellt.

Alle Identifizierungs- und Herstellungskennzeichen auf den MANPADS und Griffstücken wurden registriert, fotografiert und vor der Entsorgung von einem Vertreter der OSZE oder Zyperns überprüft. Nach Abschluss der Entsorgung unterzeichneten die OSZE und das zyprische Verteidigungsministerium ein Zerstörungsprotokoll (siehe Anhang). Dem Projektdurchführungsteam gehörten Vertreter des Konfliktverhütungszentrums, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten sowie Experten der zyprischen Nationalgarde an. Die Reise und Unterbringung der internationalen Experten wurde von den nationalen Regierungen und aus dem ordentlichen Haushalt des KVZ finanziert.

Experten aus dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten sorgten für die Überwachung der Schutzmaßnahmen und die technische Beratung und bestätigten, dass die zyprische Nationalgarde über die Fähigkeiten verfügt, in Zukunft ähnliche Sprengereinsätze in großem Maßstab durchzuführen. Das Personal der zyprischen Nationalgarde legte den ganzen Prozess hindurch ein hohes Niveau an Professionalität an den Tag, sodass die Experten der OSZE kaum eingreifen mussten.

Das Zerstörungsprogramm wurde an einem vorhandenen Sprengplatz der zyprischen Nationalgarde durchgeführt, wo ähnliche Einsätze gang und gäbe sind. Diese Stätte ist so angelegt, dass die ländliche Umgebung nichts von den Auswirkungen der Detonation zu spüren bekommt. Man hatte die Lärmbelästigung mit der örtlichen Bevölkerung im Vorfeld

erörtert und führte auf deren Wunsch nur eine Sprengung pro Tag durch. Auch die Topografie des Sprengplatzes reduzierte die Lärmbelästigung für die in unmittelbarer Nähe lebende Zivilbevölkerung auf ein Minimum. Der Sprengplatz ist weit genug von Oberflächengewässern und der Grundwasserschicht entfernt, wodurch die Gefahr des Versickerns von Schadstoffen ausgeschaltet ist. Der äußerst geringe Kadmiumgehalt im Gefechtskopf stellt für die Umwelt keine nennenswerte Bedrohung dar und liegt unter den von der Nationalgarde akzeptierten Höchstwerten.

Während des ganzen Prozesses hatten die Gespräche mit der örtlichen Bevölkerung und die Information der Öffentlichkeit einen hohen Stellenwert. Am vierten Tag des Vernichtungsprogramms wurde im Beisein der Medien eine Sprengvorführung veranstaltet. Aus diesem Anlass wurden auch Reden gehalten: Es sprachen der Verteidigungsminister der Republik Zypern, Costas Papacostas, der FSK-Vorsitzende Ilija Giorgadse und der Vertreter des griechischen Amtierenden Vorsitizes, Botschafter Vasilis Papaioannou. Alle 56 Teilnehmerstaaten der OSZE waren zur Beobachtung der Zerstörung eingeladen. Vertreter internationaler Organisationen, der örtlichen Bevölkerung und der Medien nahmen ebenfalls an dieser Veranstaltung teil und beobachteten die abschließende Zerstörung. Berichte über dieses Ereignis wurden in den wichtigsten TV-Sendern zur besten Nachrichtenzeit gesendet.

Im November 2009 gab das KVZ den Endbericht über den Abschluss des Projekts heraus. Ebenfalls im November 2009 präsentierte die Delegation Zyperns das Projekt und seine Ergebnisse als Videovorführung im FSK.

Anhang H: Umfassendes Programm der OSZE betreffend SALW und SCA in Tadschikistan

2008 schloss das OSZE-Büro in Tadschikistan den Großteil des Umfassenden SALW- und SCA-Programms in Tadschikistan ab, das im Frühjahr 2009 zur Gänze beendet sein soll. Die Umsetzung des Programms erfolgte in zwei Phasen und dauerte von 2005 bis 2008. Phase I des Programms galt der Bewältigung von Problemen mit Überschüssen von SALW und konventioneller Munition sowie der sicheren Verwaltung und dem Schutz der restlichen nationalen SALW- und Munitionslagerbestände in Duschanbe und Umgebung. Nach dem erfolgreichen Abschluss von Phase I des Programms im November 2006 begann das OSZE-Zentrum in Duschanbe mit der Umsetzung von Phase II, wobei der Aktionsradius von der Hauptstadt auf alle Regionen des Landes bis an die Grenze zu Afghanistan ausgedehnt wurde. Phase II des Programms soll im gesamten Hoheitsgebiet von Tadschikistan die regionale Stabilität, die Kontrolle über SALW und die Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden im Kampf gegen den illegalen Drogenhandel verstärken.

Die für den Zeitraum 2006 bis 2009 geplante Umsetzung der Phase II bestand aus fünf Aufgaben; Aufgaben III und V bezogen sich in erster Linie auf die mechanische Sicherung von SALW-Lagerbeständen in mehr als 30 Lagerstätten, die zu mindestens neun verschiedenen Regierungsstellen gehören. Aufgabe III des Programms unterstützte die nationalen Bemühungen Tadschikistans, die Kapazitäten der tadschikischen Strafverfolgungsbehörden zur Bekämpfung der Bedrohungen und Herausforderungen unserer Zeit, wie organisierte Kriminalität und Drogenhandel, aktiv zu entwickeln. Mit Hilfe von Aufgabe III wurden bestehende Lagermöglichkeiten an die derzeitigen praktischen Erfordernisse sowie an die Standards und bewährten Praktiken der OSZE angepasst. Aufgabe III mit einem Budget von insgesamt 1.206.000 EUR wurde im Frühjahr 2009 abgeschlossen.

Aufgabe V sah für Techniker und Leiter von Lagereinrichtungen eine Zusatzausbildung für SALW und Munition vor. Hauptziel dieser Aus- und Fortbildung war es, den Teilnehmern Kenntnisse und Know-how über die Sicherheitsgrundsätze für die Lagerung militärischer Munition und Sprengstoffe zu vermitteln und sie in Verfahren für die Verwaltung und Lagerung sowohl von CA als auch SALW zu unterweisen. Die Aus- und Fortbildung erfolgte auf Grundlage der besten verfügbaren Verfahren, die Teilnehmer kamen aus allen Regionen und von Regierungsstellen.

2009 informierte das OSZE-Zentrum in Duschanbe das FSK und die Geber über den erfolgreichen Abschluss des Projekts.

Zur Unterstützung der Phasen I und II wurden von den Teilnehmerstaaten folgende Beiträge zugesagt:

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)
Phase I	
Finnland	100.000
Norwegen	30.000
Norwegen	Sachleistung (Entsendung eines leitenden technischen Beraters)
Slowenien	40.000
Schweden	170.575
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (Schulungskurs für mechanische Sicherung und Lagerverwaltung)
Vereinigte Staaten von Amerika	164.000
Phase I gesamt:	504.575
Phase II	
Österreich	30.000
Belgien	50.000
Dänemark	7.000
Finnland	445.000
Luxemburg	40.000
Norwegen	Sachleistung (Entsendung eines leitenden technischen Beraters)
Norwegen	90.000
Schweden	100.000
Spanien	150.000
Schweden (über UNDP)	200.000
Vereinigte Staaten von Amerika	235.800
Phase II	
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (Schulungskurs für mechanische Sicherung und Lagerverwaltung)
Phase II gesamt:	1.347.800
Phase I und II gesamt:	1.852.375

Anhang I: Geber für SALW-Projekte

Die nachstehende Tabelle zeigt die von Delegationen zugesagte finanzielle Unterstützung für die Durchführung von SALW-Projekten im Zeitraum 2005 bis 2009.

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2005		
Finnland	100.000	Tadschikistan, Phase I
Norwegen	30.000	Tadschikistan, Phase I
Norwegen	Sachleistung (Entsendung eines leitenden technischen Beraters)	Tadschikistan, Phase I (SALW und konventionelle Munition)
Slowenien	40.000	Tadschikistan, Phase I
Schweden	170.575	Tadschikistan, Phase I
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (Schulungskurs für mechanische Sicherung und Lagerverwaltung)	Tadschikistan, Phase I
Vereinigte Staaten von Amerika	164.000	Tadschikistan, Phase I
2005 gesamt:	504.575	
2006		
Belgien	50.000	Tadschikistan, Phase II
Belgien	55.331	Belarus, OSZE/UNDP-Projekt
Finnland	100.000	Tadschikistan, Phase II
Norwegen	Sachleistung (Entsendung eines leitenden technischen Beraters)	Tadschikistan, Phase II
Norwegen	60.000	Tadschikistan, Phase II (SALW und konventionelle Munition)
Spanien	100.000	Belarus, OSZE/UNDP-Projekt
Schweden	100.000	Tadschikistan, Phase II
Schweden	524.846	Belarus, OSZE/UNDP-Projekt
Vereinigtes Königreich	145.000	Belarus, OSZE/UNDP-Projekt
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (Schulungskurs für mechanische Sicherung und Lagerverwaltung)	Tadschikistan, Phase II
Vereinigte Staaten von Amerika	235.800	Tadschikistan, Phase II
2006 gesamt:	1.370.977	
2007		
Norwegen	309.006	Belarus
Norwegen	Sachleistung (Entsendung eines leitenden technischen Beraters)	Tadschikistan, Phase II
Spanien	150.000	Tadschikistan, Phase II

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2007		
Schweden (über UNDP)	200.000	Tadschikistan, Phase II
2007 gesamt:	659.006	
2008		
Österreich	30.000	Tadschikistan, Phase II
Dänemark	7.000	Tadschikistan, Phase II
Finnland	345.000	Tadschikistan, Phase II
Luxemburg	40.000	Tadschikistan, Phase II
Norwegen	30.000	Tadschikistan, Phase II
2008 gesamt:	452.000	
2009		
Finnland	80.000	Belarus, Phase II
Frankreich	15.000	Belarus, Phase II
Griechenland	30.000	Belarus, Phase II
Norwegen	208.918	Belarus, Phase II
Spanien	100.000	Belarus, Phase II
2009 gesamt:	433.918	
2005–2009 gesamt:	3.430.476	

**FORTSCHRITTSBERICHT DES FSK-VORSITZES
AN DAS SIEBZEHNTE TREFFEN DES OSZE-MINISTERRATS
ÜBER DIE WEITERE UMSETZUNG DES OSZE-DOKUMENTS
ÜBER LAGERBESTÄNDE KONVENTIONELLER MUNITION**

(MC.GAL/8/09 vom 11. November 2009)

Zusammenfassung

Dieser Fortschrittsbericht informiert umfassend und sachlich über den derzeitigen Stand der Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagebestände konventioneller Munition (SCA) im Zeitraum November 2008 bis November 2009.¹ Der Bericht greift auch jene konkreten Bereiche heraus, in denen der dringendste Handlungs- bzw. Unterstützungsbedarf besteht. 2009 waren folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

2009 sagten die Teilnehmerstaaten rund 1,2 Millionen Euro für SCA-Projekte zu – das ist nur die Hälfte der im Jahr 2008 zugesagten Beträge.

2009 kamen viele Projekte gut voran, was dazu führte, dass Projekte in Albanien und Tadschikistan abgeschlossen werden konnten.

Die Durchführung des Mélange-Projekts in der Ukraine, eines der größten OSZE-Projekte, die je aus außerbudgetären Mitteln finanziert wurden, hat nun begonnen. Bis Ende 2010 werden über 3000 Tonnen Mélange zur Neutralisation in eine Chemiefabrik in der Russischen Föderation gebracht. Nun muss die zweite Phase des Projekts finanziert werden.

Andere Projekte stehen am Beginn ihrer Durchführung. Auf der Grundlage eines Beurteilungsbesuchs im Jahr 2008 schloss die OSZE ihre Gespräche mit Kasachstan über die Verstärkung seiner Kapazitäten für den Test von Treibladungen ab und hat nun einen Projektvorschlag erarbeitet. Auch der Vorschlag für ein Projekt zur Bereitstellung von Spezialausrüstung für die Beseitigung von nicht zur Wirkung gelangten Kampfmitteln durch das Ministerium für Katastrophenschutz der Ukraine wurde fertiggestellt. Schließlich steht auch das umfassende SALW- und SCA-Programm in Moldau vor dem Abschluss, und für die ersten beiden Projekte werden bereits Sponsoren gesucht. Alle genannten Projekte können beginnen, sobald ausreichende Geldmittel dafür eingegangen sind.

Leider wurden 2009 aufgrund der Schließung der OSZE-Mission in Georgien alle laufenden und geplanten Projekte ausgesetzt.

Nach einem neuen Hilfersuchen Albaniens im Jahr 2009 befasst sich die OSZE nun mit insgesamt 13 SCA-Ersuchen.

Die Zusammenarbeit zwischen UNDP und OSZE wurde 2009 nach dem Abschluss der Verhandlungen über finanzielle und rechtliche Mechanismen, durch die die gemeinsame Projektumsetzung erleichtert werden soll, verstärkt. Dieses Abkommen wird als Vorlage für alle zukünftigen Mitteltransfers zwischen den Organisationen dienen.

¹ Abgabefrist für Beiträge zu diesem Bericht war der 6. November 2009.

Die Koordinierung der Bemühungen mit anderen internationalen Organisationen wurde sowohl hinsichtlich der Projektaktivitäten als auch im normativen Bereich zu SCA- und SALW-Themen verstärkt. Die diesbezüglichen Sitzungen können gegebenenfalls auf einschlägige Projekte und Fragen in anderen Bereichen als SALW und SCA ausgeweitet werden.

Der Bericht kommt zwar zu dem Schluss, dass 2009 ein erfolgreiches Jahr war, betont allerdings auch die Notwendigkeit für die Bereitstellung weiterer Geldmittel im Jahr 2010. Projekte zur Unbrauchbarmachung oder zur sicheren Lagerung von Munition und Waffen gehören zu den konkretesten und sichtbarsten Erfolgen der Arbeit der OSZE. SCA-Projekte sind von großem Wert in der Öffentlichkeitsarbeit und für die Organisation als solche daher sehr wichtig. Die OSZE hat eine Reihe wichtiger Projekte, die dringend finanziert werden müssen. Die Teilnehmerstaaten werden daher eindringlich ersucht, Beiträge zu diesen Projekten ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

1. Einleitung

Auf dem letzten Ministerratstreffen in Helsinki wurde das OSZE-Forum für Sicherheitskooperation (FSK) ersucht, über seinen Vorsitz dem Siebzehnten Treffen des Ministerrats einen Fortschrittsbericht über die weitere Umsetzung des OSZE-Dokuments über SCA vorzulegen (MC.DEC/11/08). Im vorliegenden Bericht werden die laufenden Bemühungen in Bezug auf die Probleme mit Munitionslagerbeständen beschrieben. Der Bericht enthält Schlussfolgerungen und schlägt Schwerpunktbereiche vor.

Man ist sich darüber im Klaren, dass überschüssige Lagerbestände konventioneller Munition, darunter die Raketentreibstoffkomponente Mélange, die Sicherheit und Stabilität von Ländern und Regionen beeinträchtigen. Seit 1995 wurden weltweit mindestens 215 Fälle von Explosionen in Munitionslagern bekannt oder vermutet.² Allein 2009 kam es in mindestens vier Teilnehmerstaaten zu Munitionsexplosionen, bei denen zumindest zehn Personen im OSZE-Raum ums Leben kamen. Das unterstreicht die Notwendigkeit, zum Thema Lagerbestände konventioneller Munition verstärkt zusammenzuarbeiten. Die OSZE hat eine solide Grundlage für die Bewältigung des Problems von Lagerbeständen konventioneller Munition entwickelt, deren Lagerbedingungen nicht den Mindestsicherheitsstandards entsprechen. Derzeit ist das Forum mit Ersuchen zu dieser Frage aus 13 Ländern befasst.

Mangels einer Rechtspersönlichkeit der OSZE muss bei der Durchführung solcher Projekte besonders auf die erhöhten Risiken und möglichen Haftungsfragen geachtet werden. Es ist jedoch keine Option, nichts zu tun, denn das könnte Leben kosten und möglicherweise eine Umweltkatastrophe verursachen. Daher betrachtet das Forum Präventivmaßnahmen wie die Unbrauchbarmachung und Verbesserung der Lagereinrichtungen als die insgesamt klügere und weniger kostspielige Vorgehensweise.

2009 setzte die OSZE die praktische Hilfestellung für die Teilnehmerstaaten fort. Wie in dem Bericht ausgeführt, konnte die OSZE den Ersuchen von Teilnehmerstaaten nachkommen und sie dabei unterstützen, nationale Kapazitäten aufzubauen oder diese zu

2 Quelle: Bericht „The Threat from Explosive Events in Ammunition Storage Areas“ von Explosive Capabilities Limited (Ausgabe 2009/5).

verstärken, indem sie ihnen Fachwissen zur Verfügung stellte, technische und finanzielle Ressourcen mobilisierte und Projekte durchführte, unter anderem in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen.

2. Zielsetzung

Dieser Bericht soll über den neuesten Stand der Umsetzung der von allen Teilnehmerstaaten im SCA-Dokument vereinbarten allgemeinen Grundsätze für konventionelle Munition informieren. Er beschreibt auch, wie die auf Hilfsersuchen von Teilnehmerstaaten hin durchgeführten Projekte für konventionelle Munition vorankamen. Der Bericht behandelt den Zeitraum November 2008 bis November 2009 (alle Einzelheiten über die OSZE-Aktivitäten in Bezug auf konventionelle Munition finden sich in MC.GAL/4/05, MC.GAL/5/06, MC.GAL/6/07 und MC.GAL/3/08/Rev.2).

Der Bericht soll vor allem einen Überblick über den Stand der Projekte und der Praxisleitfäden bieten und auf jene Probleme aufmerksam machen, die in naher Zukunft die Umsetzung der im Rahmen des SCA-Dokuments durchgeführten OSZE-Projekte gefährden könnten.

3. Nationale Maßnahmen

3.1 Nationale Maßnahmen in Bezug auf Lagerbestände konventioneller Munition

Das SCA-Dokument der OSZE definiert Bereiche, in denen alle Teilnehmerstaaten ihre Verantwortung wahrnehmen müssen. Dazu zählen die Verwaltung und Sicherung nationaler Lagerbestände konventioneller Munition, die Verwaltung von Sprengstoffen und Zündmitteln und die Ermittlung und Reduzierung von Überschüssen.

3.2 Ausarbeitung von Praxisleitfäden

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) veranlasste 2009 nach Genehmigung des Dokuments mit dem Titel *Liquid Rocket Fuel in the OSCE Area: Overview of Disposal Aspects* (FSC.DEL/443/07/Rev.2) die Übersetzung des Dokuments in die russische Sprache und leitete es den Teilnehmerstaaten, internationalen Organisationen und anderen interessierten Seiten zu.

4. Hilfestellung durch die OSZE gemäß dem SCA-Dokument

Seit 2003 gingen bei der OSZE 25 Ersuchen um Hilfestellung im SCA-Bereich aus 13 Teilnehmerstaaten ein. Konkret handelt es sich um sechs Ersuchen um Hilfestellung bei der Sicherung und dem Schutz von Munitionslagerbeständen, neun Ersuchen um Hilfe bei der Vernichtung von Munition, sieben Ersuchen um Hilfe bei der Entsorgung der Raketentreibstoffkomponente *Mélange* und drei Ersuchen um Hilfe bei der Entsorgung nicht zur Wirkung gelangter Kampfmittel und explosiver Kampfmittelrückstände.

In Beantwortung der Hilfeersuchen von Teilnehmerstaaten setzte die OSZE 2009 die Durchführung von Projekten betreffend konventionelle Munition fort. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag in diesem Jahr auf der Durchführung vieler Projekte.

4.1 Ersuchen um Hilfestellung bei der Entsorgung konventioneller Munition

4.1.1 Ersuchen in der Beurteilungs- bzw. Projektentwicklungsphase

2009 wurden alle laufenden und geplanten Projekte in Georgien aufgrund der Statusfrage der OSZE-Mission in Georgien gestoppt. Nachdem der griechische Amtierende Vorsitz der OSZE im Oktober 2009 grünes Licht für die Fortsetzung der Projektaktivitäten gegeben hatte, sondiert das OSZE-Sekretariat derzeit verschiedene Möglichkeiten, wie die Aktivitäten zur Vernichtung von Munition in Georgien mit Hilfe von Durchführungspartnern wieder aufgenommen werden können.

Die OSZE setzte 2009 ihre Gespräche mit Kasachstan über mögliche Projekte zur Unterstützung der nationalen Aktivitäten des kasachischen Verteidigungsministeriums zur Unbrauchbarmachung von Munition fort. Nach dem Beurteilungsbesuch vom 8. bis 10. September 2008 zur Bewertung der Liste von Ausrüstungsgegenständen, um die Kasachstan ersucht hatte, um für den Test von Treibladungen besser gerüstet zu sein, wurde ein Projektvorschlag entwickelt. Das Projekt soll 2010 durchgeführt werden, sofern ausreichende Finanzierungsmittel einlangen.

Im Anschluss an die Hilfeersuchen Moldaus sowie an die Beurteilungs- und technischen Besuche in den Jahren 2006–2008 legt die OSZE-Mission in Moldau gemeinsam mit dem KVZ derzeit letzte Hand an das Umfassende OSZE-Programm für Moldau, das zum derzeitigen Stand folgende Aufgaben umfassen wird:

- Errichtung einer neuen Munitionslagereinrichtung in Bulboaca
- Aufrüstung von Lagereinrichtungen für SALW und Munition (Floresti, Cahul, Balți, Chișinău)
- Beschaffung und Ausrüstung eines mobilen Systems für die Sichtprüfung konventioneller Munition
- Zerstörung von Streubomben
- Zerstörung von Luftbomben
- Entsorgung von 19 R60-Luft-Boden-Raketen
- Entsorgung von 5V28-Boden-Luft-Raketen
- Schulung für Munitionstechniker

Die ersten zwei Projekte wurden bereits in IRMA eingegeben und können in Angriff genommen werden, sobald eine ausreichende Finanzierung sichergestellt ist. Andere Projekte werden in Kürze folgen.

2008/2009 gab es mangels potenzieller Geber keine nennenswerten Fortschritte in Bezug auf das Hilfeersuchen von Belarus.

Die Kirgisische Republik stellte im Februar 2008 beim FSK ein Ersuchen um Unterstützung bei der Verbesserung der Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen von SALW und konventioneller Munition im Süden des Landes, wo die zunehmenden Aktivitäten radikaler Extremistengruppen eine Gefahr für die bestehenden Lagereinrichtungen darstellen. Im Juli 2008 wurde zum Ersuchen ein Fragebogen nachgereicht, der detaillierte Informationen über die Art der erwünschten Hilfeleistung enthielt. Vom 10. bis 14. November 2008 führte das KVZ unter Beteiligung unabhängiger Experten und von Vertretern der Teilnehmerstaaten in dem Land einen Beurteilungsbesuch durch. In Abstimmung mit den kirgisischen Behörden und dem OSZE-Zentrum in Bischkek entwickeln das OSZE-Zentrum in Bischkek und das Konfliktverhütungszentrum einen Projektplan, um die erforderliche Finanzierung sicherzustellen.

Nach Fertigstellung des Plans zur Unbrauchbarmachung von Munition im September 2008 reichte Albanien bei der OSZE ein Ersuchen um Hilfestellung bei der Aufrüstung und Modernisierung entsprechender Entsorgungseinrichtungen in Mjebes und Poliçan ein. Daraufhin entwickelte die OSZE-Präsenz in Albanien mit Genehmigung der albanischen Regierung ein Projekt zur Unterstützung des Verteidigungsministeriums bei der Modernisierung und Aufrüstung ihrer vorhandenen Entsorgungseinrichtungen. Dieses Projekt sieht die Beschaffung und Aufstellung von sechs hydroabrasiven Bandsägen vor, durch die die derzeitige Entsorgungsrate der Regierung verdoppelt wird. Das Projekt soll im Frühjahr/Sommer 2010 abgeschlossen werden.

4.1.2 Projekte in der Umsetzungsphase

Im Februar 2007 ersuchte Montenegro die OSZE um Unterstützung bei der Vernichtung überschüssiger Munition, der Verbesserung der Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen und der Beseitigung toxischer Chemikalien (Raketentreibstoffkomponenten und eine Napalmkomponente).³ Gestützt auf die Vereinbarung zwischen dem OSZE-Sekretariat und UNDP wurde ein von UNDP geleitetes Programm zur Unbrauchbarmachung von Munition in Montenegro (MONDEM) eingerichtet. Die OSZE leistet politische Unterstützung, liefert das technische Know-how für die Durchführung des Projekts zur Beseitigung toxischer Chemikalien und stellt die Finanzierung bereit. Das Programm sollte ursprünglich in den Jahren 2007–2009 umgesetzt werden, die Frist für die Fertigstellung wurde jedoch bis 31. Dezember 2010 verlängert.

Im Mai 2009 schloss das Verteidigungsministerium Montenegros die im MONDEM-Programm vorgesehene Vernichtung schwerer Waffensysteme ab. Nach der Zerstörung von 61 Panzern im Juli 2007 zerstörte das Verteidigungsministerium 7 gepanzerte Fahrzeuge, 24 Haubitzen und 60 Artilleriekanonen. Der Erlös aus dem Verkauf von Schrott wurde vom Verteidigungsministerium Montenegros wieder in das Programm eingebracht, um andere Aufgaben des Programms zu finanzieren.

Die zweite Komponente des MONDEM-Programms soll Probleme im Zusammenhang mit der sicheren Lagerung und Verwaltung in den Munitionslagerbereichen lösen. Durch dieses Projekt soll die Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen an SALW

3 Das Projekt zur Entsorgung von Giftmüll in Montenegro wurde im November 2008 abgeschlossen.

(konventioneller Munition) in Montenegro auf ein Niveau angehoben werden, das sowohl den nationalen Erfordernissen als auch den in den *Integrated Disarmament, Demobilization and Reintegration Standards* (IDDRS) der Vereinten Nationen und im SALW-Praxisleitfaden der OSZE zur Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen enthaltenen Empfehlungen entspricht. 2008–2009 machte das UNDP-Projektteam Fortschritte bei der Verbesserung der Infrastruktur und der Einrichtungen an den zwei Lagerstätten in Brezovik und Taras. Dieses MONDEM-Projekt wird über UNDP-Geber finanziert.

Was das von der OSZE unterstützte Projekt zur Unbrauchbarmachung überschüssiger konventioneller Munition betrifft, so wurde dieses konzipiert, um rund 9900 Tonnen konventioneller Munition sicher, effizient und effektiv im Einklang mit allen maßgeblichen internationalen und EU-Rechtsvorschriften betreffend Umwelt und Sicherheit und somit entsprechend den „besten internationalen Methoden“ zu entsorgen (unbrauchbar zu machen). Die endgültige Liste der zu vernichtenden Munition wurde bereits genehmigt. Im Mai 2009 unterzeichneten UNDP, OSZE und Verteidigungsministerium eine Vereinbarung, die den Startschuss zu den Aktivitäten zur Unbrauchbarmachung von Munition gab. Inzwischen verringerte sich die ursprüngliche Menge von konventioneller Munition, da Teile der überschüssigen Lagerbestände an konventioneller Munition vom Verteidigungsministerium Montenegros verkauft wurden. Phase I der Munitionsvernichtung wird im Frühjahr 2010 mit der Unbrauchbarmachung von rund 1,8 Millionen Stück Munition abgeschlossen sein. Es laufen bereits die Vorarbeiten für die Durchführung von Phase II des Projekts, die im März 2010 beginnen soll.

Im März 2009 beendete die OSZE erfolgreich die Verhandlungen über die Vereinbarung zur Regelung des Mitteltransfers zwischen den Organisationen, worauf die OSZE die von OSZE-Gebern zum MONDEM-Programm des UNDP beigetragenen 345.000 Euro freigeben und überweisen konnte. Es wird davon ausgegangen, dass die Vereinbarung als Vorlage für alle weiteren Mitteltransfers an UNDP dienen wird.

Nähere Informationen über die Finanzierungsquellen finden sich in Anhang B.

Im Frühjahr 2009 beendete das OSZE-Zentrum in Tadschikistan das Umfassende Programm für SALW und konventionelle Munition in Tadschikistan. Die Durchführung dieses aus zwei Phasen bestehenden Programms erstreckte sich über den Zeitraum 2005–2009. Phase I des Programms galt der Bewältigung von Problemen mit Überschüssen von SALW und konventioneller Munition sowie der sicheren Verwaltung und dem Schutz der restlichen nationalen SALW- und Munitionsbestände in Duschanbe und Umgebung. Nach dem erfolgreichen Abschluss von Phase I im November 2006 begann das OSZE-Zentrum in Duschanbe mit der Umsetzung von Phase II, wobei der Aktionsradius von der Hauptstadt auf alle Regionen des Landes bis an die Grenze zu Afghanistan ausgedehnt wurde. Phase II des Programms soll im gesamten Hoheitsgebiet Tadschikistans die regionale Stabilität, die Kontrolle über SALW und die Kompetenz der Strafverfolgungsbehörden im Kampf gegen den illegalen Drogenhandel verstärken.

Die zwei restlichen Aufgaben der Phase II wurden 2009 abgeschlossen.

Aufgabe IV. Verbesserung der Sicherung von Lagerbeständen konventioneller Munition im Auftrag des Verteidigungsministeriums

Das Hauptziel des Projekts war es, durch die Sicherung und den Schutz der im Lager befindlichen SALW und konventionellen Munition in Tadschikistan einen Beitrag zur regionalen Stabilität in Zentralasien zu leisten und die Kompetenz der Regierungsbehörden im Bereich der Strafverfolgung zu stärken, die Gefahren und Risiken eines Missbrauchs von SALW und Munition für den Menschen zu verringern und ihre Verbreitung einzudämmen. Dank diesem Projekt wurden die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das System zur Sicherung und Verwaltung von SALW- und Munitionslagerbeständen im Einklang mit den Standards und bewährten Praktiken der OSZE betrieben werden kann. Die Entwicklung von Kapazitäten für die Sicherung und den Schutz von Lagerbeständen von SALW und konventioneller Munition war für die Ministerien und Regierungsstellen auf regionaler Ebene in Chorog (autonome Oblast Gorno-Badachschan), der Stadt Kuljeb (Region Chatlon), der Stadt Kurgan-Tjube (Region Chatlon), im Bezirk Garm (Rascht-Tal), und in den Städten Chudschan und Tschkalowsk (Region Sogd) bestimmt.

Der Bau der Lagereinrichtung für konventionelle Munition wurde im Dezember 2008 fertiggestellt.

Aufgabe V. Ausbildung von Munitionstechnikern und Ausbildung in mechanischer Sicherung und Verwaltung von Lagerbeständen konventioneller Munition

Hauptziel des Projekts war es, durch das Angebot kombinierter Kurse für Munitionstechniker und für die mechanische Sicherung und Verwaltung von Lagerbeständen von SALW, die in Tadschikistan für mindestens 25 Lagerverwalter und Lagerarbeiter geplant sind, einen Beitrag zur Sicherung und zum Schutz von Lagereinrichtungen für SALW und konventionelle Munition in Tadschikistan zu leisten.

Bei der Ausbildung wurden genaue Kenntnisse und Know-how über die Sicherheitsgrundsätze für die gefahrlose Lagerung von Militärmunition und Sprengstoffen sowie über Managementverfahren für Lagerbestände konventioneller Munition und SALW vermittelt und das praktische Wissen der Teilnehmer verbessert.

Die Kurse bauten auf den außerhalb des Landes verfügbaren besten Methoden auf und sollten die mit der Durchführung des Programms für SALW und konventionelle Munition befassten Kursteilnehmer aus allen Regionen und Regierungsdienststellen in die tadschikische Hauptstadt Duschanbe bringen. Es wurden sowohl allgemeine Einführungs- als auch weiterführende Kurse angeboten. Das OSZE-Büro in Tadschikistan bereitete das Schulungsmaterial vor, suchte die Teilnehmer aus und lud einen internationalen Experten zur Unterstützung der Ausbildung ein.

Dank dieser Ausbildung verfügen die tadschikischen Regierungsbehörden über mindestens 27 fachlich geschulte Kräfte, die in der Lage sind, die OSZE-Standards und bewährten Praktiken für die Sicherung und Verwaltung von Lagerbeständen an SALW und konventioneller Munition in ihren Dienststellen anzuwenden. Das Projekt wurde im Dezember 2008 beendet. Ausführliche Informationen über die Finanzierungsquellen finden sich in Anhang B.

Im Oktober 2007 ersuchte das ukrainische Ministerium für Katastrophenschutz um Unterstützung durch Bereitstellung der Ausrüstung für die Beseitigung der auf ukrainischem Hoheitsgebiet verbliebenen explosiven Kampfmittelrückstände aus dem Gelände und aus Gewässern, insbesondere rund um die Städte Sewastopol und Kertsch. Im Sommer 2008 führte die OSZE einen Beurteilungsbesuch unter Beteiligung von OSZE-Vertretern und zwei von Norwegen gestellten Experten durch. Dabei bestätigte sich, dass die Ukraine für ihre Bemühungen um Säuberung der betroffenen Gebiete tatsächlich zusätzliche Ausrüstung benötigt. Ein Projektvorschlag, der die Bereitstellung der notwendigen Schutzausrüstung für Personen sowie für die Suche nach nicht zur Wirkung gelangten Kampfmitteln und deren Vernichtung vorsieht, wurde vom Projektkoordinator in der Ukraine und vom KVZ ausgearbeitet. Die Durchführung des Projekts kann beginnen, sobald die Finanzierung gesichert ist.

Im September 2009 verschaffte sich eine Delegation potenzieller Geberländer ein Bild von der Lage vor Ort auf der Krim. An dem Besuch nahmen Experten und Vertreter aus Dänemark und den Vereinigten Staaten von Amerika teil. Das Team bestätigte den Unterstützungsbedarf und stellte eine Liste der Ausrüstungsgegenstände auf, die in den OSZE-Projektvorschlag aufgenommen werden sollen. Die ukrainische Seite legte ihrerseits eine Liste zusätzlicher Ausrüstung über den ursprünglichen OSZE-Vorschlag hinaus vor, die Gegenstand eines eigenen Projekts sein könnte, für dessen Durchführung der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine zuständig wäre.

4.2 Ersuchen um Unterstützung bei der Beseitigung flüssiger Raketentreibstoffkomponenten (Mélange und Samin)

Ende 2006 wurde eine informelle „Freundesgruppe“ zur Beseitigung der Raketentreibstoffkomponente Mélange ins Leben gerufen, die die Umsetzung diesbezüglicher Projekte erörtern und beschleunigen sollte.

Im Februar 2008 richtete Albanien ein Ersuchen an das FSK um Unterstützung bei der Entsorgung von rund 30 Tonnen in seinem Hoheitsgebiet gelagerter Mélange.

Mit Genehmigung der albanischen Regierung nahm die OSZE-Präsenz in Albanien ein Projekt zur Neutralisierung der gefährlichen Chemikalien auf. Nach der Unterzeichnung einer dreiseitigen Vereinbarung zwischen der OSZE-Präsenz, dem albanischen Verteidigungsministerium und dem Auftragnehmer im Oktober 2008 wurde mit der Durchführung des Projekts begonnen und die Mélange in Industrieanlagen in Schweden transportiert, wo sie auf umweltfreundliche und sichere Weise im Juli 2009 aufbereitet wurde. Nähere Informationen über die Finanzierungsquellen finden sich in Anhang C.

In Kasachstan wurde die Gesamtmenge der zu entsorgenden Mélange vom kasachischen Verteidigungsministerium auf 410 Tonnen reduziert. Nach eingehenden Beratungen mit der OSZE beschloss die kasachische Regierung, bei der Umsetzung des Projekts die Federführung zu übernehmen, während die OSZE technische Beratung, Aufsicht durch Fachleute und in gewissem Umfang auch finanzielle Unterstützung bereitstellt. Die Regierung trägt für die Auftragsvergabe und die Umsetzung des Projekts die alleinige Verantwortung und Haftung. 2009 war die Regierung nicht in der Lage, eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen und den Vertrag über die Durchführung zu unterzeichnen. Nähere Informationen über die Finanzierungsquellen finden sich in Anhang C.

Das Mélange-Projekt in der Ukraine entwickelte sich zu einem der größten außer-budgetären Projekte, die die Organisation je durchgeführt hat. 2009 schloss das OSZE-Sekretariat mit Unterstützung des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine Aufgabe I (Auswahl des geeigneten Auftragnehmers) der Phase III-A des Projekts ab und machte sich an die Umsetzung von Phase II (Entwicklung und Umsetzung des detaillierten Durchführungsplans), bei dem es um die praktische Entsorgung der Mélange-Lagerbestände geht. Folgende Elemente waren die wichtigsten der im September 2009 abgeschlossenen Aufgabe I:

- Durchführung einer internationalen Ausschreibung zur Auswahl eines entsprechend qualifizierten, geprüften, kompetenten und fähigen Auftragnehmers für die Beseitigung der ursprünglich 3168 Tonnen Mélange gemäß Phase III-A
- Durchführung ausführlicher Sorgfaltsprüfungen der rechtlichen, betrieblichen und finanziellen Qualifikation des ausgewählten Auftragnehmers, einschließlich einer strengen und umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung des Durchführungsplans des Auftragnehmers
- Unterzeichnung eines dreiseitigen Vertrags zwischen der OSZE, dem ukrainischen Verteidigungsministerium und dem Auftragnehmer, der aus der Auswertung der Angebote und den anschließenden Überprüfungen erfolgreich hervorging.

Seit dem erfolgreichen Abschluss von Aufgabe I befasst sich das Sekretariat mit der aktiven Umsetzung der Aktivitäten zu Aufgabe II der Phase III-A. Unter laufender Überwachung und strenger Qualitätskontrolle durch die OSZE hat der Auftragnehmer damit begonnen, die in zwei Depots in der Ukraine gelagerten insgesamt 3168 Tonnen Mélange Ladung für Ladung in seine Chemieanlagen in der Russischen Föderation zu transportieren. Dort wird Mélange neutralisiert und zu Chemikalien zur zivilen Verwendung verarbeitet. Der Plan sieht vor, dass die erste Ladung Mélange im November 2009 aus dem Depot in Kalynivka zur Entsorgung abgeholt wird. Phase III-A des Projekts soll 12 Monate dauern.

Aufgrund der dringenden Notwendigkeit, die nicht von Phase III-A erfassten Lagerbestände von Mélange in anderen Depots, deren Zustand sich laufend verschlechtert, rasch zu beseitigen, hat das Sekretariat überdies entsprechende operative Rahmenbedingungen ausgearbeitet und Spendenaufrufe für die potenzielle Folgephase durchgeführt.

4.3 Übersicht über Aspekte der Entsorgung von flüssigem Raketentreibstoff im OSZE-Raum

Nach der Verabschiedung von FSK-Beschluss Nr. 13/08, in dem die Ausarbeitung des Dokuments *Liquid Rocket Fuel in the OSCE Area: Overview of Disposal Aspects* (FSC.DEL/443/07/Rev.2) begrüßt wurde, leitete das Konfliktverhütungszentrum den OSZE-Delegationen und einschlägig tätigen OSZE-Feldoperationen die Übersicht in englischer und russischer Sprache zu.

4.4 Nationale Koordinierungsgremien

Gemäß FSK-Beschluss Nr. 4/08 hat das KVZ ein Verzeichnis von Kontaktstellen für SALW und SCA (und anderer Partner) eingerichtet und hält es auf dem letzten Stand.

Entsprechend seinem Auftrag in FSK-Beschluss Nr. 4/08 informierte das KVZ anhand des Kontaktstellenverzeichnisses über SALW- und SCA-Projekte.

4.5 Geber

Ein Liste mit allen Gebern für SCA-Projekte der OSZE, einschließlich Mélange, findet sich in Anhang D.

5. Zusammenarbeit und Informationsaustausch

5.1 Zusammenarbeit mit UNDP

Im Einklang mit dem SALW-Aktionsprogramm der Vereinten Nationen, das regionale Organisationen zur Zusammenarbeit sowie zum Aufbau und zur Stärkung von Partnerschaften ermutigte, um die Ressourcen zur Bekämpfung unerlaubter SALW gemeinsam zu nutzen, entwickelte die OSZE einen allgemeinen Rahmen für die technische Zusammenarbeit mit UNDP. Im Juni 2006 unterzeichneten die beiden Organisationen eine Vereinbarung, durch die ein allen offenstehender Rahmen für technische Zusammenarbeit im Hinblick auf die Umsetzung von Projekten betreffend SALW und konventionelle Munition geschaffen werden soll. Aufgrund dieser Vereinbarung wurden 2007 in Belarus und Montenegro zwei gemeinsame Projekte in Angriff genommen.

Im Mai 2008 wurde die Vereinbarung um zwei Jahre bis Juni 2010 verlängert. Im Frühjahr 2009 schlossen die beiden Organisationen die Verhandlungen über die finanziellen und rechtlichen Mechanismen ab, die die gemeinsame Durchführung von Projekten erleichtern werden.

Diese Vereinbarung wird die Vorlage für alle zukünftigen Mitteltransfers zwischen den Organisationen bilden.

5.2 Informationsaustausch mit anderen internationalen Organisationen

Die OSZE tauscht mit anderen internationalen Organisationen Informationen über ihre Projektaktivitäten und über die Ergebnisse ihrer normativen Tätigkeit im SCA-Bereich aus. Auf Initiative der OSZE fand am 27. November 2008 in Wien ein eintägiges Treffen mit anderen internationalen Organisationen statt, um die Koordination der Bemühungen im Zusammenhang mit SALW- und SCA-Projekten zu verbessern. Dieses erstmals abgehaltene Treffen diente dem Zweck, (1) eine Bestandsaufnahme der von internationalen Organisationen durchgeführten SALW- und SCA-Projekte vorzunehmen, und (2) den Vorschlag der OSZE, solche Koordinierungstreffen in regelmäßigen Abständen abzuhalten, zu erörtern. Dieser Vorstellung schlossen sich alle Vertreter internationaler Organisationen an. Für derartige Treffen wurden die folgenden allgemeinen Modalitäten vereinbart:

- Es werden zweimal jährlich eintägige informelle Koordinationstreffen abgehalten.
- Der Themenbereich dieser Treffen kann gegebenenfalls auf einschlägige über SALW und SCA hinausgehende Projekte und Fragen ausgeweitet werden.

Das zweite Treffen im Rahmen der Koordinierungsinitiative wurde im Juli 2009 in NATO-Räumlichkeiten abgehalten. Das nächste Treffen wird voraussichtlich von SEESAC in Belgrad veranstaltet werden.

Schließlich hält die OSZE regelmäßig Referate auf Expertentreffen, die von anderen internationalen Organisationen veranstaltet werden, und informiert militärische Vertreter aus anderen Regionen und andere internationale Organisationen in Wien.

6. Schlussfolgerungen

Das SCA-Dokument der OSZE ist nach wie vor ein wirksames und nützliches Instrument für die Auseinandersetzung mit Problemen im Zusammenhang mit Lagerbeständen konventioneller Munition. Es leistet unverändert gute Dienste als wichtiger Rahmen für den Umgang mit Munitionsüberschüssen und -lagerbeständen im Hinblick auf die Verringerung des Risikos, das von einer destabilisierenden Anhäufung und unkontrollierten Verbreitung ausgeht. Analog zu den SALW sollte es auch als Verstärkung der normsetzenden Aspekte des SCA-Dokuments gesehen werden.

Die Fragen SALW und SCA sind eng miteinander verknüpft. Die Tagung zur Überprüfung des SALW-Dokuments der OSZE und der ergänzenden Beschlüsse hat gezeigt, dass es in vielen Fällen keine eindeutigen Kriterien zur Ermittlung überschüssiger konventioneller Munition gibt. Die OSZE sollte sich diesem Bereich sowohl auf normsetzender als auch auf praktischer Ebene weiter widmen.

Bei den Projekten hat sich außerdem gezeigt, dass die bevorzugte Methode zur Entsorgung überschüssiger SCA nach wie vor ihr Verkauf ist, und es wird nur konventionelle Munition vernichtet, die nicht verkauft werden kann. Deshalb sollte die OSZE in Erwägung ziehen, 1) der Vernichtung überschüssiger konventioneller Munition (wie im SALW-Dokument) gegenüber ihrem Verkauf den Vorzug zu geben, und 2) Ausfuhrkriterien für konventionelle Munition einzuführen.

Schließlich planen die Vereinten Nationen die Veröffentlichung von zwei neuen Leitfäden, die sich mit konventioneller Munition beschäftigen (*International Ammunition Guides and Internationale Small Arms Control Standards*). Die OSZE muss darauf achten, dass in diesen neuen Dokumenten auf das SCA-Handbuch hingewiesen wird und dass die OSZE Beiträge zur Ausarbeitung dieser Leitfäden leistet.

Einer der Bereiche, in denen das SCA-Dokument der OSZE besonders dynamisch umgesetzt wird, sind nach wie vor Hilfeersuchen der Teilnehmerstaaten in den Bereichen Vernichtung, Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen.

In diesem Bereich war 2009 ein sehr erfolgreiches Jahr. Projekte in Albanien und Tadschikistan wurden abgeschlossen. In Albanien wurde ein neues Projekt in Angriff genommen, und zwei weitere Projekte in Kasachstan bzw. der Ukraine sind bereit zur Durchführung, sobald eine ausreichende Finanzierung gesichert ist.

Das wichtigste Ergebnis des Jahres 2009 waren jedoch die Fortschritte im Mélange-Projekt in der Ukraine. Dank neuer Impulse im Jahr 2008 konnte das Sekretariat eine Vereinbarung mit der Ukraine über die Auswahl eines Auftragnehmers und den Beginn

der Umsetzung der ersten Phase des Projekts im Jahr 2009 treffen. Die nächste wichtige Aufgabe wird es sein, 2010 die nötigen Mittel zu mobilisieren, damit das Programm weitergehen kann.

Ein weiteres wichtiges Resultat des Jahres 2009 war eine Vereinbarung mit UNDP über finanzielle und rechtliche Mechanismen, die die gemeinsame Durchführung von Projekten erleichtern werden. Diese Vereinbarung, die von den Gebern nachdrücklich begrüßt wurde, wird die Vorlage aller zukünftigen Mitteltransfers zwischen den Organisationen bilden.

Ein bedauerlicher Rückschlag war 2009 die Aussetzung aller laufenden und geplanten Projekte in Georgien, nachdem die OSZE-Mission in Georgien geschlossen wurde. Das Sekretariat sondiert nun Möglichkeiten, wie die Arbeit in Georgien mit einem Durchführungspartner fortgesetzt werden kann.

2009 war zwar ein erfolgreiches Jahr, doch geben die Finanzen Anlass zur Sorge.

Die Teilnehmerstaaten sagten 2009 rund 1,2 Millionen Euro für Projekte betreffend konventionelle Munition zu – nur halb soviel wie 2008. Um die geplanten und bereits laufenden SCA-Projekte abschließen zu können, sind erheblich höhere Beiträge erforderlich. Berechnungen zufolge werden für diesen Zweck in den nächsten vier Jahren annähernd 16 Millionen Euro erforderlich sein, 10 Millionen Euro davon für den Abschluss des Mélange-Projekts in der Ukraine.

Projekte zur Unbrauchbarmachung bzw. zur sicheren Lagerung von Munition und Waffen zählen zu den konkretesten und sichtbarsten Erfolgen der Arbeit der OSZE. Sie sind auch für die Öffentlichkeitsarbeit wertvoll und somit von großer Bedeutung für die Organisation als solche. Im Vergleich zur Höhe der bereits geleisteten Beiträge der Teilnehmerstaaten zum OSZE-Haushalt sind die für Munitions- und Waffenprojekte erforderlichen Beträge gering und unbedeutend. Aber auch kleine Beiträge können in diesem Bereich viel bewirken.

In der OSZE stehen einige wichtige Projekte an, die dringend finanziert werden müssen. Die Teilnehmerstaaten werden daher ersucht, sich ernstlich zu überlegen, Beiträge zu diesen Projekten zu leisten.

7. Anhänge

- Anhang A: Ursprüngliche Hilfsersuchen und derzeitiger Stand
- Anhang B: Von Gebern bereitgestellte Mittel für geplante/laufende Projekte betreffend konventionelle Munition
- Anhang C: Von Gebern bereitgestellte Mittel für geplante/laufende Mélange-Projekte
- Anhang D: Für alle SCA-Projekte insgesamt bereitgestellte Mittel
- Anhang E: Zusammenarbeit innerhalb der OSZE

Anhang A: Ursprüngliche Hilfsersuchen und derzeitiger Stand

**Tabelle I. Ursprüngliche Hilfsersuchen und derzeitiger Stand
(Liste der Ersuchen in alphabetischer Reihenfolge der Teilnehmerstaaten)**

Ersuchender Staat	Problembeschreibung (laut nationalem Ersuchen)
Albanien	Datum des Ersuchens: 20. Februar 2008 Beseitigung von 30 Tonnen einer Raketentreibstoffkomponente (Mélange) Stand: abgeschlossen Datum des Ersuchens: September 2008 Projekt zur Unbrauchbarmachung von Munition durch Bereitstellung entsprechender Ausrüstung (Bandsägen) Stand: im Gange
Armenien	Datum des Ersuchens: 22. April 2004 Beseitigung von 862 Tonnen einer Raketentreibstoffkomponente (Mélange) Stand: abgeschlossen
Aserbaidshan	Datum des Ersuchens: 26. Juli 2005 Beseitigung von 1200 Tonnen von Raketentreibstoffkomponenten (Mélange und Samin) und Säuberung des Geländes Stand: der NATO übergeben und abgeschlossen
Belarus	Datum des Ersuchens: 9. März 2004 Entsorgung von 97.000 Tonnen überschüssiger Munition, zu denen jährlich 4000 bis 7000 Tonnen hinzukommen, darunter Flugkörper und Hexogenmunition, durch Aufbau nationaler Kapazitäten oder Verbringung in ein Drittland zur Entsorgung. (Es existiert zwar ein staatliches Munitionsentsorgungsprogramm (2,5 Millionen USD), doch fehlt es Belarus an entsprechenden technischen Kapazitäten für die Entsorgung aller Typen überschüssiger Munition.) Stand: keine Aktivitäten
Georgien	Datum des Ersuchens: 25. Juli 2007 1. Unbrauchbarmachung von 4300 Tonnen überschüssiger Munition (Artilleriegeschosse, gelenkte und ungelenkte Flugkörper, Fliegerbomben, Signalmunition und Geschosse verschiedenen Kalibers) 2. Sanierung des Erdreichs auf fünf ehemaligen Militärflugplätzen 3. Entsorgung von 9000 Gefechtsköpfen durch Schmelzen 4. Vernichtung von 4705 Stück Munition durch offene Sprengung Stand: Es werden Möglichkeiten für die Wiederaufnahme der Aktivitäten geprüft.

Ersuchender Staat	Problembeschreibung (laut nationalem Ersuchen)
Kasachstan	<p>Datum des Ersuchens: 15. Dezember 2004</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Hilfe bei der Entsorgung transportfähiger konventioneller Munition unter Verwendung der Industrieanlagen in Arys und Kapschagai 2. Hilfe bei der Entsorgung nicht transportfähiger konventioneller Munition am Ort ihrer Lagerung (Ajagus, Utsch-Aral, Semipalatinsk und Ust-Kamenogorsk) 3. Wiedererrichtung eines Testlabors für konventionelle Munition zur regelmäßigen Prüfung von konventioneller Munition 4. Einrichtung eines Verwaltungssystems für konventionelle Munition als Bestandteil eines allgemeinen Beschaffungs- und Verwaltungssystems für die Streitkräfte 5. Beseitigung von 1550 Tonnen einer Raketentreibstoffkomponente (Mélange) <p>Stand: Kasachstan hat bei der Entsorgung von Munition und der Schaffung eines Munitionsverwaltungssystems die Federführung übernommen. Die OSZE leistet in gewissem Umfang Unterstützung beim Mélange-Projekt, in dessen Rahmen die zur Beseitigung anstehende Mélange-Menge nun auf 410 Tonnen reduziert wurde, und hat einen Projektvorschlag für das Testlabor für konventionelle Munition erstellt.</p>
Kirgisische Republik	<p>Datum des Ersuchens: 5. Februar 2008</p> <p>Bessere Sicherung und Verwaltung der Lagerbestände von SALW und konventioneller Munition</p> <p>Stand: Ein Beurteilungsbesuch wurde durchgeführt und ein Projektvorschlag ist in Ausarbeitung.</p>
Moldau	<p>Datum des Ersuchens: 20. Dezember 2006</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Errichtung eines neuen Munitionslagers in Bulboaca 2. Aufrüstung von SALW- und Munitionslagereinrichtungen (Floresti, Cahul, Balți, Chișinău) 3. Beschaffung und Ausrüstung eines mobilen Systems für die Sichtkontrolle von konventioneller Munition 4. Vernichtung von Streubomben 5. Vernichtung von Luftbomben 6. Vernichtung von 19 R60-Luft-Boden-Raketen 7. Vernichtung von 5V28-Boden-Luft-Flugkörper 8. Ausbildung von Munitionstechnikern <p>Stand: Das Pilotprojekt wurde abgeschlossen. Ein Programm-vorschlag zu den Punkten 1 bis 3 sowie 5 und 7 wurde fertiggestellt und ist bereit zur Umsetzung.</p>

Ersuchender Staat	Problembeschreibung (laut nationalem Ersuchen)
Montenegro	<p>Datum des Ersuchens: 28. Februar 2007</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vernichtung schwerer Waffensysteme 2. Vernichtung von 9900 Tonnen überschüssiger konventioneller Munition 3. Beseitigung von 160 Tonnen von Raketentreibstoffkomponenten (Mélange und Samin) und Napalmbeständen 4. Bessere Sicherung und Verwaltung der Lagerbestände <p>Stand: Schwere Waffensysteme wurden vernichtet. Die Mélange-Lagerbestände wurden beseitigt. Projekte betreffend die Vernichtung konventioneller Munition und die Verwaltung und Sicherung der Lagerbestände sind im Gange.</p>
Russische Föderation	<p>Datum des Ersuchens: 19. Mai 2004</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ersuchen um Entsorgung überschüssiger Munition in der Oblast Kaliningrad (100.000 Tonnen, davon 20.000 Tonnen in gefährlichem Zustand) 2. Bessere Sicherung und Verwaltung der Lagerbestände <p>Stand: Ersuchen am 28. März 2007 zurückgezogen (FSC.DEL/111/07). Die Russische Föderation wird über nationale Bemühungen zur Vernichtung der betreffenden Munition informieren.</p>
Tadschikistan	<p>Datum des Ersuchens: 21. September 2004 (Phase I), 22. Februar 2006 (Phase II)</p> <p>Sonderfall: Organische arsenhaltige Stoffe sind gemeinsam mit nicht zur Wirkung gelangten Kampfmitteln (UXO) aus Kampfzonen gelagert. Die Standorte und der Zustand der Lager sind unannehmbar und stellen für die Beschäftigten, die örtliche Bevölkerung und die zivile Infrastruktur eine ernst zu nehmende Gefahr dar.</p>
Ukraine	<p>Datum des Ersuchens: 29. September 2004, weiteres Ersuchen am 2. Oktober 2007</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Neue Kapazitäten für die Vernichtung von Hexogen- und Teilhexogenladungen in der Westukraine 2. Verbesserung des Sicherheitssystems für Munitionslager 3. Entsorgung von 16.764 Tonnen einer flüssigen Raketentreibstoffkomponente (Mélange). Nach Konsultationen zwischen der ukrainischen Regierung und der OSZE sollen im Rahmen eines Pilotprojekts 3168 Tonnen Mélange beseitigt werden. 4. Hilfe bei der Beseitigung der Unfallfolgen in der Lagerstätte Nowobohdaniwka (Vernichtung der restlichen Munition, Säuberung des Geländes) 5. Hilfe bei der Beseitigung auf ukrainischem Hoheitsgebiet verbliebener nicht zur Wirkung gelangter Munition <p>Stand: Das Nowobohdaniwka-Projekt wurde abgeschlossen. Das Mélange-Projekt ist in der Durchführungsphase. Das Projekt zur UXO/ERW⁴-Räumung ist bereit zur Umsetzung.</p>

4 Explosive Kampfmittelrückstände.

Ersuchender Staat	Problembeschreibung (laut nationalem Ersuchen)
Usbekistan	Datum des Ersuchens: 25. Februar 2005 Beseitigung von über 1000 Tonnen einer Raketentreibstoffkomponente (Mélange) Stand: Die NATO hat die Federführung in diesem Projekt übernommen.

Anhang B: Von Gebern bereitgestellte Mittel für geplante/laufende Projekte betreffend konventionelle Munition

Albanien

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2009		
Dänemark	120.000	
Gesamt	120.000	2009

Georgien

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2007		
Spanien	95.000	Flugplatzuntersuchung und TNT-Vernichtung (Teil 2)
2008		
Griechenland	30.000	TNT-Vernichtung (Teil 3)
2009		
Dänemark	89.325	TNT-Vernichtung (Umfassendes SALW- und SCA-Programm)
Gesamt	214.325	2007–2009

Kasachstan

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2009		
–	–	
Gesamt		
Benötigte Mittel		302.500

Kirgisische Republik

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2009		
–	–	
Gesamt		
Benötigte Mittel		316.100 (zu bestätigen)

Moldau

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2006		
Finnland	160.000	Vernichtung veralteter Munition
2007		
Litauen	5.500	Besuch von Munitionslager-einrichtungen im Vereinigten Königreich
Vereinigtes Königreich	Sachleistung	Besuch von Munitionslager-einrichtungen im Vereinigten Königreich
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung	PSSM-Ausbildung ⁵ , Modul I
2008		
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung	PSSM-Ausbildung ⁵ , Modul II
2009		
Spanien	80.000	Vernichtung von Streubomben
Gesamt	245.500	
Benötigte Mittel		1.247.025

Montenegro

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2007		
Dänemark	150.000	Vernichtung überschüssiger Munition
Spanien	75.000	Vernichtung überschüssiger Munition
Schweden	285.714	MONDEM-Programm allgemein (direkt an UNDP)
2008		
Belgien	25.000	Vernichtung überschüssiger Munition
Italien	50.000	Vernichtung überschüssiger Munition
Luxemburg	25.000	Vernichtung überschüssiger Munition
2009		
Spanien	100.000	Vernichtung überschüssiger Munition
Gesamt	710.714	
Benötigte Mittel		1.409.000

5 Mechanische Sicherung und Lagerverwaltung.

Ukraine

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2009		
Dänemark	50.000	UXO-Räumung
Gesamt	50.000	
Benötigte Mittel		311.200

Anhang C: Von Gebern bereitgestellte Mittel für geplante/laufende/ jüngst abgeschlossene Mélange-Projekte

Albanien

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)
2008	
Dänemark	15.000
Finnland	15.000
Griechenland	20.000
Schweden	15.000
Gesamt	65.000
Benötigte Mittel	0

Kasachstan

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)
2006	
Spanien	150.000
Schweden	40.000
Gesamt	190.000
Benötigte Mittel	entfällt ⁶

Montenegro

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)
2007	
Liechtenstein	20.000
Gesamt	20.000
Benötigte Mittel	0

⁶ Es wurde vereinbart, dass die Regierung Kasachstans den restlichen Betrag bereitstellt, der noch fehlt, um mit der Durchführung des Projekts zu beginnen.

Ukraine

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)
2006	
Tschechische Republik	20.000
Finnland	190.000
Polen	78.800
Spanien	150.000
2007	
Tschechische Republik	66.086
Spanien	200.000
2008	
Dänemark	500.000
Norwegen	400.501
Schweden	1.591.693
2009	
Dänemark	500.000
Deutschland	250.000
Gesamt	3.947.080
Benötigte Mittel (Schätzung)	0 ⁷

Anhang D: Für alle SCA-Projekte insgesamt bereitgestellte Mittel

Die nachstehende Tabelle zeigt die von Delegationen zugesagte finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Projekten betreffend konventionelle Munition, Sprengstoffe und Zündmittel im Zeitraum 2005 bis 2009.

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2005		
Frankreich	Sachleistung (EOD-Ausbildungsprogramm – 60.000)	Tadschikistan, Phase I
Luxemburg	20.000	Ukraine, Nowobohdaniwka
Niederlande	266.812	Tadschikistan, Phase I
Norwegen	30.000	Tadschikistan, Phase I
Norwegen	Entsendung eines leitenden technischen Beraters	Tadschikistan, Phase I
Slowenien	25.000	Ukraine, Nowobohdaniwka
Vereinigte Staaten von Amerika	Lagerverwaltungskurs	Tadschikistan, Phase I
Gesamt	401.812	2005
2006		
Andorra	20.000	Tadschikistan, Phase II
Belgien	25.000	Ukraine, Nowobohdaniwka
Tschechische Republik	30.000	Ukraine, Nowobohdaniwka
Finnland	160.000	Moldau

7 Zur Fortsetzung des Projekts werden weitere Mittel benötigt.

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2006		
Frankreich	Sachleistung (EOD-Ausbildungsprogramm – 60.000)	Tadschikistan, Phase I
Litauen	10.000	Ukraine, Nowobohdaniwka
Luxemburg	16.500	Ukraine, Nowobohdaniwka
Norwegen	60.000	Tadschikistan, Phase II
Norwegen	110.250	Tadschikistan, Phase II
Norwegen	Entsendung eines leitenden technischen Beraters	Tadschikistan, Phase II
Polen	39.400	Ukraine, Nowobohdaniwka
Slowenien	19.808	Tadschikistan, Phase II
Slowenien	15.000	Ukraine, Nowobohdaniwka
Spanien	100.000	Tadschikistan, Phase II
Vereinigte Staaten von Amerika	59.100	Ukraine, Nowobohdaniwka
Gesamt	725.058	2006
2007		
Dänemark	150.000	Montenegro, Vernichtung überschüssiger Munition
Litauen	5.500	Moldau, Besuch einer Munitionslagereinrichtung im Vereinigten Königreich
Norwegen	Entsendung eines leitenden technischen Beraters	Tadschikistan, Phase II
Spanien	95.000	Georgien, Unbrauchbarmachung von Munition und Flugplatz
Spanien	75.000	Montenegro, Vernichtung überschüssiger Munition
Schweden	285.714	Montenegro, MONDEM allgemein (direkt an UNDP)
Vereinigtes Königreich	Sachleistung (Besuch in einer Munitionslagereinrichtung des Vereinigten Königreichs)	Moldau
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (mechanische Sicherung und Lagerverwaltung, Modul I)	Moldau
Gesamt	611.214	2007
2008		
Belgien	25.000	Montenegro, MONDEM, Vernichtung überschüssiger Munition
Griechenland	30.000	Georgien, TNT-Vernichtung (Teil 3)
Italien	50.000	Montenegro, MONDEM, Vernichtung über Munition

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2008		
Luxemburg	25.000	Montenegro, MONDEM, Vernichtung überschüssiger Munition
Norwegen	Entsendung eines leitenden technischen Beraters	Tadschikistan, Phase II
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (mechanische Sicherung und Lagerverwaltung, Modul II)	Moldau
Vereinigte Staaten von Amerika	141.000	Tadschikistan
Gesamt	271.000	2008
2009		
Dänemark	89.308	Umfassendes SALW- und SCA-Programm (Aufgabe: Georgien)
Dänemark	50.000	UXO-Räumung Ukraine
Dänemark	120.000	Albanien (Unbrauchbarmachung von Munition)
Spanien	100.000	Montenegro, MONDEM, Vernichtung überschüssiger Munition
Spanien	80.000	Moldau (Vernichtung von Streubomben)
Gesamt	439.308	2009
Konventionelle Munition gesamt	2.448.392	2005–2009

Die nachstehende Tabelle zeigt die von Delegationen zugesagte finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Projekten zur Beseitigung der Raketentreibstoffkomponente Mélange im Zeitraum 2005 bis 2009.

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2005		
Finnland	266.408	Armenien, Mélange
Deutschland	65.000	Armenien, Mélange
Vereinigte Staaten von Amerika	903.454	Armenien, Mélange
Gesamt	1.234.862	2005
2006		
Tschechische Republik	20.000	Ukraine, Mélange
Finnland	190.000	Ukraine, Mélange
Polen	78.800	Ukraine, Mélange
Spanien	150.000	Kasachstan, Mélange
Spanien	150.000	Ukraine, Mélange
Schweden	40.000	Kasachstan, Mélange
Gesamt	628.800	2006

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2007		
Tschechische Republik	66.086	Ukraine, Mélange
Liechtenstein	20.000	Montenegro, MONDEM, Mélange
Spanien	200.000	Ukraine, Mélange
Vereinigte Staaten von Amerika	70.000	Armenien, Mélange
Gesamt	353.635	2007
2008		
Dänemark	500.000	Ukraine, Mélange
Dänemark	15.000	Albanien
Finnland	15.000	Albanien
Griechenland	20.000	Albanien
Norwegen	400.000	Ukraine, Mélange
Schweden	15.000	Albanien
Schweden	1.591.693	Ukraine, Mélange
Gesamt	2.556.693	2008
2009		
Deutschland	250.000	Ukraine, Mélange
Dänemark	500.000	Ukraine, Mélange
Gesamt	750.000	2009
Mélange gesamt	5.523.990	2005–2009
Konventionelle Munition und Mélange gesamt	7.972.382	2005–2009

Anhang E: Zusammenarbeit innerhalb der OSZE

Vorträge von OSZE-Missionsleitern in Sitzungen des FSK

Im Laufe des Jahres 2009 erstatteten Missionsleiter/Projektleiter – wie schon bisher üblich – dem FSK und Freundesgruppen Bericht über politisch-militärische Aktivitäten und Projekte. Projektleiter aus folgenden Ländern/OSZE-Institutionen berichteten über die Planung/Durchführung von Projekten: OSZE-Sekretariat, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Moldau, Montenegro und Tadschikistan.

Ausbildungskurs in Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen und Vernichtung konventioneller Munition.

Am 8. und 9. Dezember 2009 organisiert das OSZE-Zentrum im Almaty gemeinsam mit dem Konfliktverhütungszentrum der OSZE eine zweitägige regionale Ausbildungsveranstaltung, durch die auf das OSZE-Handbuch über Lagerbestände konventioneller Munition aufmerksam gemacht werden soll. An dieser Veranstaltung werden Vertreter anderer Länder der Region teilnehmen und Gelegenheit erhalten, Erfahrungen auszutauschen und Beispiele der erfolgreichen Anwendung der Praxisleitfäden des Handbuchs zu hören.

Ausstellungen und Parallelveranstaltung auf dem Ministerratstreffen von Helsinki

Am Rande des Ministerratstreffen im Dezember 2008 in Helsinki war eine von der Abteilung für FSK-Unterstützung präsentierte Fotoausstellung zu sehen, die Einblicke in FSK-Hilfsprojekte betreffend SALW und konventionelle Munition gab. Es waren verschiedene Phasen der Projektbewertung und -umsetzung in den unterstützten Ländern zu sehen, darunter Belarus, Georgien, Kasachstan, Montenegro, Tadschikistan und die Ukraine.

Informationsbroschüre und Dokumentarfilm

Um die Hilfsprojekte des FSK für SALW und Lagerbestände konventioneller Munition einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, gab die Abteilung für FSK-Unterstützung eine Informationsbroschüre zu diesen Projekten heraus. Ferner wurde eine aktualisierte Fassung des zehnminütigen Dokumentarfilms zu aktuellen Projekten betreffend SALW und konventionelle Munition, einschließlich des Raketentreibstoffs Mélange, in englischer und russischer Sprache produziert. Die Neufassung des Films über Hilfsprojekte des FSK soll auf dem Ministerratstreffen in Athen vorgestellt werden.

**FORTSCHRITTSBERICHT DES FSK-VORSITZES
AN DAS SIEBZEHNTE TREFFEN DES OSZE-MINISTERRATS
ÜBER BEMÜHUNGEN ZUR WEITEREN VERBESSERUNG DER
UMSETZUNG DES VERHALTENSKODEX ZU
POLITISCH-MILITÄRISCHEN ASPEKTEN DER SICHERHEIT**

(MC.GAL/7/09 vom 24. November 2009)

1. Einleitung und Zielsetzung

Der OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (im Folgenden als Kodex bezeichnet) ist ein normatives Dokument, das die OSZE-Teilnehmerstaaten im Dezember 1994 auf dem Gipfeltreffen von Budapest verabschiedet haben. Der Kodex trat am 1. Januar 1995 in Kraft. Mit der Annahme dieses Dokuments kamen die KSZE-Teilnehmerstaaten überein, ihre innerstaatlichen politisch-militärischen Angelegenheiten zu reformieren und in ihrer nationalen Sicherheitspolitik und -doktrin international vereinbarte Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsprinzipien zu befolgen. Im Korpus der in der politisch-militärischen Dimension der OSZE entwickelten normativen Dokumente nimmt der Kodex eine grundlegende Funktion und nach wie vor eine einzigartige Stellung unter den völkerrechtlichen Verpflichtungen ein.

Im Einklang mit Ministerratsbeschluss Nr. 13/08 von Helsinki soll der Fortschrittsbericht über die Bemühungen zur weiteren Verbesserung der Kodex-Umsetzung Auskunft geben. Er geht auf den Informationsaustausch zwischen den Teilnehmerstaaten über die Umsetzung des Kodex, die Bemühungen seit dem Ministerratstreffen von Helsinki und auf sonstige Aktivitäten ein, die in der Organisation zur Förderung seiner Umsetzung durchgeführt wurden. Der Bericht erfasst den Zeitraum zwischen November 2008 und November 2009¹.

2. Bemühungen des FSK

Seit dem Ministerrat von Helsinki setzte das FSK seine Arbeit zur Verbesserung der Umsetzung des Kodex fort. Die große Zahl der auf der Sondersitzung des FSK 2006 und auf der Sondersitzung der Arbeitsgruppe A 2007 eingebrachten Vorschläge hatte zur Folge, dass die Arbeit zur Förderung der Kodex-Umsetzung in drei Gruppen gegliedert wurde. Sie betreffen die Bewusstseinsbildung und Öffnung des Kodex, die Aktualisierung des Fragebogens und zusätzliche Maßnahmen. Diese Gliederung ermöglichte eine besser strukturierte Erörterung der Vorschläge der Teilnehmerstaaten.

Die Arbeit am ersten Themenbereich wurde schon Anfang 2008 mit der Verabschiedung eines Beschlusses über die Verankerung im öffentlichen Bewusstsein und die Öffnung des Verhaltenskodex (FSC.DEC/1/08) abgeschlossen. Im Anschluss daran konzentrierten sich die Bemühungen des FSK auf den zweiten Themenkomplex, mit dem Ziel einer Aktualisierung des von den Teilnehmerstaaten zur Übermittlung von Informationen über die Umsetzung des Kodex verwendeten Fragebogens.

1 Abgabefrist für Beiträge zu diesem Bericht war der 6. November 2009.

Im April 2009 verabschiedete das FSK nach einer Reihe von Konsultationen einen Beschluss über die technische Aktualisierung des Fragebogens (FSC.DEC/2/09)². Der neue Fragebogen besteht aus drei großen Abschnitten betreffend zwischenstaatliche und innerstaatliche Elemente sowie den Zugang der Öffentlichkeit und Kontaktinformationen. Er enthält etliche neue Unterpunkte, betreffend unter anderem nationale Bemühungen zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, Rüstungskontrolle, Abrüstung und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sowie zu Fragen in Zusammenhang mit dem humanitären Völkerrecht. Der Fragebogen differenziert auch stärker zwischen Streitkräften und Sicherheitskräften und ersucht die Teilnehmerstaaten um Übermittlung von Angaben zu militärischen, paramilitärischen und Sicherheitskräften sowie zur Polizei.

Der aktualisierte Fragebogen ist ein wichtiger Schritt vorwärts. Er wird dem Aufbau des Verhaltenskodex besser gerecht und die Fragen vermeiden weitgehend Überschneidungen und Duplizierungen. Mit seinen 23 Unterpunkten sollte der neue Fragebogen den Teilnehmerstaaten zu einer strukturierteren Datenübermittlung verhelfen, als das mit dem alten Fragebogen mit seinen 16 Unterpunkten möglich war.

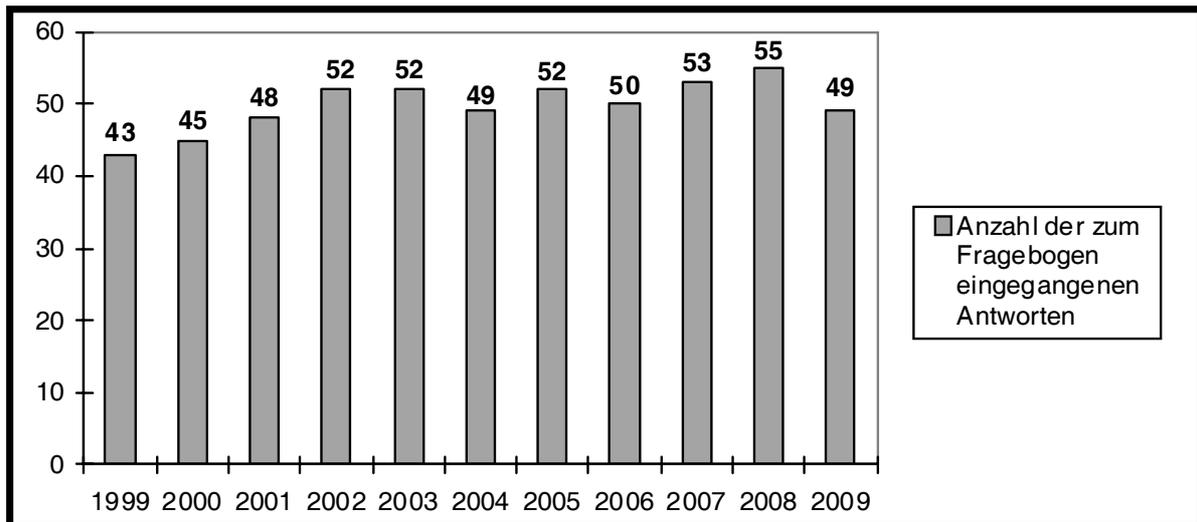
Nach Verabschiedung des neuen Fragebogens nahm der FSK-Koordinator die Arbeit am sogenannten dritten Themenkomplex, den zusätzlichen Maßnahmen, auf. Bisher brachte eine Delegation einen Vorschlag zur Verbesserung der regelmäßigen Beurteilung der Umsetzung des Kodex ein. Dieselbe Delegation informierte die Teilnehmerstaaten davon, dass sie an einem Beschlussentwurf zu diesem Thema arbeitet, der in naher Zukunft zur Verteilung gelangen soll. Seit Aufnahme der Arbeit am dritten Themenkomplex hat kein weiterer Teilnehmerstaat einen neuen Vorschlag unterbreitet oder einen bereits eingebrachten Vorschlag wiederaufgegriffen.

3. Informationsaustausch

Die Teilnehmerstaaten haben vereinbart, jährlich Informationen über die Umsetzung des Kodex (FSC.DEC/4/98) auszutauschen.³ Die Bereitschaft zur Teilnahme am Informationsaustausch ist traditionellerweise sehr hoch, und die Mehrheit der OSZE-Teilnehmerstaaten hält sich an ihre Verpflichtung und übermittelt Informationen über ihre Umsetzungsbemühungen. Alle Teilnehmerstaaten haben den Fragebogen zumindest einmal beantwortet.

2 Der Fragebogen stammt aus dem Jahr 1998 und wurde zuletzt 2003 aktualisiert.

3 Im Normalfall haben die Teilnehmerstaaten ihre Antworten bis 15. April eines Jahres zu übermitteln. Das FSK beschloss 2009, die Frist bis 15. Juni zu verlängern (FSC.DEC/1/09).



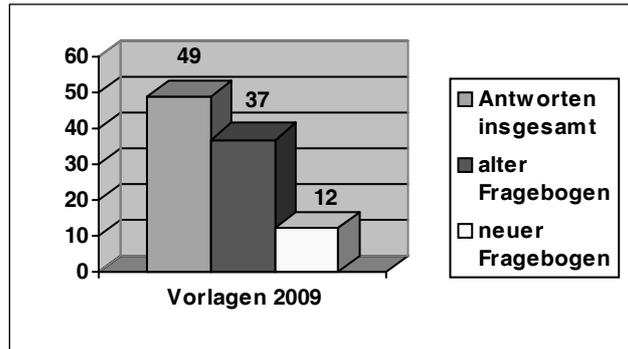
Dieser Austausch stellt einen einzigartigen Mechanismus zur Förderung der internationalen Transparenz in Bezug auf die Streitkräfte und deren Kontrolle durch verfassungsgemäße Organe dar. Seit 2008 werden die Antworten auf die OSZE-Website gestellt, wo die Öffentlichkeit Einsicht nehmen kann. Bisher waren im Durchschnitt zwischen sechs und zehn Zugriffe pro beantwortetem Fragebogen zu verzeichnen.

2009 übermittelten 49 Teilnehmerstaaten Daten über ihre Umsetzungsaktivitäten. Das Umsetzungsniveau war 2009 signifikant niedriger, und auch die Fristen wurden weniger genau eingehalten als in den Vorjahren. Der Ankündigungs- und Erinnerungsmechanismus des FSK-Vorsitzes kam häufig zur Anwendung.

Mit dem Beschluss über die technische Aktualisierung vereinbarten die Teilnehmerstaaten, den Jährlichen Informationsaustausch 2010 zum ersten Mal im neuen Format durchzuführen, obwohl die Möglichkeit bestand, es bereits 2009 zu verwenden. Von dieser Option machten zwölf Teilnehmerstaaten Gebrauch.

Zum Beschluss über die technische Aktualisierung des Fragebogens wurden drei interpretative Erklärungen der Teilnehmerstaaten abgegeben. Sie galten einem Informationsaustausch auf freiwilliger Basis betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit, die demokratische politische Kontrolle privater Militär- und Sicherheitsfirmen und die nichtverpflichtende Beantwortung von Frage 1.4⁴. Im Rahmen des Informationsaustauschs 2009 übermittelten mehrere Teilnehmerstaaten auch Angaben zu Frauen, Frieden und Sicherheit und zur Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

4 FSC.DEC/2/09, Anlagen 1, 2 und 3.



Wie in den Vorjahren unterscheiden sich die Berichte der Teilnehmerstaaten in Bezug auf Inhalt und Ausführlichkeit, mitunter kommt es bei den Antworten auch zu Überschneidungen. Nach dem Informationsaustausch 2010 sollte eine bessere Auswertung der Antworten möglich sein, um abzuklären, ob der neue Fragebogen zu strukturierteren, genaueren und weniger redundanten Antworten führt und ob eine weitere Verbesserung möglich ist.

4. Verankerung im öffentlichen Bewusstsein und Öffnung

Mit dem FSK-Beschluss über die Verankerung im öffentlichen Bewusstsein und Öffnung des Verhaltenskodex von 2008 wurde das OSZE-Konfliktverhütungszentrum (KVZ) beauftragt, zur Förderung des Kodex zumindest ein Mal pro Jahr eine außerbudgetäre Fachveranstaltung abzuhalten.

Im Einklang mit diesem Beschluss veranstaltete das KVZ gemeinsam mit der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina vom 3. bis 5. November ein Regionalseminar in Sarajewo über die Umsetzung des Verhaltenskodex in Südosteuropa. Zu dieser Veranstaltung kamen rund 20 Teilnehmer aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro, Serbien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zusammen, um sich über ihre Erfahrungen und die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Kodex auszutauschen. Dabei wurden unter anderem die Themen parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte, Reform des Sicherheitssektors und Relevanz des Verhaltenskodex für die umfassende Sicherheit diskutiert. Die eingeladenen Länder brachten sich aktiv ein, und so trug das Seminar dazu bei, sich ein Bild von den regionalen Herausforderungen in Bezug auf die Umsetzung des Kodex machen zu können. Mitorganisatoren dieser Veranstaltung waren die Schweiz und Österreich.

Von 7. bis 9. April veranstaltete die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina ein Seminar zur Förderung der Umsetzung des Verhaltenskodex im Land und zur Erörterung der Herausforderungen für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Das Seminar war eine Fortsetzung der von der Mission in den Vorjahren organisierten Reihe von Veranstaltungen und Ausbildungsseminaren.

Am 28. Mai veranstaltete die OSZE-Mission in Montenegro gemeinsam mit dem montenegrinischen Verteidigungsministerium eine Diskussionsrunde zum Thema Medien und Verteidigungsreform. Diese Veranstaltung – die ebenfalls auf dem OSZE-Verhaltenskodex aufbaute – sollte eine Intensivierung der Kontakte zwischen den Medien und dem

Ministerium bewirken, um die Öffentlichkeit zeitnah über die Reform des Verteidigungssektors zu informieren.

5. Schlussfolgerungen

Die Bemühungen zur weiteren Verbesserung der Umsetzung des Kodex haben im Vergleich zu den Vorjahren nicht nachgelassen. Dieses Jahr stand im Zeichen intensiver Diskussionen und Verhandlungen über die Aktualisierung des Fragebogens und die Umsetzung des maßgeblichen FSK-Beschlusses durch die Teilnehmerstaaten. Das Bewusstsein für den Kodex wurde sowohl durch nationale als auch regionale Seminare und Arbeitstagungen gehoben.

Mit der Verabschiedung des FSK-Beschlusses über die technische Aktualisierung des Fragebogens (FSC.DEC/2/09) trugen die Teilnehmerstaaten ganz allgemein zu mehr Transparenz bei und bekundeten ihre Entschlossenheit, die Umsetzung des Kodex zu verstärken. Darüber hinaus sind einige Teilnehmerstaaten zu einer Ausweitung des Informationsaustauschs bereit, wie aus ihren interpretativen Erklärungen hervorgeht. Nach Abschluss des Informationsaustauschs am 15. April 2010 – ab dann hat die Berichterstattung ausschließlich auf Grundlage des neuen Fragebogens zu erfolgen – ist eine qualitative Verbesserung bezüglich der Transparenz zu erwarten.

2009 war die Beteiligung am Informationsaustausch signifikant geringer als in den Vorjahren, und der FSK-Vorsitz musste vom Ankündigungs- und Erinnerungsmechanismus Gebrauch machen.

Was die zusätzlichen Maßnahmen anbelangt (dritter Themenkomplex), so forderte der FSK-Koordinator die Teilnehmerstaaten auf, mit der Arbeit zu beginnen und in ihrem Engagement nicht nachzulassen. Ein bereits früher erfolgter Vorschlag, die Umsetzung des Kodex regelmäßig einer Beurteilung zu unterziehen, wurde erneut eingebracht und diskutiert. In einer ersten Reaktion unterstützten viele Teilnehmerstaaten diesen Vorschlag, was die Fortsetzung der Diskussionen und eine schwerpunktmäßige Befassung mit diesem Thema im kommenden Jahr rechtfertigt.

In Umsetzung des FSK-Beschlusses betreffend die Verankerung im öffentlichen Bewusstsein und Öffnung des Verhaltenskodex (FSC.DEC/1/08) wurden mehrere nationale und regionale Seminare erfolgreich durchgeführt. Seminare und Arbeitstagungen sorgen nicht nur für Transparenz in Bezug auf die demokratische Kontrolle der Streitkräfte, sondern auch für eine verbesserte Umsetzung des Kodex. Die Teilnehmerstaaten, die bei diesen Seminaren als Gastgeber fungieren oder daran teilnehmen, tragen zur Transparenz, zur nationalen und regionalen Stabilität und zur Sicherheit bei. Alle Teilnehmerstaaten werden ermutigt, weiterhin Seminare und Arbeitstagungen für Teilnehmerstaaten und mit den OSZE-Partnern zu unterstützen und auszurichten.

**FORTSCHRITTSBERICHT DES FSK-VORSITZES
AN DAS SIEBZEHNTE TREFFEN DES OSZE-MINISTERRATS
ÜBER BEMÜHUNGEN IM BEREICH DER
RÜSTUNGSKONTROLLABKOMMEN UND DER
VERTRAUENS- UND SICHERHEITSBILDENDEN MASSNAHMEN
IM EINKLANG MIT SEINEM MANDAT**

(MC.GAL/9/09 vom 11. November 2009)

1. Einleitung und Zielsetzung

Die Vorlage dieses Berichts erfolgt im Einklang mit Beschluss Nr. 13/08 des Sechzehnten Treffens des Ministerrats in Helsinki über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen. Er gibt einen Überblick über die mandatsgemäßen Bemühungen des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) im Bereich von Rüstungskontrollabkommen und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) für den Zeitraum Dezember 2008 bis November 2009¹.

Er geht auch auf die zwischen den Teilnehmerstaaten im FSK über die Umsetzung vereinbarter VSBM ausgetauschten Informationen, normativen Initiativen und Entwicklungen im Forum sowie auf andere damit zusammenhängende Aktivitäten in der Organisation ein. Der Bericht gibt die Erörterungen und Beschlüsse des Forums wieder. Einzelheiten zur Umsetzung sind dem zusammenfassenden Bericht des Konfliktverhütungszentrums über die jüngsten Trends im Bereich der Umsetzung des Wiener Dokuments 1999 und anderer Maßnahmen, die auf dem Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung behandelt wurden, zu entnehmen².

2. Überblick über die Umsetzung im Bereich Rüstungskontrolle und VSBM im Jahr 2009

2009 führten die OSZE-Teilnehmerstaaten die Umsetzung ihrer gemeinsamen Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument 1999 (WD 99) fort³. Das OSZE-Konfliktverhütungszentrum (KVZ) führt Protokoll über den im Rahmen dieser Verpflichtungen stattfindenden Informationsaustausch und gibt diese Informationen regelmäßig in seinen monatlichen Berichten und vierteljährlichen und jährlichen Überblicken über die ausgetauschten VSBM-Informationen heraus. Darüber hinaus erstellt das KVZ einen Jahresbericht, aus dem die Trends im Bereich der Umsetzung von VSBM hervorgehen.

1 Abgabefrist für Beiträge zu diesem Bericht war der 6. November 2009.

2 FSC.GAL/17/09, 13. Februar 2009.

3 Wiener Dokument 1999 der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, verabschiedet auf der 269. Plenarsitzung des Forums für Sicherheitskooperation der OSZE am 16. November 1999 in Istanbul, FSC.DOC/1/99.

Die Umsetzung der VSBM in der OSZE-Region hält sich auf einem relativ stabilen und hohen Niveau. Gemessen an der Zahl der im Rahmen verschiedener Informationsaustauschverfahren, wie dem Jährlichen Austausch militärischer Information (AEMI) und dem Weltweiten Austausch militärischer Information (GEMI), übermittelten Vorlagen blieb das Niveau der Umsetzung in den letzten sechs Jahren konstant.

Wie im Jahr 2008 wurden 2009 von 55 Teilnehmerstaaten Daten im Rahmen des AEMI und von 54 Teilnehmerstaaten im Rahmen des GEMI übermittelt. Bis 6. November 2009 hatten 44 Teilnehmerstaaten Informationen über ihre Verteidigungsplanung übermittelt, im Vergleich zu 47 Vorlagen im Jahr 2007 und 41 Vorlagen im Jahr 2008.

2009 war auch in Bezug auf Inspektionen nach dem WD 99 ein aktives Jahr. Im Vorjahr wurde mit 109 durchgeführten Inspektionen ein Rekord erreicht und bis zum 6. November 2009 wurden insgesamt 102 Inspektionen durchgeführt. Bis zu diesem Datum erfolgten auch 65 Überprüfungsbesuche (gegenüber 75 im Jahr 2008).

2009 waren 51 Teilnehmerstaaten an das Kommunikationsnetz angeschlossen. Nach wie vor war die Zuverlässigkeit des Netzes sehr hoch, die Server in Wien standen 99,9 Prozent der Zeit zur Verfügung. Darüber hinaus war mehr als die Hälfte der Endbenutzerstationen (32) mindestens 99 Prozent der Zeit am Netz. Die maßgeschneiderten Softwarepakete der OSZE, die zur Abwicklung der Notifikationen und der verschiedenen Arten des jährlichen Informationsaustauschs eingesetzt werden, wurden ebenfalls aufgerüstet und den Teilnehmerstaaten zur Verfügung gestellt.

3. Bemühungen des FSK seit dem Treffen des Ministerrats in Helsinki

2009 erfolgte eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Umsetzung der Bestimmungen des WD 99. Bisher führte einer davon zu einem neuen FSK-Beschluss über die Verabschiedung des Praxisleitfadens zur Umsetzung von Kapitel IV „Kontakte“ des Wiener Dokuments 1999.

Das Neunzehnte Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) fand am 3. und 4. März 2009 statt. Wie in den Vorjahren war das Treffen Schauplatz offener und konstruktiver Diskussionen, eines offenen und konstruktiven Erfahrungsaustauschs, und Delegationen legten mehrere Arbeitsdokumente vor, die Denkanstöße zur Stärkung des VSBM-Regimes der OSZE geben sollten.

Anders als in den Vorjahren wurde das Treffen der Leiter der Verifikationszentren 2009 nicht mit dem AIAM verknüpft. Es wird laut FSK-Beschluss Nr. 4/09 am 14. Dezember 2009 stattfinden und seine Schlussfolgerungen werden dem AIAM 2010 vorgelegt. Die Entkoppelung der beiden Treffen sollte eine bessere Vorbereitung des AIAM zu den beim Treffen der Leiter der Verifikationszentren angesprochenen Fragen ermöglichen, was zu konkreteren Vorschlägen führen sollte.

Die siebente Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) der OSZE am 23. und 24. Juni stand im Zeichen der umfassenderen Diskussionen über die Zukunft der Sicherheit in Europa. In Bezug auf den politisch-militärischen Bereich wurde festgestellt, dass Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung den Schlüssel zu einer integrierten Sicherheitspolitik im euro-atlantischen Raum darstellen. Viele Delegationen unterstrichen die

unverzichtbare Rolle des KSE-Regimes, des Vertrags über den Offenen Himmel und des WD 99, forderten jedoch zugleich eine wirksamere Umsetzung dieser Dokumente.

Im Oktober beschloss das FSK, den Praxisleitfaden zur Umsetzung von Kapitel IV „Kontakte“ des Wiener Dokuments 1999 zu verabschieden. Dieses Dokument sollte bei der Planung großer und komplizierter Besuche von Militärflugplätzen und militärischen Einrichtungen, die die Teilnehmerstaaten einmal im Zeitraum von fünf Jahren veranstalten müssen, wertvolle Hilfe leisten.

Darüber hinaus wurden in den Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen des FSK zwischen Dezember 2008 und November 2009 eine Reihe konkreter Vorschläge und Initiativen erörtert, darunter:

- ein Vorschlag für einen FSK-Beschlussentwurf über eine einheitliche Frist für die Vorlage von Informationen zur Verteidigungsplanung, FSC.DEL/494/07/Rev.4/Corr.1
- ein Vorschlag für einen Beschlussentwurf über Leitlinien für die Unterweisung durch militärische Vertreter bei Überprüfungsbesuchen und Inspektionen gemäß Wiener Dokument 1999, FSC.DD/5/09
- ein Vorschlag für einen Beschlussentwurf über mögliche Aktivitäten des FSK zur Verbesserung der Anwendung der Maßnahmen des Wiener Dokuments 1999 für Einhaltung und Überprüfung durch verstärkten Einsatz digitaler Kameras, FSC.DEL/124/09/Rev.1
- ein Vorschlag für einen Beschlussentwurf über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Bereich der Seestreitkräfte, FSC.DEL/120/08/Rev.2.

Abschließend sei festgehalten, dass die VSBM 2009 im Forum weiterentwickelt und Schritte zur Verbesserung der Umsetzung der bestehenden VSBM-Verpflichtungen gesetzt wurden. Es waren nicht alle Vorschläge von Erfolg gekrönt, doch werden die Teilnehmerstaaten ihre zweckdienlichen Aktivitäten zur Entwicklung neuer Ideen und Vorschläge fortsetzen.

**SCHREIBEN DES VORSITZES
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION
AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN UND MINISTER FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN GRIECHENLANDS,
DEN VORSITZENDEN DES SIEBZEHNTE TREFFENS
DES MINISTERRATS DER OSZE**

(Anhang 8 zu MC(17) Journal Nr. 2 vom 2. Dezember 2009)

Exzellenz,

als Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) darf ich Sie über die Aktivitäten des FSK seit dem Sechzehnten Treffen des Ministerrats 2008 in Helsinki informieren.

Bei der Abfassung dieses Schreibens habe ich mich mit den diesjährigen FSK-Vorsitzenden beraten, zu denen neben dem Vereinigten Königreich auch Frankreich und Georgien zählen. Wie bisher arbeiteten die Vorsitze auch 2009 eng zusammen, um im jährlichen Arbeitsprogramm des Forums für Kontinuität, Ausgewogenheit und Effizienz zu sorgen.

Den Schwerpunkt der Arbeit des FSK bildeten auch 2009 politisch-militärische Kernthemen wie Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM), Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) und der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Eigene Fortschrittsberichte über die weitere Umsetzung der Dokumente zu diesen Themen wurden dem Ministerrat zugeleitet und enthalten ausführlichere Informationen über die Entwicklungen dieser Aspekte der Arbeit des FSK im Laufe des Jahres.

2009 setzten die Teilnehmerstaaten der OSZE ihre gemeinsamen Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument 1999 weiter um. Die Umsetzung und Verstärkung des Besitzstandes an VSBM nimmt wie schon bisher einen wichtigen Platz auf der Tagesordnung des Forums ein.

Insgesamt war 2009 für das FSK ein aktives Jahr voller Herausforderungen. Die von verschiedenen Delegationen eingebrachten Initiativen führten bis November zur Verabschiedung von elf neuen Beschlüssen, bei einigen davon handelt es sich um aktualisierte zusätzliche Maßnahmen zur Unterstützung bereits bestehender Verpflichtungen, während sich das Forum mit anderen auf neue Tätigkeitsfelder begibt. Zu Ersteren zählte zum Beispiel eine technische Aktualisierung des Fragebogens zum Verhaltenskodex, zu Letzteren ein vom Forum ausgearbeiteter Praxisleitfaden für Ausfuhrkontrollen und Umschlag, der in Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR) gefordert wird. Das FSK leistete in diesem Jahr auch wesentliche Beiträge unter anderem zum Ministerrat von Athen und zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) und nahm an der öffentlichen Tagung teil, die Bestandteil der umfassenden Überprüfung zu UNSCR 1540 ist.

Während des Jahres führte das Forum einen intensiven Dialog unter anderem über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und unterstrich damit die Bedeutung des FSK als Plattform zur Behandlung und Erörterung von Sicherheitsfragen. Der Sicherheits-

dialog des Forums über Rüstungskontrolle und VSBM war äußerst lebhaft und es gab Vorträge und Diskussionen zu verschiedenen, für den europäischen Sicherheitsdialog aktuellen Themen.

Zum neunzehnten Mal fand am 3. und 4. März 2009 eine der wichtigsten jährlichen Veranstaltungen des FSK, das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (JTBT), statt. In Übereinstimmung mit Kapitel XI des Wiener Dokuments 1999 bot das Treffen den Teilnehmerstaaten Gelegenheit zur Erörterung der gegenwärtigen und zukünftigen Durchführung der vereinbarten VSBM und gab Experten die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen, Vorschläge zu machen und die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich der VSBM zu bewerten. Das Treffen der Leiter der Verifikationszentren 2009 wird am 14. Dezember als eigene, vom JTBT unabhängige Tagung stattfinden, damit in der Zeit zwischen diesen beiden Treffen Konzepte reifen und weiterentwickelt werden können. Wir hoffen, dass sich das Treffen der Leiter der Verifikationszentren auch 2009 als eine gute Gelegenheit erweisen wird, den Wissensstand und das Know-how der Teilnehmerstaaten im Bereich der praktischen Umsetzung der VSBM zu poolen, Erfahrungen auszutauschen und Empfehlungen zu ihrer Verbesserung zu erörtern.

Nach dem JTBT bereitete das FSK seinen Beitrag zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE am 23. und 24. Juni vor. Wie schon in den vergangenen Jahren bestand dieser Beitrag aus einer Liste politisch-militärischer Elemente, die sich als Diskussionspunkte eignen, und der Eröffnungsrede des FSK-Vorsitzes über die Aktivitäten des Forums. Hauptredner bei diesem Treffen war der Außenminister der Russischen Föderation, Sergei Lawrow, der durch seine Anwesenheit das Treffen belebte. In den Diskussionen auf dem JTBT über die gegenwärtige politisch-militärische Lage und den Wert des OSZE-Sicherheitsdialogs, die Rüstungskontrollvereinbarungen und VSBM im OSZE-Raum wurde immer wieder betont, dass der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) trotz der Aussetzung der vertraglichen Verpflichtungen durch einen Vertragsstaat nichts von seiner Bedeutung verloren habe.

In den Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen des FSK 2009 ging die Diskussion über mehrere Vorschläge zur Verbesserung der Umsetzung des WD 99 weiter. Diese Erörterungen mündeten in einem neuen Beschluss: einem Praxisleitfaden zur Umsetzung von Kapitel IV „Kontakte“ des Wiener Dokuments.

Ferner hielt das Forum am 17. und 18. März 2009 in Wien eine Arbeitstagung über einen umfassenden Ansatz der OSZE zur Verstärkung der Sicherheit im virtuellen Raum ab, an der einschlägige internationale Organisationen teilnahmen. Die Veranstaltung bot Gelegenheit zu einem nützlichen Gedankenaustausch zwischen den Teilnehmerstaaten über diese neuartige Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die Arbeitstagung ging auf eine Initiative des estnischen FSK-Vorsitzes 2008 zurück.

Die OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und über Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) nahmen im Forum auch weiterhin großen Raum ein, und die Teilnehmerstaaten unterstrichen ausdrücklich die Notwendigkeit einer fortgesetzten und verbesserten Umsetzung. Gemäß Ministerratsbeschluss Nr. 11/08 und späteren FSK-Beschlüssen fand am 22. und 23. September 2009 erstmals eine OSZE-Tagung zur Überprüfung des OSZE-Dokuments über SALW und der dazugehörigen späteren Beschlüsse statt. Dabei wurde das OSZE-Dokument über SALW von den Teilnehmerstaaten gemeinsam mit einschlägigen internationalen Organisationen und NROs einer kritischen und

eingehenden Überprüfung unterzogen. Der zusammenfassende Bericht der Tagung samt dem darin enthaltenen Überblick über die Vorschläge bildet die Grundlage einer ganzen Reihe möglicher normativer und praktischer Maßnahmen, die das FSK 2010 und darüber hinaus beschäftigen können. Das Forum setzt sich mit Vorschlägen auseinander, wie man diese Arbeit voranbringen könnte. Die normative Arbeit zu SALW wurde 2009 im Hinblick auf die wichtige Tagung zur Überprüfung des SALW-Dokuments zurückgestellt.

Die OSZE setzte 2009 die Durchführung von Projekten in Beantwortung von Hilfsersuchen zu SALW und SCA fort. Die Behandlung dieser Ersuchen von Teilnehmerstaaten zur Unterstützung bei der Vernichtung sowie bei der Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen von SALW und SCA ist nach wie vor einer der dynamischsten Bereiche der Umsetzung der Dokumente über SALW und SCA. Die zweite Phase des großen Hilfsprogramms zu SALW und konventioneller Munition in Tadschikistan wurde 2009 abgeschlossen. Nach einem Ersuchen Zyperns um Hilfestellung bei der Zerstörung mehrerer schulergestützter Luftabwehrsysteme wurde im Juni 2009 ein entsprechendes Programm erfolgreich abgeschlossen. Als Reaktion auf ein Ersuchen Albaniens vernichtete die OSZE im Juli 2009 Lagerbestände des gefährlichen Raketentreibstoffs Mélange. Die OSZE setzte in diesem Jahr die Umsetzung zweier gemeinsamer Hilfsprogramme mit UNDP fort, eines in Montenegro und das zweite in Belarus. Bei der praktischen Unterstützung in Bezug auf SALW und SCA sollte Finanzierungsfragen betreffend Projekte in Belarus, Kasachstan, Moldau, Montenegro und der Ukraine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das FSK befasste sich weiter mit der Abwicklung des umfassenden SALW- und SCA-Programms. Neben regelmäßigen Spenden für bereits laufende Projekte erleichtert dieses Programm Beiträge zu SALW- und SCA-Projekten im Entwicklungsstadium. 2009 ging die finanzielle Unterstützung der Geber für SCA- und SALW-Projekte spürbar zurück. Im FSK gingen zwei neue Hilfsersuchen zu SALW bzw. SCA ein.

Der OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit ist ein von den OSZE-Teilnehmerstaaten verabschiedetes normsetzendes Dokument, durch das die Standards von verantwortungsvollem und kooperativem Verhalten im Sicherheitsbereich und die Pflichten der Staaten untereinander sowie die demokratische Kontrolle der Streitkräfte in der OSZE-Region verbessert werden sollen. 2009 wurden die intensiven Diskussionen über eine wichtige technische Aktualisierung des Fragebogens zum Verhaltenskodex fortgesetzt, und im April verabschiedete das FSK einen diesbezüglichen Beschluss. Durch einen zweiten Beschluss, mit dem der Jährliche Informationsaustausch zum Verhaltenskodex 2009 auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurde, sollten die Teilnehmerstaaten die Möglichkeit erhalten, gegebenenfalls das neue Fragebogenformat zu verwenden.

Die Umsetzung des Informationsaustausches 2009 war generell erheblich geringer und weniger fristgetreu als in früheren Jahren. Die FSK-Vorsitze machten wiederholt vom Ankündigungs- und Mahnmechanismus Gebrauch, um den Teilnehmerstaaten die entsprechenden Informationen zugänglich zu machen. Dadurch wurde die Einhaltung der diesbezüglichen Verpflichtungen verbessert, allerdings haben noch nicht alle Teilnehmerstaaten die erforderlichen Informationen geliefert.

Die Arbeit ging auch im Bereich der Unterstützung für die Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen weiter. Derzeit diskutieren die Teilnehmerstaaten über die Ausarbeitung mehrerer Praxisleitfäden für die Umsetzung der Sicherheitsratsresolution 1540. Diese Leitfäden sollen vorgeschlagene praktische Verfahren für die Umsetzung zusammen-

fassen und könnten für die Teilnehmerstaaten eine wertvolle Hilfe bei der weiteren Entwicklung nationaler Aktionspläne sein. Ein solcher Praxisleitfaden zur Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für Ausfuhrkontrollen und Umschlag wurde vom FSK bereits verabschiedet. In einer Sitzung des FSK am 11. März erörterten mehrere hochrangige Experten für Nichtverbreitung weitere Maßnahmen zur Förderung der Resolution 1540 und die diesbezügliche Bedeutung der OSZE. Ein Vertreter des KVZ nahm im Oktober 2009 an der Überprüfungskonferenz zur Resolution 1540 in New York teil und konnte die Teilnehmer über den Stand der Arbeiten der OSZE in Wien zur Resolution 1540 informieren. Außerdem hielt der FSK-Vorsitz am 21. Oktober einen eigenen Sicherheitsdialog zur Resolution 1540 ab, bei dem ein Vertreter der NATO und der amerikanische Koordinator für die Resolution 1540 Referate hielten.

Schließlich arbeiteten alle drei FSK-Vorsitze 2009 im Sinne der vom griechischen OSZE-Vorsitz vorgegebenen Schwerpunkte weiter an der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem FSK und dem Ständigen Rat (StR) als Teil des OSZE-Konzepts der umfassenden und unteilbaren Sicherheit. 2009 wurden fünf gemeinsame FSK/StR-Sitzungen zu dimensionsübergreifenden Fragen abgehalten, die für die Arbeit sowohl des FSK als auch des StR von Bedeutung sind.

**SCHREIBEN DES VORSITZES
DER BERATUNGSKOMMISSION „OFFENER HIMMEL“
AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN UND MINISTER FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN GRIECHENLANDS,
DEN VORSITZENDEN DES SIEBZEHNTE TREFFENS
DES MINISTERRATS DER OSZE**

(Anhang 9 zu MC(17) Journal Nr. 2 vom 2. Dezember 2009)

Exzellenz,

in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Beratungskommission „Offener Himmel“ (OSCC) beehre ich mich, Sie im Namen der vorsitzführenden Länder Königreich Belgien, Bosnien und Herzegowina und Republik Belarus über die Tätigkeit der OSCC seit dem Ministerratstreffen 2008 in Helsinki zu informieren.

Im Berichtszeitraum konzentrierte sich die OSCC auf aktuelle Fragen, die für die wirksame Umsetzung des Vertrags über den Offenen Himmel von größter Bedeutung sind, und begann mit der Planung für die Zweite Konferenz zur Überprüfung der Durchführung des Vertrags über den Offenen Himmel, die 2010 stattfinden wird.

Seit dem letzten Berichtszeitraum führten die Vertragsstaaten über 100 Beobachtungsflüge durch, die im Großen und Ganzen als erfolgreich beurteilt wurden und in einem Klima der Zusammenarbeit zwischen den beobachtenden und den beobachteten Vertragsstaaten stattfanden. Bei diesen Beobachtungsflügen machten die Vertragsstaaten häufig Gebrauch von Kooperationsformen wie gemeinsamen Beobachtungsflügen, bei denen zwei oder mehr beobachtende Vertragsstaaten an einer Beobachtungsmission über dem beobachteten Vertragsstaat teilnehmen. Außerdem führten die Vertragsstaaten wie schon bisher auf bilateraler Basis Beobachtungsflüge zu Schulungszwecken durch.

Die OSCC hat mit den notwendigen Vorarbeiten für die Organisation der Zweiten Überprüfungskonferenz im Jahr 2010 begonnen. Sie fasste drei Beschlüsse zu der Konferenz, in denen der Termin (Beschluss Nr. 4/09) und die Verfahrensregeln und Arbeitsmethoden (Beschluss Nr. 5/09) festgelegt wurden und die Informelle Arbeitsgruppe für die Planung der Überprüfungskonferenz (IWGPRC) (Beschluss Nr. 6/09) eingerichtet wurde. Die IWGPRC hat bereits mit der Erörterung über die Ausarbeitung der Tagesordnung und des Schlussdokuments der Konferenz begonnen.

Die OSCC befasst sich über die Informelle Arbeitsgruppe „Regeln und Verfahren“ (IWGRP) nach wie vor mit Fragen der routinemäßigen Umsetzung des Vertrags. Die IWGRP arbeitete die Endfassung von zwei wichtigen Beschlüssen aus, die von der OSCC verabschiedet wurden: der eine über Ausweichflugplätze, in dem sowohl die Verfahren zur Benennung und Benützung dieser Flugplätze durch die Vertragsstaaten als auch der Mechanismus zur Aufteilung der mit der Landung eines Beobachtungsluftfahrzeugs auf einem Ausweichflugplatz verbundenen Kosten geregelt werden (Beschluss Nr. 9/08), sowie Abänderung fünf zum Beschluss Nr. eins des Vertrags über den Offenen Himmel (Beschluss Nr. 2/09), eine Zusammenstellung der wichtigsten vertragsbezogenen finanziellen Dokumente. Diese Abänderung enthält Bestimmungen über die gegenseitige Verrechnung zwischen den Vertragsstaaten der mit der Landung von Beobachtungsluftfahrzeugen, auch

auf Ausweichflugplätzen, verbundenen Kosten, für die bisher weder im Vertrag noch in OSCC-Beschlüssen Regelungen vorgesehen waren.

Die Informelle Arbeitsgruppe „Sensoren“ (IWGS) arbeitete 2009 weiter an Abänderung eins zu Beschluss Nummer vierzehn (Video-Beschluss) und an einem neuen Beschluss über digitale Bildverarbeitung. Im Januar stimmte die OSCC einer Erklärung des Vorsitzes zu, in der die technischen Spezifikationen für digitale Videosensoren festgelegt wurden, wodurch die Vertragsstaaten mit der Planung zukünftiger Anschaffungen beginnen konnten. Die IWGS setzt ihre Diskussionen über diese Beschlüsse fort, damit die Vertragsstaaten sich auf die Umstellung von den derzeitigen Sensoren, die mit Film arbeiten, vorbereiten können.

Am 8. Oktober wurde eine Sitzung zur Verteilung der aktiven Quoten abgehalten, bei der man sich auf die Verteilung der aktiven Quoten für 2010 einigte. Die Sitzung wurde als zeiteffizient, erfolgreich und als dem Geist des Vertrags entsprechend beurteilt. Der Vorsitz hofft, dass dieses wichtige Instrument der Zusammenarbeit zu einer ständigen Einrichtung wird. Ausgehend von den Ergebnissen der Sitzung verabschiedete die OSCC einen Beschluss über die Verteilung der aktiven Quoten für Beobachtungsflüge im Jahr 2010 (Beschluss Nr. 8/09).

Die Gesamtzahl der Vertragsstaaten blieb mit 34 unverändert. 2009 wurden bisher keine neuen Anträge auf Beitritt zum Vertrag gestellt. Der Vorsitz ermutigt weitere OSZE-Teilnehmerstaaten, dem Vertrag beizutreten, und begrüßt einen Beitritt. Der Antrag Zyperns steht nach wie vor auf der Tagesordnung der OSCC.

Der Vertrag über den Offenen Himmel sorgt weiter für mehr Offenheit und Transparenz zwischen den Vertragsstaaten und trägt dazu bei, in ihren Hoheitsgebieten von Vancouver bis Wladiwostok ein Klima der Zusammenarbeit zu erhalten. Darüber hinaus leistet der Vertrag einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der OSZE, insbesondere des Ziels, Vertrauen, Stabilität und Sicherheit in Europa zu fördern. In diesem Zusammenhang freuen wir uns über das hohe fachliche Niveau, das die Vertragsstaaten auch 2009 bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Vertrag über den Offenen Himmel und der Schaffung von Vertrauen an den Tag gelegt haben, manchmal auch unter nicht unproblematischen Umständen.

Exzellenz, es steht Ihnen frei, diese Informationen in die entsprechenden Dokumente des Ministerratstreffens aufzunehmen.

BERICHT
AN DAS SIEBZEHNTE TREFFEN DES MINISTERRATS DER OSZE
ÜBER DIE UMSETZUNG DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER
SUBREGIONALE RÜSTUNGSKONTROLLE (ANHANG 1-B
ARTIKEL IV DES FRIEDENSÜBEREINKOMMENS VON DAYTON)

(MC.GAL/10/09 vom 9. November 2009)

Das Übereinkommen nach Artikel IV wurde 1996 im Zusammenhang mit den im Friedensübereinkommen von Dayton ausgearbeiteten Maßnahmen unterzeichnet und soll stabilen Frieden in der Region schaffen. Sein Hauptziel ist es, in der Subregion ausgewogene und stabile Streitkräfteniveaus in den Beständen an schweren Waffen und Personal zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Kurz gesagt bietet das Übereinkommen den rechtlichen Rahmen für den Fortbestand eines strengen Inspektionsregimes zur Rüstungskontrolle in militärischen Stützpunkten und Einrichtungen im Anwendungsgebiet.

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE hat gemeinsam mit seinem kleinen Stab die Aufgabe, die Parteien bei der Umsetzung und Verifikation der vereinbarten Rüstungskontrollmaßnahmen zu unterstützen. Ganz allgemein besteht die Rolle des Persönlichen Beauftragten darin, politischen Konsens herbeizuführen, einen reibungslosen Ablauf des Prozesses zu gewährleisten und Hindernisse zu beseitigen, die der Umsetzung des Übereinkommens im Wege stehen.

Diesem subregionalen Rüstungskontrollvertrag gehören derzeit vier Parteien an: Bosnien und Herzegowina, Montenegro, die Republik Kroatien und die Republik Serbien.

Dem vorliegenden Bericht sind die wichtigsten Entwicklungen des Jahres seit dem letzten Bericht vom Dezember 2008 in Helsinki zu entnehmen:

- In Bezug auf die Verifikationsmaßnahmen genehmigten die Parteien den Inspektionsplan für das Jahr 2009, der recht umfangreich war. Das Programm läuft derzeit planmäßig ab und es traten keinerlei Probleme vor Ort auf. Mit Stand vom 15. November 2009 wurden seit der Unterzeichnung des Übereinkommens im Jahr 1996 insgesamt 621 reguläre Inspektionen und 129 Reduzierungsinspektionen/-besuche erfolgreich abgewickelt. Diese Aktivitäten wurden von 1098 internationalen Assistenten durchgeführt, die von 29 OSZE-Teilnehmerstaaten auf freiwilliger Basis zur Verfügung gestellt wurden.
- Ein wichtiger Punkt ist, dass die Parteien die Fortsetzung der Entwicklung in Richtung einer weiteren Reduzierung ihres militärischen Personals bestätigt haben. Erwähnenswert ist, dass laut dem Austausch militärischer Informationen die Streitkräfte der Parteien ständig kleiner werden und mit der Stärke des Jahres 1996 nicht mehr vergleichbar sind. Die Personalstärke liegt nun weit unter den Niveaus, die von den Parteien anlässlich der Unterzeichnung des Übereinkommens am 14. Juni 1996 in Florenz (Italien) in ihren Erklärungen über freiwillige Begrenzungen festgelegt wurden.
- Auf der 41. Sitzung der Subregionalen Beratungskommission (SRCC) im Oktober 2008 in Montenegro wurden die formellen Abänderungen zum Übereinkommen in

Bezug auf Montenegro als Gebietsnachfolger unterzeichnet, das nun die vierte Vertragspartei des Übereinkommens ist.

- Aufgrund der erfolgreichen Umsetzung des Übereinkommens kamen die Parteien überein, die SRCC-Sitzungen von drei auf zwei pro Jahr zu reduzieren, was erhebliche Einsparungen an finanziellen Mitteln sowohl für die OSZE als auch für die Parteien selbst bedeutet.
- Im Februar 2009 war in der Wiener Hofburg eine Fotoausstellung zur Umsetzung von Artikel IV des Übereinkommens zu sehen, die eine gute Gelegenheit bot, die 300. Inspektion zu feiern, die im September 2008 in Bosnien und Herzegowina stattfand. Die Ausstellung war ein voller Erfolg und die Parteien zeigten sich begeistert und dankbar für eine Initiative, die der Öffentlichkeit das Übereinkommen und seinen Sinn näherbringen sollte.
- Im März 2009 nahmen die Parteien auf dem Treffen zum Datenaustausch die jährliche Analyse des Inspektionsregimes 2008 und des Austauschs militärischer Informationen vor, aus der hervorging, dass die Forderungen des Übereinkommens absolut erfüllt und die damit verbundenen Aktivitäten korrekt durchgeführt wurden.
- Ein wichtiger Fortschritt war die Verabschiedung der Integrierten Notifikationsanwendung (INA) des OSZE-Kommunikationsnetzes für den Austausch von Informationen und Notifikationen zwischen den Parteien, die mit 1. Januar 2009 verpflichtend wurde. Sobald das System voll einsatzfähig ist, wird es die Betriebskosten reduzieren und einen effizienten und sicheren Informationsaustausch zwischen den Parteien und mit der OSZE ermöglichen.
- Im Zusammenhang mit der Implementierung der Dayton-INA und im Hinblick auf eine verstärkte Einbindung der Verifikationszentren der Parteien in das OSZE-Netz wird ein Programm zur Übernahme des automatisierten Datensystems (ADS) für Dayton für den jährlichen Austausch militärischer Informationen zwischen den Parteien entwickelt.
- 2008/2009 wurden drei wichtige Dokumente fertiggestellt: die „Aktualisierte Fassung“ des Übereinkommens, der „Historische Überblick“, der die wichtigsten Ereignisse in der Geschichte des Übereinkommens beleuchtet, und das „Handbuch“, das Inspektoren und ihren Begleitpersonen ein nützliches Instrument für ihre Arbeit vor Ort an die Hand gibt und in der Praxis auch vom Stabspersonal benützt wird.
- Eine weitere erwähnenswerte Frage ist der von den Parteien eingeleitete Prozess zur Entwicklung neuer freiwilliger Reduzierungsverfahren für den irreversiblen Einsatz von Waffen für militärische Zwecke, die nach Abschluss der Reduzierungsphasen umzusetzen sein werden. Dieses Projekt dient dem Zweck, weniger teure und zeitraubende Verfahren als die im offiziellen Reduzierungsprotokoll zum Übereinkommen vorgesehenen zu entwickeln. Hier sei angemerkt, dass die Parteien ihre Bestände bisher um eindrucksvolle 9228 schwere Waffen reduziert haben. Darüber hinaus notifizieren und verifizieren sie weiter freiwillig die Reduzierung ihrer schweren Waffen, obwohl ihre derzeitigen Bestände weit unter den zahlenmäßigen Beschränkungen liegen.

Zusammenfassend kann aus technischer Sicht gesagt werden, dass die Umsetzung des Übereinkommens nach Artikel IV unter voller Einhaltung der vereinbarten Maßnahmen weitergeht. Die Parteien sind für die bemerkenswerten Erfolge, die sie im letzten Jahr der Durchführung erzielt haben, zu beglückwünschen.

Wir kommen nun zu den wichtigsten Entwicklungen aus politischer Sicht.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Verbesserung der militärischen Stabilität in der Subregion ermutigt die internationale OSZE-Gemeinschaft die Parteien weiterhin zur verstärkten Mitsprache bei der Umsetzung des Übereinkommens, um nach und nach die Umsetzung in die Eigenverantwortung zu übernehmen. Das ist implizit eine Anerkennung für das hohe Maß an Transparenz und militärischer Zusammenarbeit, das die Parteien im Verlauf der vergangenen 13 Jahre verwirklicht haben, und entspricht der regionalen Entwicklung zu mehr Eigenverantwortung, die auch in anderen Tätigkeitsbereichen in der Südregion Europas zu sehen ist.

Die Parteien bekräftigten in ihrem Schlussdokument der letzten Überprüfungs-konferenz im Juli 2008 in Wien ihr Bekenntnis zur weiteren Umsetzung des Überein-kommens. Außerdem brachten sie ihre Bereitschaft zum Ausdruck, mit Unterstützung des Persönlichen Beauftragten zu sondieren, auf welche Weise ihre Eigenverantwortung verstärkt werden kann.

Daraufhin arbeitete das Büro des Persönlichen Beauftragten einen aus zwei Phasen bestehenden Plan zur Übergabe der Verantwortung aus. Phase 1 dieses Plans sieht die mittelfristige Übertragung bestimmter technischer Aufgaben an die Parteien vor, die derzeit vom Büro des Persönlichen Beauftragten wahrgenommen werden. In Phase 2 sollen Maß-nahmen vorbereitet werden, die die Übertragung der vollen Eigenverantwortung an die Parteien im Laufe der nächsten zwei Jahre vorsehen, sobald man die Zeit für reif erachtet. Als der Persönliche Beauftragte seinen letzten Bericht im Ständigen Rat erstattete, wurde die Übernahme der Eigenverantwortung und der Zwei-Phasen-Plan von der EU und den assoziierten Ländern sowie von den USA und Russland unterstützt, ergänzt durch die Empfehlung, schrittweise und in enger Zusammenarbeit mit den Vertragsparteien vor-zugehen.

In der Frage der Eigenverantwortung arbeitet das Büro des Persönlichen Beauftragten in enger Abstimmung mit den Vertretern der Kontaktgruppenländer. In einem Schreiben an den Persönlichen Beauftragten vertraten die Kontaktgruppenländer erst vor Kurzem die Auffassung, dass der Zwei-Phasen-Plan für die Übernahme der Eigenverantwortung eine gute Grundlage für den weiteren Prozess darstelle. Sie sehen auch die Notwendigkeit eines schritt-weisen Vorgehens, bei dem die Fähigkeiten und eindeutigen Wünsche aller betroffenen Parteien berücksichtigt werden.

Die Kontaktgruppenländer schließen sich – vorbehaltlich weiterer regelmäßiger Evaluierungen – der Meinung an, dass Ende 2011 für die Erreichung des mittelfristigen Ziels von Phase 1 angestrebt werden sollte. Dann könnte nach weiteren Verbesserungen der regionalen Stabilität und Sicherheit im darauffolgenden Jahr die volle Verantwortung für die Umsetzung des Übereinkommens an die Vertragsparteien übertragen werden, wenn die Zeit reif und die politische Situation günstig ist.

Die Parteien bestätigten darüber hinaus, dass ihre Länder bereit seien, mehr Verantwortung für die Umsetzung des Übereinkommens nach Artikel IV zu übernehmen, wobei die Notwendigkeit eines schrittweisen Vorgehens betont wurde. Konkret bezogen sich ihre Vorbehalte auf technische und insbesondere finanzielle Beschränkungen.

Auf der 43. Sitzung der Subregionalen Beratungskommission am 3. und 4. November in Novisad (Serbien) stimmten die Parteien dem vom Persönlichen Beauftragten vorgeschlagenen Zwei-Phasen-Plan für die Übernahme der Eigenverantwortung sowie den Empfehlungen der Kontaktgruppenländer zu. Sie waren sich darin einig, dass der Plan und sein schrittweiser Ansatz eine gute Basis für das weitere Vorgehen bieten, und stimmten einem Aktionsplan für die Übernahme der neuen Aufgaben zu.

Der Persönliche Beauftragte wird weiter mit den Parteien an der Übertragung der neuen Verpflichtungen arbeiten.

Es folgen einige Überlegungen als Schlussbemerkungen zum vorliegenden Bericht.

Das Übereinkommen nach Artikel IV gilt weithin als Erfolgsgeschichte und seine Umsetzung gab und gibt den Parteien Gelegenheit, Transparenz, Vertrauen und Freundschaft im militärischen Bereich aufzubauen.

Das Rüstungskontrollexperiment nach Artikel IV ist ein Modell für eine regionale Lösung und hat sich bisher als ein einzigartiger regionaler Erfolg erwiesen.

In der südeuropäischen Region gibt es nach wie vor kritische Entwicklungen in einigen Bereichen, insbesondere in bestimmten Ländern, doch kann die militärische Stabilität unbestritten als gefestigt und intakt angesehen werden. Dass dem so ist, ist nicht zuletzt auf das Rüstungskontrollübereinkommen zurückzuführen, das sich in den vergangenen 13 Jahren bewährt hat, ausgezeichnete Ergebnisse gezeitigt und zur Verbesserung einer militärischen Situation beigetragen hat, die sich nicht mehr mit der Situation Ende der 1990er Jahre vergleichen lässt.

Heute sind die Parteien, ebenfalls dank der erfolgreichen Umsetzung des Übereinkommens nach Artikel IV, auf dem Weg zu einer vollständigen europäischen oder euroatlantischen Integration, wenn auch in unterschiedlichem Tempo. Sie alle haben ausnahmslos Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet, Kroatien hat bereits Bewerberstatus und alle sind im NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“, wobei Kroatien seit April dieses Jahres NATO-Mitglied ist.

In diesem Szenario ist und bleibt Artikel IV ein unschätzbare System, das von der internationalen Gemeinschaft als Beispiel eines effizienten und konstruktiven Ansatzes für Lösungen für multilaterale Fragen erhalten und unterstützt werden muss. Dank des Übereinkommens ist die südeuropäische Region beispielhaft für Rüstungskontrolle und Abrüstung in der Zeit nach Konflikten. Über die beiden wichtigsten Gründe für den Erfolg des Friedensübereinkommens von Dayton, insbesondere seines Rüstungskontrollregimes, gibt es keinen Zweifel: Erstens hatten die Parteien den politischen Willen, das Übereinkommen umzusetzen, und zweitens stand die internationale Gemeinschaft hinter dem Prozess und ließ die direkt betroffenen Parteien nicht allein.

Längerfristig wird das Übereinkommen nach Artikel IV – in Erwartung der vollen Mitgliedschaft der Vertragsparteien in den europäischen oder euroatlantischen Strukturen, der Ergebnisse der Gespräche über die Zukunft des KSE-Regimes bzw. anderer diesbezüglicher Entwicklungen – auch weiterhin eine nützliche Rolle für die Aufrechterhaltung der militärischen Stabilität in Südosteuropa spielen.

Zum Thema Finanzen konnte das Büro des Persönlichen Beauftragten seine Effizienz im Rahmen seiner budgetären Vorgaben beibehalten, bei einer Schrumpfung seiner Haushaltsmittel auf 60 Prozent im Verlauf der letzten sechs Jahre. Allein die Tatsache, dass mit einem so kleinen Budget so große Leistungen möglich waren, belegt, dass die von der OSZE bereitgestellte Unterstützung eine eindrucksvolle Investition für die Gemeinschaft darstellt, und bekräftigt den Standpunkt, dass die starken und bis zum heutigen Tag äußerst nutzbringenden Beziehungen zwischen der OSZE und den Vertragsparteien noch für eine angemessene Zeit fortgesetzt werden sollten.

BERICHT
DES STÄNDIGEN VERTRETERS KASACHSTANS BEI DER OSZE
UND VORSITZENDEN DER KONTAKTGRUPPE FÜR DIE
KOOPERATIONSPARTNER DER OSZE IM MITTELMEERRAUM
(MC.GAL/12/09 vom 28. November 2009)

Verehrte Minister,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zu Beginn meines Berichts den Partnern im Mittelmeerraum für ihren hervorragenden Beitrag zur OSZE im Jahr 2009 danken, der von ihrem ungebrochenen Engagement und ihren anregenden Diskussionen getragen war, sowohl in der Mittelmeer-Kontaktgruppe als auch in den umfassenderen Aktivitäten der OSZE auf politischer Ebene.

Wir hatten ein sehr intensives Jahr mit lebhaften Diskussionen und voll neuer, erfrischender Ideen. Wie ich bereits erwähnte, gebühren die Lorbeeren dafür den Mittelmeerpartnern selbst, aber auch Griechenland, das als Vorsitz der OSZE die Arbeit dieser Gruppe immer unterstützt hat, sowie Litauen, das sich bereits mit Enthusiasmus und Hingabe auf dieses Abenteuer eingelassen hat.

Unsere Anerkennung gilt auch den Bemühungen von Professor Sotiris Roussos als Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für die Mittelmeerpartner im Jahr 2009. Sein Mandat wird die Grundlage für weitere ähnliche Aktivitäten bilden, und wir werden 2010 auf dem bisher Erreichten weiter aufbauen.

Und nicht zuletzt sei auch das Sekretariat lobend erwähnt, dessen Arbeit nach wie vor der Pfeiler ist, der unseren Dialog trägt. Die Zusammenarbeit mit ihnen war ein Vergnügen und eine Ehre, und ich wünsche ihnen allen das Beste für ihre jeweiligen institutionellen Aufgaben im nächsten Jahr.

Die Arbeit des kasachischen Vorsitizes der Mittelmeer-Kontaktgruppe 2009 ruhte auf vier Säulen. Erstens bemühten wir uns nach Kräften, dem dreidimensionalen Sicherheitsansatz der OSZE gerecht zu werden. Zweitens ging es uns darum, Initiativen zu setzen, die für die Mittelmeer-Region und die für sie wichtigen Fragen von Belang sind. Unser drittes Leitprinzip lautete, dass die Diskussionen auch für die OSZE-Teilnehmerstaaten von Belang sein sollten. Und schließlich sahen wir unsere Rolle darin, den Dialog und einen fruchtbaren Erfahrungs- und Gedankenaustausch zu fördern.

Mit diesem Vorsatz beschlossen wir, 2009 sieben Sitzungen der Mittelmeer-Kontaktgruppe abzuhalten. Die Sitzungen waren sehr lebhaft und Schauplatz von Diskussionen und einem Meinungs austausch über zahlreiche Fragen wie Medienfreiheit, Terrorismusbekämpfung, Menschenhandel, die Allianz der Zivilisationen, Wirtschafts- und Umweltaktivitäten, die politisch-militärische Dimension, Toleranz und Nichtdiskriminierung und die Union für das Mittelmeer. Auch mit dem Vertreter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien fand ein Gedankenaustausch statt. Zur Verwendung des Partnerschaftsfonds wurden regelmäßig Diskussionen und Konsultationen abgehalten. Wie schon bei früheren ähnlichen Initiativen hielt Marokko einen Vortrag über die Zukunft der Mittelmeerpartnerschaft der OSZE.

Darüber hinaus werden wir am 11. Dezember die traditionelle gemeinsame Sitzung der Kontaktgruppen abhalten, bei der wir beide Gruppen betreffende Fragen erörtern können. Zwar ist die Tagesordnung noch nach Maßgabe des Ergebnisses des Athener Ministerrats-treffens fertigzustellen, doch werden wir wahrscheinlich das Thema „Das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE – die gemeinsamen Herausforderungen und Bedrohungen“ erörtern, um davon ausgehend zu ermitteln, auf welche Weise die Kooperationspartner zu den Folgeaktivitäten des erwarteten Ministerratsbeschlusses über die Zukunft des Korfu-Prozesses beitragen können. Das zweite Thema auf unserer Tagesordnung könnte der Partnerschaftsfonds sein.

Die Mittelmeerkonferenz der OSZE 2009 wird am 14. und 15. Dezember in Kairo stattfinden. Zum siebenten Mal in Folge wird die Konferenz von einem Mittelmeerpartner veranstaltet und schon zum fünften Mal von Ägypten ausgerichtet. Das Hauptthema der Konferenz wird „Die Mittelmeerpartner und die OSZE – Zusammenarbeit für mehr Sicherheit und Stabilität“ lauten. Im Einklang mit den genannten Prioritäten erstellte Kasachstan eine Tagesordnung, die auf alle drei Dimensionen sowie auf tagesaktuelle Fragen Bezug nimmt. Wir glauben, dass eine Erörterung der politisch-militärischen Aspekte der Sicherheit im OSZE-Gebiet und im Mittelmeerraum sowie der Auswirkungen der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Migration und der Zukunftsaussichten für die Zusammenarbeit zwischen OSZE und Mittelmeerraum in der Tat äußerst relevant und zeitgemäß ist. Eine ebenso brennende Frage wie Toleranz und Nichtdiskriminierung ist für den Mittelmeerraum die Migration sowie die Erörterung des OSZE-*acquis* in der ersten Dimension und insbesondere deren VSBM-Regime.

In den letzten Jahren waren die Diskussionen auf unseren jährlichen Konferenzen sehr intensiv, und wir konnten ausgehend davon umfangreiche Listen mit Vorschlägen erstellen. Die Nachbereitungsmechanismen waren allerdings weniger gut ausgebildet, teils weil die Listen der Empfehlungen so lang waren, dass kein Vorsitz sie in allen Einzelheiten hätte abarbeiten können. Deshalb haben wir in diesem Jahr beschlossen, das Ergebnis der Konferenz zu straffen und Qualität statt Quantität anzustreben. Nach der Konferenz von Kairo haben wir als Vorsitz dieser Kontaktgruppe die Absicht, die drei wichtigsten und realistischsten Vorschläge herauszugreifen, die mithilfe des designierten litauischen Vorsitzes der Kontaktgruppe im nächsten Jahr mit hoher Priorität behandelt werden sollen.

Wie bereits gesagt, sind Migration, Toleranz und Nichtdiskriminierung wohl die wichtigsten Fragen in unserem Dialog mit den Mittelmeerpartnern, hören wir doch immer wieder, dass durch Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit motivierte Vorfälle in vielen Teilnehmer- und Partnerstaaten der OSZE im Zunehmen begriffen sind. Auch wir als Teilnehmerstaaten haben das Ausmaß dieser Bedrohung erkannt und drei Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Toleranzfragen bestellt und eine ganze Reihe hochrangiger Konferenzen zu diesem Thema abgehalten. Kasachstan selbst plant eine große Konferenz auf hoher Ebene zu einem ganzheitlichen Toleranzkonzept, die unter unserem OSZE-Vorsitz 2010 in Astana stattfinden soll.

Aus diesem Grund erschien es uns wichtig, im Juli in Astana ein Seminar über Toleranz und Nichtdiskriminierung für die Mittelmeerpartner abzuhalten, im Vorfeld einer weiteren für dieses Thema äußerst relevanten Veranstaltung, dem Dritten Kongress der Führer von Weltreligionen und traditionellen Religionen, dessen Gastgeber der Präsident der Republik Kasachstan, S.E. Nursultan Nursarbajew, war. Das Seminar wurde aus einem Bei-

trag Kasachstans zum Partnerschaftsfonds finanziert und galt der Förderung des inter-ethnischen und interreligiösen Dialogs und dem Schutz der Rechte von Arbeitsmigranten. Es leistete einen wesentlichen Beitrag zur Erstellung der Prioritäten des OSZE-Vorsitzes 2010 in der menschlichen Dimension, darunter eine geplante Konferenz des Vorsitzes zum Thema Toleranz, die Kasachstan im nächsten Jahr ausrichten wird.

Mit Toleranz und Nichtdiskriminierung hat auch die Frage der Medienberichterstattung über bestimmte Themen und eines verantwortungsvollen Journalismus zu tun. Ich möchte hier nicht näher auf die Frage eingehen, wie der notwendige Schutz der Medien- und Meinungsfreiheit gegen die Notwendigkeit abzuwägen ist, zu verhindern, dass sich gewisse Gruppen der Bevölkerung ausgeschlossen oder ausgegrenzt fühlen, gleichgültig, ob es sich um Minderheiten oder Migranten handelt. Ich möchte hier nur betonen, dass es in dieser Frage keine einfachen Lösungen gibt. Die Selbstregulierung der Medien ist eine der wirksamsten Abhilfen für dieses Problem. Das war jedenfalls das eindeutige Ergebnis unseres Seminars vom Juni in Wien, das vom Büro des Beauftragten für Medienfreiheit veranstaltet wurde und das Kasachstan uneingeschränkt unterstützte. Elf internationale Fachleute aus der gesamten OSZE-Region und aus der Region der OSZE-Mittelmeerpartner stellten verschiedene Formen der Medienselbstregulierung vor, die in der Folge erörtert wurden. Die Veranstaltung förderte auch das Bewusstsein dafür, welche wichtige Rolle verantwortungsvoller Journalismus für die Entwicklung unabhängiger Medien spielt. Medienschaffende erläuterten und diskutierten die Vorteile der Selbstregulierung, einschließlich redaktioneller Unabhängigkeit, Richtigstellung von Falschmeldungen, Beschwerden und der Verbesserung der Qualität und Professionalität.

Ebenfalls zur ersten Dimension wird in wenigen Tagen in Valletta (Malta) für den Mittelmeerraum eine Arbeitstagung über ein integriertes Konzept für die Sicherheit der Lieferkette stattfinden. Dabei werden, aufbauend auf den OSZE-Verpflichtungen zur Verstärkung der Containersicherheit (MC.DEC/9/04/Corr.1 und MC.DEC/6/05), Experten des öffentlichen und des privaten Sektors aus OSZE-Teilnehmerstaaten im Mittelmeerraum mit den Mittelmeer-Kooperationspartnern der OSZE zusammenkommen. Es werden leitende Beamte und Fachleute der Regierungen, der Wirtschaft und Industrie sowie aus einschlägigen internationalen Einrichtungen teilnehmen; die Arbeitstagung soll den Dialog, die Vernetzung, den Erfahrungsaustausch und öffentlich-private Partnerschaften erleichtern. Sie soll zu einem besseren Verständnis der Energielieferkette und der damit einhergehenden Sicherheitsprobleme, auch der Schwachstellen und Bedrohungen, beitragen. Letztendlich geht es darum, wirksamer gegen den Terrorismus vorgehen zu können und zugleich den legalen Handel und Verkehr weiterhin zu fördern. Es ist dies ein weiteres Projekt, das aus dem Partnerschaftsfonds finanziert wurde und zu dem Kasachstan einen Beitrag leistete.

Ich habe den Partnerschaftsfonds als Finanzierungsquelle für viele Veranstaltungen bereits genannt. Das ist der beste Beweis dafür, dass die Teilnehmerstaaten darin zu Recht eine gute Methode zur Förderung einer stärkeren Einbindung der Kooperationspartner in die Organisation sahen. Ausgehend von den Errungenschaften dieses Jahres und des Vorjahres hat Kasachstan einen Prozess in Gang gesetzt, der hoffentlich sowohl kurz- als auch mittelfristig Früchte tragen wird. Ich habe bereits die große Zahl an Vorschlägen erwähnt, die in der Vergangenheit gemacht wurden. Die Liste war zu umfangreich, um in Gänze abgearbeitet zu werden, doch sollte ihr gebührende Aufmerksamkeit zukommen. Gemeinsam mit den Mittelmeerpartnern haben wir drei Schlüsselbereiche herausgearbeitet, auf die wir – so meinen wir – unsere Arbeit vorrangig ausrichten sollten, um einige gezielte und gut durchdachte Projekte zu verwirklichen. Es sind dies die Wasserwirtschaft und Maßnahmen gegen

die Wüstenbildung, Grenzsicherheit und -management und Personalressourcen, womit konkret das Sponsoring von Berufseinsteigern (Diplomaten) aus den Ländern der Mittelmeerpartner gemeint ist, die so die Möglichkeit erhalten sollen, in einem Durchführungsorgan der OSZE Erfahrungen zu sammeln.

Mit Unterstützung des designierten litauischen Vorsitzes der Kontaktgruppe für den Mittelmeerraum werden wir heute in einem Jahr sicher einen ebenso begeisterten Bericht über den Einsatz dieses wichtigen Instruments zu hören bekommen.

Ich danke Ihnen.

BERICHT
DES VORSITZENDEN DER KONTAKTGRUPPE FÜR DIE
KOOPERATIONSPARTNER IN ASIEN ÜBER DIE ARBEIT MIT DEN
KOOPERATIONSPARTNERN IN ASIEN 2009
AN DAS ATHENER TREFFEN DES MINISTERRATS
(MC.GAL/11/09 vom 27. November 2009)

Verehrte Minister,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

ich möchte zu Beginn den Kooperationspartnern in Asien für ihre ausgezeichnete Arbeit und ihre Unterstützung während des gesamten Jahres danken. 2009 war für unsere Kontaktgruppe ein Jahr voll Veranstaltungen und Neuerungen, in dem viele wichtige und neue Initiativen gesetzt wurden.

Mein besonderer Dank gilt an erster Stelle Griechenland für seinen Beschluss, Theodore Kotsonis zum Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Kooperationspartner in Asien zu bestellen. Seine Arbeit und seine Rolle waren für unsere Gruppe wichtig und wir freuen uns alle auf seinen Bericht und seine Vorstellungen darüber, wie unser Dialog weiter verstärkt werden kann. Ich hoffe, dass der designierte kasachische Vorsitz diesen innovativen Ansatz im nächsten Jahr weiterführen wird.

In der Arbeit der asiatischen Kontaktgruppe trat 2009 insofern eine wichtige Änderung ein, als unsere asiatischen Partner selbst die Verantwortung für die Debatte übernahmen. 2009 fanden fünf Sitzungen statt, in denen dank der Vorträge, die die asiatischen Partnern in jeder dieser Sitzungen hielten, verstärkt zusammengearbeitet und debattiert wurde.

Es begann mit unserer Sitzung im Februar, bei der Afghanistan über Grenzsicherheit und Grenzmanagement sowie über die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen referierte. Dank der Informationen von Botschafter Shoogufan konnte unser Ständiger Rat im April zum dritten Mal in seiner Geschichte einen Beschluss über die Entsendung eines Wahlunterstützungsteams verabschieden (Beschluss Nr. 891). Dieses Team hat seinen Auftrag inzwischen erfolgreich abgeschlossen. Finnland gehört zwar nächstes Jahr nicht mehr der Troika an, wird sich aber auch in Zukunft aktiv für die Unterstützung Afghanistans durch die OSZE einsetzen.

Bei unserer zweiten Sitzung im Mai wurde unter der Leitung Japans über menschliche Sicherheit und den Aufbau demokratischer Institutionen diskutiert; Japan lud dazu den Leiter der Gruppe menschliche Sicherheit des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, Kazuo Tase, als Vortragenden ein. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Arbeit des Treuhandfonds der Vereinten Nationen für menschliche Sicherheit, und wir erfuhren, dass der Fonds die Aufgabe hat, die Maßnahmen internationaler Organisationen, zentraler und lokaler Regierungen sowie der Zivilgesellschaft zu koordinieren. Es wurde festgestellt, dass viele laufende OSZE-Aktivitäten ebenfalls von besonderer Bedeutung für die menschliche Sicherheit sind.

Maßnahmen im Anschluss an die OSZE/Mongolei-Konferenz von 2007, einschließlich Maßnahmen zur Förderung der Interessen von Binnenländern sowie zur Ausarbeitung von Indikatoren für demokratische Governance, waren das Thema einer von der Mongolei geleiteten Diskussion auf unserer Sitzung im Juli. Botschafter Enkhsaikhan informierte uns über die von der Mongolei verfolgte Politik der strukturellen Prävention, bei der das gegenseitige Vertrauen mit und zwischen ihren zwei unmittelbaren Nachbarn gefördert werden soll, in deren Rahmen ihren unmittelbaren Nachbarn unter anderem der Entwurf zu einem dreiseitigen Vertrag vorgelegt wurde, in dem ihr atomwaffenfreier Status definiert werden soll. Er informierte uns auch über den Beschluss der Mongolei, eine internationale Denkwerkstatt zur Stärkung der analytischen Fähigkeiten für die Bewältigung der Herausforderungen, mit denen Binnenländer konfrontiert sind, und deren verstärkte Integration in die regionalen und globalen Handelssysteme ins Leben zu rufen. Unsere Gruppe ließ sich auch von den Erfahrungen der Mongolei bei der Erstellung nationaler Indikatoren für demokratische Governance inspirieren.

Im September diskutierte die Kontaktgruppe unter der Leitung Koreas über die Beweggründe Nordkoreas und überlegte, wie die internationale Gemeinschaft, einschließlich der „fünf Parteien“, reagieren sollte. Die Teilnehmer betonten, dass Nordkorea vollständig und überprüfbar atomwaffenfrei gemacht werden müsse, dass die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen getreu und wirksam umgesetzt werden müssten, und dass die nordkoreanische Atomfrage auf diplomatischem Wege im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche gelöst werden sollte. Es wurde auch die Wichtigkeit betont, Nordkorea zurück an den Tisch zu den Sechs-Parteien-Gesprächen zu holen und die Zusammenarbeit zwischen den fünf Parteien fortzuführen. Es wurde auch klargestellt, dass bilaterale Kontakte zwischen der Demokratischen Volksrepublik Korea und den Vereinigten Staaten oder irgendeinem anderen Land kein Ersatz für die Sechs-Parteien-Gespräche seien.

Unsere letzte Sitzung im November stand unter der Leitung Thailands und widmete sich der Erörterung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem ASEAN-Regionalforum. Nach einem informativen Überblick über die Art und die Aktivitäten des ARF unterstrich Botschafter Phetcharatana die Entschlossenheit seines Landes, die Beziehungen zwischen dem ARF und der OSZE zu vertiefen, insbesondere in Zusammenhang mit vertrauensbildenden Maßnahmen und vorbeugender Diplomatie. Diese Aussage wurde von der Kontaktgruppe begrüßt und unterstützt. Die Sitzung wurde darüber hinaus durch eine Diskussion mit dem australischen Botschafter Potts über Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Intensivierung der Beziehungen zwischen Australien und der OSZE bereichert, in der auch das Thema der regionalen Sicherheitsarchitektur im asiatisch-pazifischen Raum angesprochen wurde. In der auf das Referat folgenden Diskussion ermutigten die Teilnehmer der Kontaktgruppe Australien, engere Beziehungen zur OSZE anzustreben.

Schließlich wird am 11. Dezember die schon traditionelle gemeinsame Sitzung der Kontaktgruppen für die Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum stattfinden, die uns Gelegenheit geben wird, Fragen zu erörtern, die beide Gruppen betreffen. So werden wir insbesondere über das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE aus Sicht der Partner diskutieren. Dabei können wir die Grundlagen für unsere zukünftige Arbeit schaffen, was insbesondere deshalb wichtig ist, weil hier in Athen ein Beschluss über die Zukunft des Korfu-Prozesses verabschiedet werden soll. Außerdem werden bei diesem gemeinsamen Treffen auch der aktuelle Stand des Partnerschaftsfonds und die diesbezügliche weitere Vorgehensweise erörtert werden.

Die OSZE/Japan-Konferenz. Den Höhepunkt des Jahres bildete wie üblich die jährliche Konferenz mit den asiatischen Partnern, die in diesem Jahr auf Einladung Japans am 10. und 11. Juni in Tokio stattfand. Hauptthema war der „Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen zwischen den Teilnehmerstaaten und den asiatischen Kooperationspartnern der OSZE – Zusammenarbeit zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen“. Die Konferenz befasste sich mit drei wesentlichen Punkten: der Verstärkung der Vertrauensbildung durch militärische Transparenz, dem Energiesicherheitsdialog und der Entwicklung der Zivilgesellschaft, einschließlich der Medien.

Die Diskussion über die Verstärkung der Vertrauensbildung fand vor dem Hintergrund der jüngsten Atom- und Raketentests der Demokratischen Volksrepublik Korea statt, was einige Redner zu der Feststellung veranlasste, dass die demokratische Volksrepublik Korea damit riskiere, die Spannungen zu verschärfen und ein unerwünschtes Wettrüsten auszulösen, weshalb die multilaterale Zusammenarbeit verstärkt und nicht geschwächt werden sollte. Fragen wie militärische Transparenz und Medienfreiheit sind ja schon lange Markenzeichen der OSZE, die Energiesicherheit hingegen war für die Organisation ein relativ neues Thema. Es war äußerst interessant, Näheres über die Erfahrungen der asiatischen Partner zu hören, da Energiesicherheit eine globale Frage ist und auch die Lösungen global sein müssen. Die Teilnehmerstaaten der OSZE und die asiatischen Partner waren sich auch einig, dass die Medienfreiheit als unverzichtbarer Bestandteil transparenter, friedlicher und moderner Gesellschaften weiter gefördert werden müsse.

Nach ähnlichen Initiativen in den Jahren 2007 und 2008 sponserte Finnland gemeinsam mit Belgien eine Tagung über „Multilaterale Sicherheitskooperation in Nordostasien und die Bedeutung der OSZE-Erfahrung“, die am 23. und 24. April in Wien stattfand. Sie wurde aus dem Partnerschaftsfonds finanziert und gemeinsam vom Österreichischen Zentrum für internationale Studien und dem finnischen Vorsitz der asiatischen Kontaktgruppe organisiert. Die 23 Teilnehmer der Tagung kamen aus den Teilnehmerstaaten, den asiatischen Partnerländern und den an den Sechs-Parteien-Gesprächen beteiligten Ländern. Auf der Tagung wurden Aspekte der KSZE/OSZE-Erfahrungen beleuchtet, etwa die Bedeutung vereinbarter Leitsätze, der Dialog auf gleichberechtigter Basis und die Vertrauensbildung sowie die Notwendigkeit einer Form von menschlicher Dimension wie etwa zwischenmenschliche Kontakte. Die diesbezüglichen Erfahrungen der OSZE wurden als besonders nützlich für einen multilateralen Mechanismus für Sicherheitskooperation in Nordostasien angesehen, wobei gewisse Anpassungen an die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten notwendig wären.

Einer weiteren Initiative der Mongolei war eine Konferenz in Ulan Bator vom 20. bis 24. April zum Thema „Das gegenwärtige und künftige Sicherheitsumfeld in Nordost- und Zentralasien – Ulan Bator: ein neues Helsinki?“ zu verdanken. Auf der Konferenz wurden Fragen wie die Herausforderungen für die Sicherheit und Vertrauensbildung in Zentral- und Ostasien, europäische Beispiele von Neutralität/sicherheits- und vertrauensbildenden Maßnahmen sowie Sicherheit und Sicherheitskooperation in Asien durch Dialog besprochen. Das KSZE/OSZE-Modell wurde als Vorbild für eine neue Sicherheitsarchitektur in Asien präsentiert. Finnland nahm an der Veranstaltung teil und berichtete von den Verhandlungen, die in der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki mündeten.

Partnerschaftsfonds. Finnland, das als Troika-Mitglied ursprünglich den Fonds mitinitiiert hatte, unterstützt ihn auch weiterhin. Ein Teil des finnischen Beitrags in Höhe von 250.000 EUR wurde zur Finanzierung eines Wahlunterstützungsprojekts für die unabhängige

Wahlkommission von Afghanistan verwendet, das in anschließend vom BDIMR und der Abteilung Externe Zusammenarbeit des Sekretariats abgewickelt wurde, sowie für die erwähnte Tagung über „Multilaterale Sicherheitskooperation in Nordostasien und die Bedeutung der OSZE-Erfahrung“. Finnland sponserte außerdem die Teilnahme eines Vertreters der nationalen Behörde für Bevölkerungsstatistik der Mongolei am Expertentreffen des BDIMR über das Meldewesen vom 30. und 31. März in Wien, eines mongolischen Experten am OSZE/WZO-Seminar über die Entwicklung von Integrität vom 5. und 6. Mai in Astana sowie der Vertreter Afghanistans und der Mongolei an der OSZE/Japan-Konferenz 2009.

Gemäß den Beschlüssen Nr. 902 und 903 des Ständigen Rates werden 2010 erstmals Mittel aus dem Partnerschaftsfonds zur Finanzierung von Veranstaltungen in Ländern der Kooperationspartner herangezogen werden. Im Januar 2010 wird in Chiang Mai und Chiang Rai (Thailand) ein Workshop über „Bekämpfung illegaler landwirtschaftlicher Kulturen und die Verbesserung der Grenzsicherung und des Grenzmanagements – Thailand als Fallstudie“ stattfinden und im Februar 2010 ein Internationaler Experten-Workshop über „Bekämpfung der modernen Sklaverei – nationale, regionale und internationale Erfahrungen“ in Ulan Bator (Mongolei). Finnland setzte sich für die Verabschiedung der beiden Beschlüsse ein und wird die Veranstaltungen auch finanziell unterstützen. Beide werden als Veranstaltungen des Vorsitzes 2010 abgehalten.

Erlauben Sie mir abschließend, noch einmal zu betonen, dass das Jahr 2009 ein Jahr vieler Neuerungen für die asiatischen Partner war. Deshalb hat sich unser Dialog verstärkt auf Asien als Region konzentriert und den Teilnehmerstaaten und den asiatischen Partner die Möglichkeit gegeben, die vielen Fragen, die die Sicherheit in unser beider Regionen betreffen und von denen viele Auswirkungen auf die weltweite Sicherheit haben, offen und informativ zu erörtern. Mein Dank gilt vor allem den asiatischen Partnern, aber auch dem griechischen Vorsitz der OSZE für seine großzügige und wertvolle Unterstützung während des ganzen Jahres sowie dem Generalsekretär der OSZE und der Abteilung Externe Zusammenarbeit, die wie stets eine wertvolle Hilfe für unsere Arbeit waren. Die dynamische Zusammenarbeit zwischen den asiatischen Partnern und der OSZE könnte für die Aktivitäten der OSZE in vielen Bereichen als Beispiel dienen. Ich wünsche dem designierten griechischen Vorsitz der Kontaktgruppe für die asiatischen Kooperationspartner unter der Anleitung des kasachischen OSZE-Vorsitzes jeden nur denkbaren Erfolg.

Danke.